

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis per Nummer: 1.10 Mk., monatlich 3.30 Mk., vierteljährlich 10.00 Mk., halbjährlich 19.00 Mk., jährlich 36.00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Original-Geld und Wertpapiere.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Annoncenspalte oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 1. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Streifzüge durch das neue Militärpensionsgesetz.

Der Entwurf des neuen Militärpensionsgesetzes wurde seinem Hauptinhalt nach schon im vorigen Jahre vom „Vorwärts“ besprochen. Dieses Mal wollen wir einige im Verborgenen blühende Weiden des geplanten Gesetzes an das Licht der Öffentlichkeit ziehen.

Sowohl das für die Offiziere als auch das für die Unteroffiziere und Mannschaften vorgesehene Gesetz räumt den Militärinvaliden das Vortreten des Rechtsweges gegen die Entscheidungen der Militärbehörden theoretisch ein. In den unmittelbar darauf folgenden Paragraphen aber (§ 40 des Gesetzes für Offiziere usw. und § 43 des Gesetzes für Unteroffiziere usw.) wird das Klagerrecht praktisch nutzlos gemacht und damit indirekt beseitigt. Zum Beweise dieser Behauptung müssen wir etwas weiter ausholen und dem Leser zuerst erklären, wo die entscheidenden Momente bei der Pensionierung von Militärpersonen liegen. Ist ein Offizier, der noch nicht 10 Jahre gedient hat oder sich in der momentanen von ihm bekleideten Stelle noch nicht ein Jahr lang befindet, gezwungen, seinen Abschied aus sanitären Gründen zu nehmen, so kommt es in erster Linie auf die Frage an, ob sein Weiden die Folge des militärischen Dienstes ist, also eine Dienstbeschädigung vorliegt. Trifft dies nicht zu, so hat ein Offizier mit einer Dienstzeit von zehn Jahren überhaupt keinen Anspruch auf Pension, und ein Offizier, der sich noch nicht ein Jahr hindurch in seiner derzeitigen Stellung befindet, kann nur die Pension erhalten, die ihm in seiner vorigen Charge zusteht. Ferner darf Offiziere, die keine Dienstbeschädigung erlitten und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nach dem Wortlaute des Gesetzes nur dann eine Pension gewährt werden, wenn sie dienstunfähig sind. In der Praxis sieht die Sache allerdings anders aus. Dies ist aber hier für uns belanglos. Beantragt ein Offizier eine Kriegszulage, so muß der Zusammenhang zwischen Krieg und Weiden festgelegt sein.

Mannschaften sowie Unteroffiziere, die nicht über 18 Jahre gedient haben, erhalten eine Rente überhaupt nur im Falle einer Dienstbeschädigung. Kann eine solche nicht nachgewiesen werden, so verliert der Mann das Recht auf eine Rente. Ebenso verliert er es, wenn die Militärbehörde der Anschauung ist, daß der Invalide sich eine Dienstbeschädigung durch grobe Fahrlässigkeit zugezogen habe. Die Bewilligung der Kriegszulage ist ebenso wie bei den Offizieren von dem Nachweise des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Gesundheitschädigung und Krieg abhängig. Und die Unteroffiziere mit mindestens 12jähriger Dienstzeit können den Zivilversorgungsschein oder die monatliche Zulage von 12 Mark für seine Nichtbenützung nur dann erhalten, wenn sie zum Beamten für würdig erklärt werden.

Wie selbstverständlich würde der Rechtsweg den invaliden Offizieren, Unteroffizieren usw. nur dann etwas helfen, wenn in den oben angeführten entscheidenden Punkten die Gerichte das letzte Wort zu sprechen hätten. Wird den Gerichten die Entscheidung über die Invalidität, oder eine Dienstbeschädigung, Dienstunfähigkeit, Kriegsbeschädigung usw. in Betracht kommt, entrückt, so ist das Recht zur Klagestellung nutzlos, denn just von diesen Fragen hängt es ab, ob der Invalide überhaupt eine Pension beanspruchen kann. Das neue Militärpensionsgesetz aber bestimmt ebenso wie das bisherige, daß die Gerichte gerade in den bewußten Richtungen gar nichts zu sagen und die Entscheidung der obersten Militärbehörden, oder eine Dienstbeschädigung usw. vorliegt, einfach gehoramt hinzunehmen haben. Was ein Invalide auch Zeugnisse von den ersten medizinischen Autoritäten, die zu seinen Gunsten sprechen, aufweisen, sie helfen ihm nichts, weil nur die Ansicht der Herren Militärärzte maßgebend ist. Dadurch, daß den Invaliden der Weg zum Gericht auf diese Weise förmlich versperrt wurde und wird, sind die Militärärzte zu unbefräßigten Herrschern über das Wohl und Wehe der Invaliden geworden. Hat der Reichstag wirklich die Absicht, ein besseres Pensionsgesetz zu schaffen, so muß er die eingangs genannten §§ 40 und 43 streichen und dadurch die letzte Entscheidung in die Hände der Gerichte legen. Wie notwendig dies wäre, kann nur derjenige beurteilen, der in die Art und Weise, wie manchmal namentlich mit invaliden Unteroffizieren verfahren wird, einen Einblick erhalten hat.

Offentlich wird der Reichstag auch den Versuch der Reichsleitung, die Pensionen der Generäle, Kommandierenden Generäle und kommandierenden Generale um Tausende aufzubessern, zurückweisen. Die hohe Obrigkeit hat nämlich zugunsten der genannten Generäle an dem bisherigen Pensionsgesetz eine sehr schlaue Korrektur vorgenommen, die recht belanglos aussieht. Es wurde die bisherige Bestimmung, daß bei pensionsfähigen Dienst- einkommen über 12.000 Mk. nur die Hälfte des diese Summe überschreitenden Betrages auf das Einkommen anzurechnen ist, gestrichen und dafür festgesetzt, daß bei solchen Einkommen künftig „nur“ mehr zwei Drittel der Dienstzulagen über 900 Mk. in Anrechnung gebracht werden sollen. Durch diese Milderung wird die Pension eines kommandierenden Generals um 2992 Mk. und jene eines Generalleutnants je nach seinem Dienstalter um rund 1500—2000 Mk. erhöht.

Da ein kommandierender General jetzt schon 16.493 Mk. Pension jährlich bezieht und ein Generalleutnant je nach seinem Dienstalter 10.819—11.592 Mk. erhält, darf man gespannt sein, ob der Reichstag hier wirklich über den Stof springen wird.

Im neuen Pensionsgesetz befindet sich auch die aus dem jetzt noch gültigen Gesetz herübergeschleppte Bestimmung, daß die Zeit einer Kriegsgefangenschaft auf die Dienstzeit nicht anzurechnen ist. Dieser geistreiche Paragraph setzt im Grunde eine Prämie auf baldiges Davonlaufen aus, denn der Offizier, der in der Schlacht oder im Gefecht Reißaus nimmt, sobald die Situation gefährlich wird, gerät nicht in Kriegsgefangenschaft. Dem Tapferen aber, der bis zum äußersten aushält, kann es sehr leicht passieren, daß er umzingelt wird und auf diese Weise dem Gegner in die Hände fällt. Auch können Verwundete und Kranke in Kriegsgefangenschaft kommen. Wer aber wirklich feig ist und sich recht gern absichtlich fangen ließe, der wird durch die Aussicht auf den Verlust von zwei Dienstjahren auch nicht zum Selben gemacht. Allerdings kann der Kaiser den erwähnten Paragraphen unter besonderen Umständen außer Kraft setzen, aber damit wird die unverdiente Schande, die das Gesetz auf die Kriegsgefangenschaft überhaupt wirft, nicht aus der Welt geschafft und außerdem wird ehrenhaften Leuten zugemutet, um das, was eigentlich ihr wohlverdientes Recht ist, alluntertänigst zu bitten.

Erfreulich ist es, daß das neue Militärpensionsgesetz es dem Reichstag ermöglicht, wenigstens einem Teil der Soldatenschilder an den Krügen zu gehen. Der § 19 des Gesetzes verlangt nämlich, daß Kapitulanten der Zivilversorgungsschein oder die Entschädigung für seine Nichtbenützung dann verweigert werden darf, wenn sie infolge Befundung einer ehrlosen Gesinnung zum Beamten unwürdig sind. Möge der Reichstag dafür sorgen, daß die Militärverwaltung die Soldatenschilder endlich einmal als ein Ausfluß einer ehrlosen Gesinnung beurteilt. Die Nichtbenützung eines Wehloosen ist doch gewiß eine ehrlose Tat.

In der Begründung des Gesetzes sind einige Neuherungen zu lesen, die sehr von den Reden abstecken, die die Herren Kriegsminister und ihre parlamentarische Anhängerschaft manchmal halten. Gewöhnlich wird behauptet, daß die Offiziere aus reiner Begeisterung für des Reiches Herrlichkeit und Größe sich zum Kolonialdienst melden. Auf Seite 48 des Entwurfes des Gesetzes für die Offiziere usw. aber steht deutlich, daß die Erhöhung der Tropenzulage unbedingt nötig sei, um den Ersatz an Offizieren zu sichern.

Ferner wird der „Ruf des Königs“ als das schönste Meid des Mannes gepriesen. In der Begründung des neuen Pensionsgesetzes für die Unteroffiziere kann man hingegen lesen, daß diese durch die Aussicht auf den Zivilversorgungsschein zum Kapitulieren veranlaßt werden. Also nicht des „Königs Ruf“, sondern die Hoffnung auf einen hübschen Zivilposten veranlaßt die Leute zum Wehloosen. So muß der Herr Kriegsminister höchstselbst das landesübliche Phrasengebreck als Dummheit entlarven.

Die Revolution in Rußland.

Das II. Urup-Kosaken-Regiment in Sibirien veröffentlicht folgenden längeren „Aufruf“, welcher, gekürzt, in den Hauptpunkten folgendermaßen lautet:

„An alle Bürger Rußlands!
 Bürger! Wir bringen unsere Angelegenheit an die Öffentlichkeit, um dem ganzen russischen Volke zu zeigen, wie sie gewesen war.“ Nun wird besprochen, daß die Kosaken treue Diener des Jaren und stets bereit sind, das Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu schützen. Am 22. November 1904, zur Mobilisation während des japanischen Krieges einberufen, wurden sie in Rußland gelassen, Polizeidienste auszuüben. Blindlings sind sie den Polizeibehörden gefolgt, haben selbstlos alle Befehle ausgeführt, haben das Volk mit Nagallen geschlagen, mit Hintertreffen das Volk auseinandergejagt und unbewaffnete ruhige Bürger aus den Straßen niedergeschossen, haben sie mit ihren Pferden niedergelitten, öffentliche Häuser verwahrt und unter Befehl der Garodowois (Schulze) gestanden. . . . Hungernd und frierend haben wir unseren Dienst verrichtet, ohne Wutren schwingen wir, denn wir dachten, daß wir dem Wunsch des Jaren folgten. Als aber unser Jar am 17. Oktober dem russischen Volke die Freiheit gab und allen klar wurde, daß er das schwere Leben des armen Volkes erleichtern will, und als unser sibirienartiges Leben gar nicht erleichtert wurde, fragten wir an nachzudenken, woran dies alles liege.“ Die Kosaken beklagen sich weiter, daß es ihnen untersagt wurde, sich zu versammeln, um ihre Not zu besprechen und daß ihnen gedroht wurde, für ihre Klagen über schlechte Kost und schlechtes Pferdefutter bestraft zu werden. Von nun an lehnte das Regiment alle Polizeidienste ab, weil solche Ehrendienste ihrer Kosakenrede nicht würdig seien; sie verließen Jekaterinow, kehrten nach ihrem Gebiet zurück. „Wir“, fahren die Kosaken fort, „wollen Frieden und Ruhe. Wir wollen das Glück aller Bürger und vereintigen unseren Ruf mit dem Ruf des ganzen Rußlands.“

1. Unvermeidliche Einberufung der Reichsduma und Wahl derselben durch allgemeine direkte und geheime Stimmabgabe, da nur so eine Duma im stande wäre, in unser vielgestittenes Vaterland Ruhe und Ordnung zu bringen;

2. wir verlangen unvermeidliche Befreiung aller Personen, welche im Kampfe für Freiheit getötet haben;

3. daß unser Nachhausegehen gesetzgemäß anerkannt und in Kreisversammlungen vorgelesen wird;

4. daß alle unsere Forderungen, von der Krone wie vom Militär befriedigt werden, d. h. daß wir volles Gehalt, Rentent und alle anderen Gelder, welche wir von der Stadt erhalten müssen, sowie Eisenbahnfahrtgeld und Munitionsgelder erhalten, und

5. daß keiner von uns, der diese Forderungen vorlegt, bestraft wird. Für einen jeden bestrafsten Kosaken wird sich das ganze 2. Urup-Regiment auflehnen.“

Auch in diesen Köpfen wird es einmal hell!

Die Abenteuer eines revolutionären Schiffes.

Im „Volksdagsblad“, das in Amsterdam erscheint, teilt der Anarchist Christ Cornelissen die Erlebnisse eines holländischen Schiffes mit, das beauftragt war, eine Ladung Waffen und Munition an die Revolutionäre im Kaukasus zu bringen.

In den letzten Tagen des September fuhr der „Sirius“, so hieß das Schiff, aus dem Amsterdamer Hafen. Die Ladung bestand aus einigen tausend Gewehren und zwei Millionen Patronen für Georgis bestimmt. Die Besatzung bestand aus Holländern, der Kapitän, Leendert Groendy aus Terzelling, war einer der ruhigen, starkköpfigen Nordseeinsulaner, welche ein angefangenes Unternehmen nur dann aufgeben, wenn wirklich nirgends ein Ausweg mehr ist.

Der Anfang der Reise war gut. Aber im Mitteländischen Meer war man gezwungen, einen Nothafen anzuliegen und hier hatte gerade die russische Polizei, weil sie auf holländische Schiffe Verdacht hatte, einen außerordentlichen Wachdienst organisiert. Jetzt nach Georgis zu fahren, hieß dem Löwen in den Klauen laufen. Darum kreuzte der „Sirius“ im Mitteländischen Meer umher. Algier, Malta, Gibraltar, Sette, Marseille, Jea wurden besucht. Inzwischen belam der Kapitän Orber, nicht früher als am 20. November an der kaukasischen Küste zu erscheinen; denn nachdem das zaristische Epigtelium gewarnt hatte, kreuzten Schiffe der Schwarzen Meeresflotte die kaukasischen Küsten ab.

Als dann aber am 14. November der Kapitän im griechischen Hafen Jea Orber belam, noch länger zu warten, fuhr er trotzdem aufs Ziel los.

Es gelang. Am 21. November lehrte die Schwarze Meeresflotte nach Sewastopol zurück, und es brach der Aufstand unter den Matrosen aus, und am 22. November erreichte der „Sirius“ die Georgische Küste. Die schwerste Arbeit war die Entladung. Den Hafen konnte man nicht benutzen. Die Gewehre mußten alle vom Schiff aus durch die Brandung gebracht werden. Das waren für die Besatzung fünf Tage schwerer Arbeit, welche aber Erfolg hatte; denn die Waffen kamen in die Hände der Revolutionäre.

Am 16. Januar kam die Nachricht, daß Batum von den Revolutionären genommen worden sei. Am 15. Januar war der „Sirius“ nach dem Amsterdamer Hafen zurückgekehrt. Die Geschichte ist gewiß sehr interessant; aber die Bemerkung unseres holländischen Parteiblattes „Het Volk“, daß man mit der Erzählung solcher Dinge warten soll, bis die russische Revolution beendet ist, ist sicher zutreffend. Nachdem sie an die Öffentlichkeit gekommen ist, besteht allerdings auch für uns kein Anlaß mehr, sie unseren Lesern vorzutragen. Die weitere Waffenzufuhr aus holländischen Häfen ist aber jetzt jedenfalls unmöglich gemacht, umsomehr, als auch das an der finnischen Küste gestrandete Schiff „John Gratton“ aus einem holländischen Hafen kam, wodurch das russische Epigtelium schon Verdacht geschöpft hatte. Herr Cornelissen war dem Namen nach Eigentümer des „Sirius“, daher kennt er die Geschichte. Leute, welche solche Vertrauensposten übernehmen, sollten aber zu allererst schweigen lernen.

Die im russischen Finanzministerium tätige Kommission hat nach provisorischer Berechnung festgestellt, daß den baltischen Gutsbesitzern durch die Agrarreformen in den Ostprovinzen etwa 13 Millionen Rubel Schaden verursacht worden ist.

In Petersburger Kreisen herrscht eine Mißstimmung darüber, daß die Chefs der einzelnen Truppenabteilungen, die zur Unterdrückung der Unruhen in den Ostprovinzen operieren, die Prügelstrafe in unmenschlicher Weise zur Anwendung bringen und selbst bei Frauen ebenso verfahren.

Die Pöligans an der Arbeit.

Aus Homel wird amtlich vom 28. d. M. gemeldet: Die Brände in dieser Stadt, bei denen Ausschreitungen vorgekommen sind, sind gelöscht. Veranlaßt wurden die Brandstiftungen durch die Ermordung eines Polizeibeamten und den dah ergen die Ausschreitungen. In mehreren brennenden Gebäuden fanden Explosionen statt, aus den Klütern wurden Bomben geworfen und Schiffe abgefeuert. Die Truppen schossen gleichfalls. Die Zahl der Verwundeten beträgt zehn, eine Person wurde getötet. Die Truppen hatten keine Verluste. Der in der Stadt verursachte Schaden wird auf etwa 8 Millionen Rubel geschätzt.

Die Feuerwehre weigerte sich einzuschreiten, angeblich weil sie befürchtete, beschossen zu werden. Auch die Kosaken beteiligten sich an der Plünderung der Wohnungen und Läden. Ein Wohnhaus wurde von 23 Soldaten angegriffen und in Brand gesteckt.

In Kiew haben die Behörden den Verkauf von Zeitungen auf den Straßen verboten.

In der Provinz Suwalki wurde eine Truppe Revolutionärer, welche die Staatsgebäude plünderten, von Soldaten umzingelt und mußte sich ergeben. In ganz Rußland finden Massenverhaftungen von Bauern statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

„Toleranz.“

Man muß das Wort in Gänjesfüßen sehen, wenn man es in Verbindung mit den spitfindigen, mit persönlichen Bemerkungen gespickten Reden mancher Parlamentarier bringt,

Die am heutigen Samstag zu dem sogenannten Toleranzantrage des Zentrums sprachen, der der katholischen Kirche mehr Freiheiten bringen soll.

Die raffinierteste Rhetorik sowie die plumpeste Draufgängerei mußten heute dazu dienen, vor allem Volke Toleranz zu predigen, die man selbst dem politischen Gegner gegenüber nicht übt. Der Kampf um sich widerstrebende Interessen, der in heftigen Parteikämpfen ausklingt, die gerade in der Arena des Parlaments geführt werden, läßt es als ein sonderbares Unterfangen erscheinen, daß gerade die Partei, die durch geistliche Agitation den Gewissenszwang auf politisches Gebiet überträgt, nach Toleranz schreit und sich gestattet, anderen Toleranz zu predigen. Wahrlich, Toleranz ist „billig wie Brombeeren“, wenn sie an den Reden ihrer rabiatesten „Fürsprecher“ aus jener Partei gemessen würde.

Im Grunde handelt es sich ja auch nur um die Erringung eines größeren Einflusses auf das öffentliche Leben, den das Zentrum mit seinem Toleranzantrage erringen will. Insofern ist es erklärlich, wenn die linke Seite des Hauses, besonders aber unser Genosse Hoffmann-Berlin die „Toleranz“ der Pfaffenpartei an den intoleranten geistlichen Handlungen kritisch maß, die so oft öffentlichen Skandal erregten und den ärgsten Gewissenszwang in sich trugen.

Selbstverständlich hat die Gesetzgebung die Pflicht, die Gesetze so zu gestalten, daß sie jeder Anschauung den weitesten Spielraum gewähren. Die Antragsteller tun sich darauf etwas zugute, durch ihren Antrag die Gesetzgebung in die Richtung vorwärts zu drängen! Der beste Toleranzbeweis wurde nicht in den Reden der Abgeordneten geführt, sondern durch die Beschlußfassung des Hauses. Zwar wurde der vom Abg. Hoffmann-Berlin gestellte Antrag, den Antrag des Zentrums in eine Kommission zu verweisen, abgelehnt, aber das Haus stimmte dann für die zweite Lesung im Plenum, ertheilte also dem Antrag aus Toleranzgründen eine Auszeichnung.

Das Zentrum stellte heute zu seinem Antrage drei Redner, die Abg. v. Hertling, Oel und Spahn. Der erste brüstete sich mit seinen wissenschaftlichen Kenntnissen, er hält sich für eine große Leuchte seiner Partei. Das hinderte ihn nicht, recht kleinlich gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren, worauf ihm vom Genossen Hoffmann mit manchem treffenden und humorvollen Wort gedient wurde. Oel stritt sich mit dem freisinnigen Müller-Meinungen herum, wobei der letztere der Ueberlegene blieb. Und Spahn, der nach seiner Neuwahl die Antrittsrede hielt, gefiel sich in einer Kulturpause, die an die Zeiten des seligen „Kulturkampfes“ erinnerte, der freilich Redner von schneidigerem Kaliber sah als Herrn Spahn.

Natürlich konnte im Kampfe um die „Toleranz“ der unzulänglichste Jodel nicht fehlen, und so trat denn Stöcker für diese edle Tugend ein, allerdings in seiner Geipreiztheit und Annahme das lebendige Herrbild der Toleranz. Daß seine „Toleranz“ auf die Vernichtung der Sozialdemokratie abzielt, ist selbstverständlich.

Die letzten gesetzlichen Trümmer des Kulturkampfes sollen mit dem Antrag des Zentrums beseitigt werden, der nach dem oben gemeldeten Ergebnis der Abstimmung am nächsten Samstag zur zweiten Lesung kommt.

Aus dem preussischen Junkerparlament.

Im Abgeordnetenhaus herrscht zurzeit große Ruhe. In jeder Woche fallen die Plenarsitzungen an einigen Tagen aus, damit die Kommissionen die Regierungsvorlagen, vor allem den Etat, vorbereiten können. Wichtige Debatten fanden im Plenum bisher nicht statt; man erledigte den Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung, dessen Beratung den Agrariern Gelegenheit gab, zahlreiche lokale Wünsche vorzubringen. Die alte Melodie von der Not der Landwirtschaft, die sonst aus Anlaß der Beratung dieses Etats angestimmt wurde, hörte man in diesem Jahre nicht — den Agrariern ist der Mund vorläufig gestopft, und im übrigen verlassen sie sich ganz auf ihren Schirm- und Schutzherrn v. Pöbbecke, der bereitwillig auf jeden ihrer Wünsche eingeht.

Am Donnerstag soll der Etat der Geflügelverwaltung und der Forstetat beraten werden.

Nicht Bürger, sondern Heloten!

Die „Kreuz-Zeitung“ entriest sich lebhaft darüber, daß die freien Gewerkschaften der Wahlrechtsbewegung nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern sich an derselben energisch beteiligen. Das konservative Blatt findet es ganz ungehörig, daß das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ einen kräftigen Appell an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gerichtet hat, sich an den Kundgebungen gegen das Dreiklassenwahlrecht zahlreich zu beteiligen. Das Organ der Generalkommission spreche sich „sogar“ mit großer Begeisterung über die Wahlrechtsdemonstration am 21. Januar aus und erwarde von ihnen eine Kräftigung der Wahlrechtsbewegung, der schließlich die preussische Regierung trotz allen Sträubens keinen Widerstand entgegenzusetzen vermöge.

Die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß diese Stellungnahme der Gewerkschaftsleitung im schroffsten Widerspruch zu den Versicherungen stehe, daß die Gewerkschaften im Rahmen ihrer Organisation keine Politik betrieben. Wenn das „Korrespondenzblatt“ erkläre, daß es nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehöre, politische Kundgebungen zu veranstalten und auf dem Gebiete der Gesetzgebung eine direkte Einwirkung auszuüben, daß es aber dringend zu wünschen sei, daß sich die Arbeiterklasse zur politischen Kraftentfaltung aufraffe, um den Hemmschuh der ganzen innerpolitischen Entwicklung im Deutschen Reich, den preussischen Landtag, unschädlich zu machen, so sei das der schlüssige Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsorganisationen gleichwohl Politik treiben. Statt gegen die „von der Sozialdemokratie behufs Einigerzierung der Arbeitermasse für den politischen Massenstreik angezielte Bewegung zu bekämpfen“, unterlässe man dieselbe kräftig. Das „Korrespondenzblatt“ läßt sich aber sehr, wenn es sich einbilde, die Willensumgebung der Arbeiterklasse vermöge das preussische Dreiklassenwahlrecht zu besitzigen und dadurch den Gewerkschaften zu ermöglichen, ihre organisatorische Kraft in wirtschaftliche Macht und sozialpolitischen Einfluß umzusetzen. Dem „noch so turbulenten Auftreten der republikanischen Massen“ werde es niemals gelingen, den preussischen Landtag unschädlich zu machen!

Dieses Eingeständnis der Konservativen, daß sie gar nicht daran dächten, dem organisierten Proletariate die ihm gebührenden Rechte auf politischem Gebiete einzuräumen, ist sehr erfreulich. Es zeigt den Arbeitern, daß unsere Junker den Arbeitern das ihnen schon allzulange vorenthaltenen Bürgerrecht nicht einräumen wollen, sondern daß sie in alle Ewigkeit hinein als Heloten behandelt und durch eine winzige Schicht von Krant- und Schlotjunkern terrorisiert werden sollen! Und wenn die „Kreuz-Zeitung“ diese brutale Erklärung dadurch abzuschwächen sucht, daß sie behauptet, das in den modernen

Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Proletariat sei nicht das „Volk“, sondern nur der „revolutionäre Teil einer Volksschicht, dem als solchen gar kein Anspruch darauf zustehe, maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben“, so proklamieren sie damit nur den Grundsatz, daß die Arbeiter überhaupt kein Recht hätten, sich so zu organisieren, wie sie es selbst ihrem Interesse entsprechend für notwendig halten! Die „Kreuz-Zeitung“ sollte doch auch wissen, daß nunmehr auch die englischen Arbeiter begriffen haben, daß sie nur dann ihre Interessen wirksam zu wahren vermögen, wenn sie sich zu einer eigenen Proletariatspartei zusammenschließen. Der Anfall der Wahlen in England, die eine Arbeiterpartei von 20 Parlamentariern geschaffen haben, zeigt deutlich genug, daß auch die englischen Arbeiter, speziell die englischen Gewerkschaftler, den ersten Anfang gemacht haben, den Klassenkampf nach kontinentalem Muster aufzunehmen.

Daß sich die Agrarier politisch zusammenschließen, um das gesamte Volk durch Wucherzölle in der unerhörtesten Weise auszubeuten, findet die „Kreuz-Zeitung“ ganz in der Ordnung. Sie weist es aber als eine Unverschämtheit zurück, daß auch die Arbeiter ihrerseits sich zusammenschließen, um gegen die Volksbeutung und Volksknebelung anzukämpfen. Mit einem Wort, die Proletariatspartei soll sich mit der Rolle von Heloten begnügen! Dies zynische Eingeständnis ist nur ein Ansporn mehr für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die politische Klassenorganisation des deutschen Proletariats kräftiger noch als bisher zu unterstügen! —

Denkschrift über die Ursachen des ostafrikanischen Aufstandes.

Eine Denkschrift des Gouverneurs von Deutschostafrika, Grafen Göben, ist soeben dem Reichstag zugegangen. Graf Göben teilt mit, daß eine Untersuchungskommission zur genauen Ermittlung der Ursachen des Aufstandes eingesetzt worden sei. Sein eigenes Urteil über die Ursachen faßt er folgendermaßen zusammen:

Wendet man sich nun den positiv erkennbaren Ursachen des Aufstandes zu, so könnte man mit vollem Recht ihn im Lichte ganz allgemeiner kolonialpolitischer Erwägungen betrachten und kurz aus der Völkerpsychologie heraus erklären; denn Kolonialpolitik ist noch immer Eroberungspolitik gewesen und nirgends in der Welt erfolgt die Besitzergreifung eines Landes durch ein fremdes Volk ohne Kämpfe. Kolonialkriege werden daher stets zu den notwendigen Folgen einer Kolonialpolitik gehören. Die scheinbaren Härten dieser Anschauungsweise werden gemildert (9), wenn man sich vergegenwärtigt, daß einmal der Sieger nicht gewohnt ist, die Begriffe Macht und Recht zu trennen, daß ferner unsere deutsche moderne Kolonialverwaltung sich von jedem Ausbeutungssystem fern hält und eher geneigt ist, das Wohlfinden des Negeres und seine wirtschaftliche Hebung allzusehr gegenüber den Interessen der europäischen Einwanderer in den Vordergrund treten zu lassen.

Wenn es auch zweifellos ist, daß die Sehnsucht nach alter Selbständigkeit bei den Führern, ferner Zauberei und ähnliches treibende Momente gewesen sind, so läßt sich deren starke Wirkung doch nur erklären aus einer gewissen Unzufriedenheit des Volkes mit der wirtschaftlichen Lage, welche die neue Herrschaft des weißen Mannes herbeigeführt hat. Eingriffe in das Leben der Eingeborenen, welche mit den aus örtlichen Verhältnissen und aus den Methoden der ausführenden Organe sich ergebenden Verschiedenheiten geeignet sind, lästigt empfunden zu werden, und die Beschränkungen der Sklaverei, die Hüttensteuer, die Waldschutzverordnung, die Jagdschutzverordnung, die Wegeunterhaltungspflicht, der an einzelnen Stellen ausgeübte Zwang zum Schulbesuch und zur Lohnarbeit auf europäischen Betrieben, die Bombensteuer, ferner der behördliche Druck auf vermehrten Anbau von Landesprodukten.

Wenn man die etwas gewundene Ausdrucksweise des Grafen Göben durch ein ehrlicheres und präziseres Deutsch ersetzt, steht also fest, daß selbst nach der Ansicht des Gouverneurs die Unterdrückung und Knechtung des Eingeborenen die Ursache des Aufstandes gewesen ist! —

Deutsches Reich.

Pod soll wieder einmal amtsüde sein, diesmal, weil er sich über das Ende der Fleischnot geirrt hat. — Durch solche Lausgeschichten läßt sich doch ein preussischer „Schweine“-Minister nicht vor den Bauh hängen. —

Ein hahnbüchener agrarischer „Jertum“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich unter der Epithete „Wieder ein sozialdemokratisches Jertum“ schreiben:

Gelegentlich des Antrages des Grafen Gompesch über Freiheit der Religionsübung äußerte der Sozialdemokrat David unter lautem „Hört! hört!“ der Linken, daß die Ziffern der Kriminalität in den Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Posen, in denen der Religionsunterricht in strengem Sinne gehandhabt werde, besonders hoch seien. Derartige handgreifliche, ein falsches Bild gebende Unwahrheiten dürften doch nicht unwidersprochen in die Welt hinausgehen. Nach den statistischen Jahrbüchern des Jahres 1905 betrug nach der letzten Volkszählung die

| Bevölkerung | rechtskräftig gewordenen Verurteilungen |
|--|---|
| des Stadtkreises Berlin 1 888 848 Personen | 28 907 1,53 Proz. |
| Ostpreußen 1 996 028 | 25 296 1,26 |
| Posen 1 887 275 | 22 848 1,21 |
| Schlesien 4 088 875 | 58 522 1,25 |

Derartige handgreifliche, ein falsches Bild gebende agrarische Unwahrheiten darf man doch nicht unwidersprochen in die Welt gehen lassen. Wir stellen deswegen nach dem Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1905, Seite 210, fest, daß die Verteilung der im Jahre 1908 Verurteilten auf die strafmündige Zivilbevölkerung pro 100 000 betrug:

| |
|---|
| In Berlin 1607, also 1,61, nicht 1,53 Proz. |
| „ Ostpreußen 1619, „ 1,62, „ 1,26 |
| „ Posen 1667, „ 1,67, „ 1,21 |
| „ Schlesien 1468, „ 1,47, „ 1,25 |

Die Zahl der Vergehen im Amte war am größten in Kaffuben. Dahin gehört also eigentlich die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“, die es unterließ, pflichtgemäß die Angaben ihres Gewährsmannes nachzuprüfen.

Liberalismus und Wahlrechtsbewegung.

Die Barthsche „Nation“ schreibt: Die Wahlrechtsdemonstrationen des 21. Januar haben in Deutschland der abgelaufenen Woche den politischen Charakter gegeben. Alles andere trat dagegen in den Hintergrund. Es ist töricht, an dem Eindruck dieser großartigen Demonstration gegen das elendeste aller Wahlssysteme herumzörgeln zu wollen. Preußen hat eine politische Demonstration von ähnlichem Umfange noch nie erlebt.

In dieser Overture sind die Leitmotive der Wahlrechtsbewegung bereits hervorgetreten — vielfach noch etwas wirr und unklar, aber dennoch deutlich genug, um den reaktionären Verteilern der Wahlrechtsprivilegien allerlei bange Vorahnungen zu erwecken. Eine Volkskundgebung wie die vom 21. Januar, bei der ein einziger klar erkenn-

barer Reformgedanke in vielen Hunderten von Volksversammlungen an einem Tage gleichzeitig in die Öffentlichkeit getragen wird, kann nicht ohne weitere Folgen bleiben. Die Bewegung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht wird auf lange hinaus unsere ganze innere Politik beherrschen und jede Partei zwingen, zu ihr klar und deutlich Stellung zu nehmen. Der Erfolg der Bewegung wird ganz wesentlich davon abhängen, wie rasch und wie nachdrücklich das liberale Bürgertum mitgeht. Es ist eitel Nennmistererei, wenn die Sozialdemokratie den Schein zu erwecken sucht, sie könne ganz aus eigener Kraft eine gründliche Wahlreform durchsetzen. Man kann vielmehr sagen, daß es nur ein Mittel gibt, um diese Reform zu hintertreiben, das ist die Forderung der Sozialdemokratie in dieser Bewegung. Die Reaktion wird alles daransetzen, um diese Forderung zu bewirken, und es gäbe gar keine dümmere Politik für die Sozialdemokratie, als die Reaktion in diesem Bestreben zu unterstützen.

Der Ernst muß jetzt beginnen und sich in dem Nachdruck zeigen, mit dem die Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht fortgeführt wird, und hierbei kann nicht eindrucklos genug an die Pflichten erinnert werden, die aus dieser Situation dem Liberalismus erwachsen. An ihm ist es, sich bei der Durchsetzung eines gerechten Wahlsystems nicht zur Seite drängen zu lassen. Es ist eine seiner ältesten und bedeutendsten politischen Forderungen, um die gekämpft wird. Die paar Kundgebungen, die der Liberalismus bisher gegen das Dreiklassenwahlrecht veranstaltete (in voriger Woche fanden in Frankfurt am Main und in Kassel eindrucksvolle Wahlrechtsversammlungen statt) haben erwiesen, daß die entschiedenen liberalen Wählerschaft für die Wichtigkeit dieser politischen Aufgabe ein volles Verständnis besitzt. Etwa rückständige Parteileitungen müssen mit fortgerissen werden. Von jedem Freisinnigen muß man verlangen, daß er in dieser Frage wenigstens so liberal ist wie der Prinz Ludwig von Bayern.

Die „Nation“ hätte es sich schenken können, von der Nennmistererei der Sozialdemokratie zu sprechen, die darin liegen soll, daß es sich die Arbeiterklasse nötigenfalls auch allein zutraut, sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen. Oder soll etwa die Sozialdemokratie, wenn der Freisinn versagt, auf den Kampf einfach verzichten? Es wäre ja sehr hübsch, wenn das freisinnige Bürgertum Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse gegen das Dreiklassenwahlrecht anstürmen würde. Zweifellos würde das den Kampf erleichtern und abkürzen. Die Frage ist nur die, ob der Freisinn den Kampf ernstlich aufnehmen wird. Ein paar Schwalben machen noch keinen Sommer, mit einem halben oder ganzen Duzend freisinniger Anstandsversammlungen ist es nicht getan. Dagegen würde eine kombinierte parlamentarische und Massenaktion schon nachdrücklicher wirken. Wir wünschen Herrn Barth alles Glück zu seiner Aufstellung des Freisinn! Sollten sich seine in das freisinnige Bürgertum gesetzten Hoffnungen jedoch, wie wir fürchten, als Illusionen herausstellen, so sollte wenigstens er nachher den Leid verschmähen, die angebliche Unzugänglichkeit der Sozialdemokratie für die Freizigkeit des Liberalismus verantwortlich zu machen! —

Von der sogenannten Sicherheitspolizei.

Halle a. S. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Magistrat von dem Stadtverordneten Genossen Thiele wegen des Verhaltens der städtischen Polizei am Wahlrechtsmontag interpelliert. Thiele bezeichnete es als unerhört, daß die beiden Dampfsirenen nicht wie gewöhnlich auf sechs, sondern auf acht Atmosphären Druck gespannt waren. Ein Wasserstrahl von dieser Behemung hätte in kurzer Entfernung nicht nur Kinder, sondern sogar Erwachsene töten können. Die Polizisten mit den herabgelassenen Schuppenletten haben fürchterlich frechgelächelt aus, wirken teils provokatorisch und tiefen bei den Sozialdemokraten teils die größte Heiterkeit hervor. Wüßten sich die Bürger der Stadt gefallen lassen, wie eine Horde von Dieben und Räubern behandelt zu werden? Der Leiter der Polizei, Oberpolizeikommissar Wendemann, ist nicht mehr zu halten. In Halle ist auf dem Gebiete der Exekutivpolizei zu viel passiert. Jetzt ist auch der Kommissar Siemang, der als ein taktvoller Beamter gilt, mit Wendemann in Differenzen geraten, und die Folge war, Herr Siemang wurde plötzlich „beurlaubt“. Bürgermeister v. Holly entgegnete, Thiele rede nur zum Fenster hinaus, um Parteipropaganda zu machen. Soviel ihm bekannt wäre, sei die Polizei am 21. Januar sehr ruhig, tatkraftvoll und sogar freundlich zu Werke gegangen. Im übrigen sei der Magistrat nicht kompetent, in der Sache etwas zu tun. — Nach jener Sitzung wurde bekannt, daß für die Polizeimaßnahmen zum 21. Januar Verhaftung von Pistolen auch für die Polizisten usw. aus einem besonderen Fonds rund tausend Mark bewilligt worden sind. — Aus den Steuerbüchern der Bürger werden Mittel genommen, damit diese Bürger bei Ausübung eines Rechts eben, zu Boden geschlagen werden können. — Galt vorrufflich.

Veranlaßt hat unser Polizeioberhaupt Wendemann auch jüngst vor Gericht unter Eid ausgesagt, er habe auf eine Anklage Thieles gegen die Polizei nicht geantwortet, weil ihm der Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dittenberger zu verstehen gegeben habe, er wolle nicht antworten. Auf eine Anfrage Thieles erklärte heute Herr Dittenberger, er erinnere sich des Vorganges nicht mehr genau; er wisse aber auch nicht, wie er dazu gekommen sein sollte, sich einseitig in solche Interna einzumischen. — Herr Wendemann scheint demnach das Opfer einer optischen Täuschung gewesen zu sein. —

Wie die preussischen Eisenbahnangestellten hungern müssen.

In dem Organ „Der Eisenbahnsahrbearbeiter“ befindet sich in einer Nummer der Reichsreise eines Hilfsbrenners aus Königsberg. Das betreffende Organ ist kein „Hilfsblatt“, sondern genießt das Wohlwollen der Eisenbahnbehörde. Es ist ja auch bemerkt, wie es selber schreibt, das gute Verhältnis der Angestellten zu ihren Vorgesetzten zu fördern, Autorität und Disziplin zu unterstützen und die wohlmeinenden Absichten des Herrn Ministers fortgesetzt ins rechte Licht zu setzen.“ Und dieses Organ bringt eine Zuschrift, die die erbärmlichen Besoldungsverhältnisse der Hilfsbrenner beleuchtet, wie es ein sozialdemokratisches Blatt gar nicht besser machen könnte. Auch teilt es mit, daß ihm tagtäglich eine oder mehrere Zuschriften ähnlichen Inhaltes zugehen. Dabei drückt das Organ gar nicht alle diese Zuschriften ab, sondern schreibt: „Gewinnen wir aus dem Inhalt die Lieberzeugung, daß der Schreiber ein Querculant oder die gemachten Angaben ungenau sind, oder aber es sich um mißverständliche Aufstellungen handelt, so schreiben wir solche Zuschriften von der Veröffentlichung aus. Auch die dann noch übrig bleibenden Einsendungen unterziehen wir einer strengen Durchsicht. Die Zuschrift aus Königsberg hat alle diese Engpässe passiert und was enthält sie? Das Blatt sagt selber, daß sich in der Einsendung die Bitterkeit und Verzweiflung eines gedrückten Mannes offenbare. Dann läßt es den Schreiber des Eingelands sprechen und wir lesen da:

„Alle gediente Soldaten, welche Feldzüge mitgemacht, können trotz aller Bemühungen die Anstellung als Beamter nicht erreichen. . . . Ein betrübendster ist es für uns alle Hilfsbrenner, wenn man uns die durch das hohe Lebensalter verringerte körperliche Mächtigkeith vorhält. . . . Tatsächlich aber besteht diese Verringerung der körperlichen Mächtigkeith nur, wenn es sich darum handelt, unsere Bitte um Anstellung abzulehnen. Im Dienste selbst wird darauf keine Rücksicht genommen. Da müssen wir daselbe tun wie die angestellten Beamten. Ja, wir alten Hilfsbrenner haben gerade die fürchterlich anstrengendste Arbeit zu verrichten. . . . Und was erhalten wir dafür? Nach langem Warten bekommen wir ältesten Hilfsbrenner in Königsberg 230 M. Tagelohn. Daß wir mit unseren Familien damit, namentlich bei den Teuerungsverhältnissen, nicht aus-

Kommen können, kann sich ein jeder Karren machen. Oft genug herrscht Hunger im Hause. Unsere Frauen müssen, soweit es in ihren Kräften steht, mitverdienen, aber trotzdem reicht es nicht. Um unsere Einnahmen nur ein wenig aufzubessern, drängen wir uns zum Dienst und setzen unsere letzte Kraft daran, um einige Groschen mehr herauszuschlagen. Und der Dienst als solcher? Bei den Hägen 7283 und 7286 sind wir direkt 12 Stunden unterwegs und haben... ununterbrochen in einer Tour 14 Stunden Dienst... Wie streng man uns sonst behandelt, geht u. a. daraus hervor, daß ein Hilfsbremser, der einen einständigen Aufenthalt auf einer Station dazu benutzt hatte, sein mitgenommenes Essen zu wärmen, in Strafe genommen wurde, weil er einen Teil der durch die Direktion bezahlten, also ihr gehörigen Zeit für sich verwendet hatte. Mancher hält es aber nicht aus und muß etwas essen... Nach einer Bestimmung Sr. Erzellenz des Herrn Ministers sollen wir bei dieser Dienstverrichtung (als Bahnhofsbeamter oder im Ueberführungsdienst an Reservetagen) sechs Pfennige Stundenlohn erhalten. Was erhalten wir aber wirklich? Ganze 30 Pfennige, mithin noch einmal volle 2 1/2 Pfennige Stundenlohn. Diese Mitzung, die uns bei unserem niedrigen Einkommen sehr schwer trifft, datiert seit dem Frühjahr... Wir sind darauf... bittweise vorstellig geworden und haben ersucht, uns die vom Herrn Minister ausgesetzten 6 Pfennige Zulage auch wirklich zu gewähren. Seitdem sind Monate verstrichen, eine Antwort haben wir noch nicht erhalten. Dabei brauchen wir doch das Geld, um uns vor Hunger zu schützen. Wir arbeiten doch, soweit es nur möglich ist, d. h. soweit uns Gelegenheit zum Mitfahren gegeben wird, Tag und Nacht, auch unsere Frauen müssen arbeiten und nicht minder unsere Kinder, wenn sie knapp aus der Schule heraus sind. Alles geschieht ja unsererseits, um uns vor dem Elend zu schützen... In welche Stimmung müssen wir geraten, wenn wir bei größter Anstrengung immer und immer wieder mit der täglichen Notdurft zu kämpfen haben, und wenn wir sehen müssen, wie man uns jede Aussicht auf Besserung und Anstellung raubt...

So weit der Einsender. „Der Eisenbahnfahrbeamte“ meint dann noch, daß der Hilfsbremser alle seine Hoffnung auf den Herrn Minister setzt. Da wird der Mann wohl vergeblich hoffen, denn der Eisenbahnminister ist dazu da, hohe Uebereschüsse aus der Bahn heraus zu wirtschaften. Da muß der Angestellte hinstehen. Und dies liegt im System, und das System kann nur im preussischen Landtag geändert werden. Um das zu erreichen, muß das preussische Volk erst in den Landtag hinein, und das kann es nur, wenn es sich das allgemeine Wahlrecht für den Landtag erkämpft. Das muß die Hoffnung der Eisenbahner sein.

Die hannoverschen Nationalliberalen im Dalles. Vor etwa 14 Tagen erließ, wie erinnert, der Vorsitzende der Deutschen Mittelstandsvereingung ein vertrauliches Rundschreiben, worin er an den Geldbeutel seiner Mitglieder appellierte mit dem Hinweis, daß bei fernerer Zugehörigkeit das Generalsekretariat der Mittelstandsvereingung in's Horn werfen würde. Nehmlich jetzt der Finanzausschuß des Provinzialparlamentes der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover. Damals nahm der Moniteur der nationalliberalen Geschäftsstelle, das „Niederländische Wochenblatt“, von der Bankrotterklärung der Mittelständler mit sattem Behagen Notiz, und jetzt stellt sich heraus, daß schon zwei Tage früher von der Geschäftsstelle der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover an die über ein volles Portemonnaie verfügenden Parteifreunde eine Darlegung des Finanzausschusses über die gegenwärtige Lage der Parteikasse überhandt worden ist mit der Bitte, „im Hinblick auf den leider nicht günstigen Stand der Parteikasse (Provinzialparlament)“ auch ihrerseits einen Beitrag für dieselbe gütigst beizutragen und gleichzeitig noch andere Parteifreunde namhaft machen zu wollen, die zur Leistung eines Beitrages gewillt wären. Unter Hinweis auf die Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiter wird in dieser Darlegung geklagt, daß wenn es auch unerreichbar, daß jeder Parteifreund einen festen Jahresbeitrag zahle, doch wenigstens so viel an Beiträgen zusammenkommen müsse, um die bisherige Geschäftsführung und die Einrichtung einer besonderen Geschäftsstelle aufrechterhalten zu können. Leider — so wehklagt der Finanzausschuß — hätten gerade in der Provinz Hannover, die bekanntlich reich an schweren Geldsäden, „viele Parteifreunde“ weniger Opferwilligkeit gezeigt als anderen Orts, und vor allen Dingen weniger als andere Parteien. Ah, und der Dalles ist doch so groß! Die neuen Reichstagswahlen nähern sich schon wieder heran; aber anstatt flüssiger Geldmittel besitzt die Partei von „Bildung und Besitz“ — Schulden, die am 15. September v. J. bereits auf rund 10 000 M. angewachsen waren. Und das trotz der Inanspruchnahme des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den Reichswahlen!

Alle bisher in der nationalliberalen Presse erfolgten Hinweise auf die gefällten sozialdemokratischen Massen, bei deren Erwähnung den Nationalliberalen das Wasser im Munde zusammenläuft, sind an dem Geldbeutel der nationalliberalen Parteifreunde wirkungslos abgeprallt, und dem beweglichen Appell des Finanzausschusses wird es nicht besser ergehen. Seine Uebellbriefe, deren fortlaufende Nummern sogar mit — brürrr! — roter Tinte geschrieben, haben nur das gute, daß sie den Kimbus der nationalliberalen Partei, soweit überhaupt davon noch die Rede sein konnte, gründlich zerlöcheren; denn Mangel an Opferwilligkeit ist gleichbedeutend mit Mangel an Interesse. Die Massen folgen den Nationalliberalen nur aus Untertun oder Zwang, von Vereinerlichung, von Opferwilligkeit keine Spur; und bei den Bescheidenden reicht, wie Figuren zeigt, das politische Interesse in der Regel nur bis an den Geldbeutel.

Lebhafte Geküßelungen vor dem Kriegsgericht. Der lebhafteste Untergebene oder Ein schlimmer Verbrecher.

Das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps verhandelte in Eßern gegen den Musikant Sänger von der 10. Kompanie 21. Infanterieregiments, welcher vom Kriegsgericht wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung, Uebertretung und tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Sänger war mit anderen Musikanten auf Wache gezogen. Da er vorher getrunken hatte, benahm er sich dem wachhabenden Unteroffizier gegenüber renitent, so daß er zuletzt von der Wache entfernt und durch einen anderen Mann ersetzt werden mußte. Bei seiner Abführung leistete er Widerstand und ließ sich sogar zu einem tätlichen Angriff hinreißen. Diese unüberlegten Handlungen sollte er durch die Gefängnisstrafe von drei Jahren drei Monaten büßen. Mit seiner gegen das Urteil eingeleiteten Berufung hatte Sänger insofern Erfolg, als das Oberkriegsgericht den tätlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten als „minder schweren Fall“ ansah und daher die Strafe auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis herabsetzte. Hiervon sollen noch drei Monate auf die Unterjuchungshaft abgerechnet werden.

Der lebhafteste Vorgesetzte. oder: Dies Kind, kein Engel ist so rein.

Vor dem Breslauer Oberkriegsgericht stand der Unteroffizier August Brosig vom Artillerieregiment 42 in Schweidnitz, angeklagt der Mißhandlung eines Untergebenen. Von dieser Anklage hat das Kriegsgericht den Unteroffizier freigesprochen. Der Kanonier Jenkner war eines Tages aufgeritten. Er meldete es dem Angeklagten. Dieser gab die Meldung nicht weiter, sondern ließ den Mann sich waschen. Der Leutnant rügte den Unteroffizier. Nach schriftlicher Aussage des Mannes hat der Unteroffizier ihn im Stalle ins Gesicht geschlagen. Der Leutnant sah auch den Mann, der bald dem Offizier klagte,

der Unteroffizier habe ihn geschlagen, weinend aus dem Stalle kommen. Der Unteroffizier bestreitet die Mißhandlung; er habe nur dem Mann mit einem Handstreich gebohrt und vors Gesicht geschickt, dabei könne er ihn vielleicht unabsichtlich getroffen haben. Der Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Schäffer, findet diese Ausrede recht komisch. Unsere Leser seien auch. Gegen das freisprechende Kriegsgerichtliche Urteil legte der Gerichtsherr, General v. Götler, Berufung ein, weil das Kriegsgericht Bedenken gehabt, den Unteroffizier auf die Aussage des Kanoniers zu verurteilen. Die Aussage des Mannes sei glaubhaft und werde unterstützt durch den Offizier. Der Unteroffizier sei zu Unrecht freigesprochen und müsse verurteilt werden. Oberkriegsgerichtsrat Laub beantragt Verurteilung der Berufung. Leutnant Böttcher plädiert, der Junge sei unglaubwürdig, es könne vorgekommen sein, daß der Unteroffizier den Mann unabsichtlich in Erregung mit den Handhaken traf. Der Verteidiger sei überzeugt, daß der Unteroffizier den Mann nicht habe mißhandelt wollen. Das Gericht verwarf die Berufung des Gerichtsherrn und sprach den Angeklagten frei wegen unsicheren Auftretens des Zeugen, der schon weine, wenn er scharf angehört werde.

Wer hat denn den Mann im Gerichtsfaal scharf angehört? —

Der Militarismus als Erzieher.

Das Kriegsgericht der 17. Division in Stade verurteilte den Musikant Paul Zepper vom 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 75 wegen Raubmissetaten, Fahnenraub usw. zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht. Zepper sollte seinerzeit wegen dienstlicher Vergehen in die Arbeitsabteilung gesteckt werden, er zog es aber vor, sich unsichtbar zu machen, verschaffte sich bürgerliche Kleidung und reiste nach Berlin, wo er sich durch Anfertigung falschen Geldes mit reichlichen Mitteln zum Unterhalt versah. Nach einigen Wochen wurde er in einer Kneipe abgefaßt, nach Stade zurückgebracht, brach hier aus dem Arrestlokal wieder aus, ging zu Fuß nach Hamburg und fand dort auf dem „Dom“ in einer Schaubude Beschäftigung. Seine Fahnenraub begründete der Angeklagte mit fortgesetzten Mißhandlungen von Seiten der „alten Leute“. Zahlreiche Zeugenausagen bestätigten diese Mißhandlungen, verschiedene ältere Soldaten verweigerten, um sich nicht selbst strafbarer Handlungen zu bezichtigen, die Aussage. Auch der Vertreter der Anklage nahm diese Vorwürfe als erwiesen an und meinte sogar, daß Zepper, der ursprünglich seinen Dienst zufriedenstellend verrichtet hatte, wegen seines vorlauten Wesens aber wohl bei den älteren Kameraden nicht beliebt war, erst durch die fortgesetzten Mißhandlungen und durch vermeintlich zu Unrecht erlittene Disziplinarstrafen auf die Bahn des Verbrechens gedrängt worden sei. Er wies namentlich auch auf die bei den Reservillensentlassungen herrschende Unsitte hin, daß die zur Entlassung kommenden nach Belieben die jüngeren Kameraden, denen sie nicht „grün“ sind nach allen Regeln der Kunst verhalten — „der heilige Geist geht um“, heißt das in der Kameradsprache. Das „Erziehungsgeld“, das sich die älteren Leute ihm gegenüber anmaßten, habe bei dem Angeklagten gerade das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges erzielt. Der Angeklagte wollte deshalb auch von einer Zuchthausstrafe nichts wissen, sondern beantragte 3 Jahre und 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger trat für eine geringere Gefängnisstrafe ein, der Gerichtshof aber hielt, wie oben erwähnt, eine Zuchthausstrafe für am Plage.

Aus dem sächsischen Landtag.

Dresden, 31. Januar. (Fig. Ver.) Die Zweite Kammer verhandelte gestern über den Justizetat, wobei der freisinnige Abgeordnete Günther die Regierung über ihre Stellung zur Strafprozessreform auszuholen suchte. Justizminister Dr. Otto beschränkte sich auf die Mitteilung, daß die verbliebenen Regierungen darüber einig wären, die Schwurgerichte in der bisherigen Form beizubehalten. Im übrigen hindere ihn der vertrauliche Charakter der Verhandlungen, weitere Mitteilungen zu machen. Nur soviel schenke aus seiner Antwort noch hervorzugehen, daß man der Einführung der Verurteilung gegen Straftäterurteile nicht abgeneigt ist. Neuerdings sind in Sachsen in vereinzelten Fällen auch Arbeiter in Schöffengerichte berufen worden. An eine Entschädigung der Schöffen sei auch in Zukunft nicht zu denken, erklärte der Minister auf eine Anfrage hin.

Unser Genosse Goldstein trat lebhaft für Berufung von Arbeitern in die Schwurgerichte ein. Man solle aber keinen Unterschied in der Parteistellung dabei machen, besonders auch sozialdemokratische Arbeiter zuziehen. Einer scharfen Kritik unterzog Redner ferner die in den Dresdener Demonstrationen prozessierten gefällten Schöffensurteile, und ein kürzlich erfolgtes Verfallungsverbot in Glauchau, das selbst in Sachsen noch nicht da war. Die Behörde verbot auf Grund eines sogenannten Inhaltsbefehls — eine rein zivilrechtliche Angelegenheit — eine öffentliche Versammlung, die sich mit gewerkschaftlichen Dingen befassen sollte. — Der Justizminister zog sich bei seiner Antwort gegenüber den Demonstrationen auf den Rudstaben des Gesetzes zurück; von Schöffensurteilen könne keine Rede sein. Zuziehen mußte er aber die äußerst wichtige Tatsache, daß er dem ersten Staatsanwalt in Dresden dringende Hilfe bei der Erledigung dieser Prozesse empfohlen habe. Von diesem Rechte werde er auch künftig Gebrauch machen! Daß ein solches Verfahren auch den Richter Anreiz in Bezug auf das Strafmaß gerade in diesem Falle sein mußte, konnte oder wollte der Minister offenbar nicht einsehen. Das Verfallungsverbot in Glauchau schien Herrn Dr. Otto doch einige Sorgen zu machen; er wagte nicht, es zu rechtfertigen, aber er entschuldigte es sozusagen. Und dann — der Rechtsrufer hätte ja dagegen klagen können. Auf solche Weise kann man in Sachsen zu einer beispiellosen Unsicherheit auf dem Gebiete des Verfallungsverfalls kommen. Recht bezeichnend war auch, daß der Herr Minister, der so vorzüglich die Staatsanwälte und Gerichte in der Erledigung von Prozessen in Teub zu bringen versteht, in einem anderen Falle ohnmächtig wie ein Kind sich hinstellte. Goldstein hatte gerügt, daß ein junger Staatsanwalt in öffentlicher Gerichtsverhandlung einen sozialdemokratischen Redakteur absolut grundlos einen Ehrabschneider geschimpft hatte. Dagegen könne er gar nichts tun, antwortete der erste Justizbeamte Sachsens!

Veradezu jämmerlich benahm sich bei dieser Gelegenheit der zum Affistenten der konservativen Hofrat-Clique heruntergerutschte Antisemit Zimmermann. Was niemand sonst im Hause fertig brachte, er tat es: mit der Verurteilung der Straßendemonstranten habe sich die sächsische Justiz ein Verdienst um das Land und das Volk erworben, so erklärte er. Solche Entleerung antisemitischer Gistdrillen wird der Sozialdemokratie nichts schaden, das bishigen Antisemitismus aber vollends zugrunde richten. — Zum zweitenmal in kurzer Zeit mußte sich der freisinnige Günther für seine Halbheiten und Inkonsequenzen von konservativer Seite vor der Öffentlichkeit klammern lassen. Der Herr, der kürzlich, nach den Straßendemonstrationen in Dresden, über diese und die Sozialdemokratie so sehr sich entäußerte, war natürlich am wenigsten qualifiziert, den Richtern nun ob ihrer harten Urteile Vorwürfe zu machen. Konsequenz sei eine solche Volksfreundlichkeit jedenfalls nicht, so wurde dem Herrn einseitig und andererseits mit Recht und höchstem Spott von dem konservativen Abg. Dopy unter die Nase gerieben. Das wird dem Herrn Günther noch oft passieren, wenn er nicht aufhört, neben blinder Sozialistenhass Volksfreundlichkeit zu mimieren. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.
Der Kampf gegen die Verlängerung der Sechshaftigkeit.
Graz, 29. Januar. Wie der „Arbeiterwille“ mitteilt, wurde Freitag in der massenhaft besuchten Sitzung der Grazer Lokalorganisation und der Vertrauensmänner ein energischer Kampf gegen

die Verlängerung der Sechshaftigkeit beschlossen. Eine Reihe von Vertrauensmännern aus der Mitte der Versammlung sprach den festen Entschluß der Arbeiter aus, gegen jede Verschleppung und gegen jede Verfälschung, besonders aber gegen jede Verlängerung der Sechshaftigkeit mit dem äußersten Mittel, mit dem politischen Massenstreik, vorzugehen und bereit zu sein, jeden Augenblick der Parole der Gesamtpartei zu folgen. Ebenso erklärte unter feierlichem Beifall ein Vertrauensmann nach dem anderen, daß sofort eine Aktion einzuleiten sei, damit am Tage, wo die Sechshaftigkeit über die bisherigen sechs Monate hinaus verlängert würde, außer dem politisch-wirtschaftlichen Kampfe ein Massenaustritt der Arbeiter aus der katholischen Kirche inszeniert werde, da die Merkmalen und Christlichsozialen, die die Kirche zu vertreten vorgeben, zuerst und hauptsächlich mit dem Plane des Wahlrechtsraubes durch Verlängerung der Sechshaftigkeit hervorgerufen sind und die Arbeiter es satt haben, im Namen der Religion ihres Rechtes beraubt zu werden und zu sehen, wie die von den katholischen Geistlichen geleiteten Merkmalen Parteien den katholischen Arbeitern bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen und sie verraten. Stürmische Ausrufe: „Los von Rom!“ ertönten, so oft ein Vertrauensmann zu dieser Frage sprach. Unter großer Bewegung und unter Entrüstungsrufen gegen die Pfaffenpartei schloß die Sitzung nach Mitternacht.

Auch eine in Leoben abgehaltene Versammlung faßte einen ähnlichen Beschluß. Es wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird: falls das Wahlrecht durch eine Verlängerung der Sechshaftigkeit verfehlt werden sollte, aus der katholischen Kirche auszutreten. . . .

Frankreich.

Vorberathung.

Paris, 28. Januar. (Fig. Ver.) Die Kammer hat in zwei Sitzungen der vergangenen Woche den stiefmütterlichen Starren der Altersversorgung um ein Stück vorwärts gebracht. Vielleicht gelingt es wider Vermuten doch, die Beratung des Gesetzes noch vor Ende der Parlamentsperiode abzuschließen. Allzusehr darf man allerdings nicht darauf bauen. Wenn die Herren Abgeordneten vor der Alternative stehen, den Wählern das schon längst fällige Gesetz zu präsentieren oder eine Woche mehr für die Bahlagitation zu gewinnen, so ist es sehr fraglich, ob sie nicht zum Zweiten greifen werden. Das eine nichterfüllte Versprechen kann man ja in der Agitation durch zehn andere kompensieren! Eines kann man jedenfalls sagen, nämlich daß die Altersversorgung hauptsächlich durch das schwebende Budget obengedehlet wird. Wenn der Staatshaushalt erledigt wäre, ließe das Parlament unbedingt auseinander. Der glückliche Zufall der langsamen Budgetberatung ist also die entscheidende Veranlassung zu den Vormittagsitzungen, in denen sich einige Duzend Abgeordnete eine der wichtigsten Fragen des sozialen Lebens angelegen sein lassen.

Die Hauptprinzipien der bisher angenommenen Gesetzesartikel sind: Die Kosten der Versicherung werden durch einen zwei-prozentigen Lohnabzug, einen gleichen Beitrag der Unternehmer und durch eine staatliche Subvention aufgebracht. Von Tageslohn unter 1 Fr. 50 Cent. findet kein Abzug statt. Von dieser letzteren Bestimmung würde ein beträchtlicher Teil der weiblichen Arbeiterschaft Nutzen ziehen. Der Rentenbezug beginnt mit dem 60. Lebensjahre, doch wird das rentenberechtigte Alter für Industrien, die nach eigener, vom Handelsministerium anzulegenden Statistik als besonders ungesund anerkannt werden, im Verordnungswege auf 55 Jahre herabgesetzt. Die Kammerkommission hat erklärt, sie wünsche das Wort „ungehindert“ im weitesten Sinne aufgelegt, so daß als ungehindert jede Industrie anzusehen sei, die die Arbeitskraft übermäßig verzehre. Endlich sieht das Gesetz vor, daß ein Arbeiter, sobald sein Rentenanspruch 300 Fr. beträgt, die Rente schon mit 50 Jahren liquidieren kann.

Die wichtigsten Bestimmungen, um die noch zu kämpfen ist, sind: die Aufrechterhaltung des Staatszuschusses auch bei Renten, die über 300 Fr. — aus Arbeiter- und Unternehmerbeiträgen — betragen, und die Schaffung eines den alten Arbeitern günstigen Uebergangssystems.

Bringt die jetzige Deputiertenkammer das Gesetz fertig, so ist darum die Altersversorgung freilich noch lange nicht perfekt. Denn dann kommt erst der Senat an die Reihe. Nun hat sich insbesondere Fallières noch in seiner programmatischen Rede als Senatspräsident feierlich für diese soziale Reform eingesetzt, aber ihre Redlichkeit könnten die Senatsrepublikaner nur dadurch beweisen, daß sie das Gesetz in der von der Kammer genehmigten Fassung unverändert annehmen, wie sie es mit dem linkenpolitischen Trennungsgesetz gemacht haben. Im anderen Fall muß das Gesetz nämlich wieder an die — nimmere erneuerte — Deputiertenkammer zurück, und dann beginnt das ganze Spiel von neuem. Man sieht also — es gibt Gründe genug, trotz der jüngsten Aufschwüngen des Tempos die sozialreformistische Arbeit des Parlaments mit einiger Skepsis zu betrachten. —

Paris, 31. Januar. (W. T. W.) Die Deputiertenkammer beriet in ihrer heutigen Vormittagsitzung den Artikel 8 des Gesetzes über die Arbeiter-Altersversicherung, nach welchem der Staat die Rente, wenn sie weniger als 300 Franc zu betragen hätte, auf diese Höhe ergänzt. Ein Abgeordneter beantragte, daß der Zuschuß nicht mehr als 120 Franc betragen darf. Der Ausschuß bekämpfte diesen Antrag, hingegen unterstützte ihn der Finanzminister Merlou, der die Kammer bat, sich nicht von grobherzigen Regungen zu weit fortziehen zu lassen. Der Vorsitzende des Ausschusses sprach sein Ersuchen über dieses unwürdige Dogmatisieren des Finanzministers und die Hoffnung aus, daß die Kammer ihm nicht Folge leisten werde. Handelsminister Trouillot unterstützte die Darlegungen Merlous; denn die Annahme des Ausschußentwurfes würde, sagte er, ein vergebliches Bemühen sein. Jaurès erinnerte den Minister daran, daß Rouvier den Ausschußentwurf gebilligt habe. Darauf erwiderte Trouillot, dieser Entwurf würde dem Staate Kosten aufweisen, die über seine Kräfte gehen. Finanzminister Merlou sagte so dann: „Schlagen Sie uns das deutsche System vor, wir werden uns dem anschließen.“ Jaurès tabelte die Regierung, daß sie nach mehrmonatiger Beratung dem Kommissionentwurf das deutsche System in die Quere werfe; dieses System sei aber auf dem Grundlag der Invalidität, nicht des Alters aufgebaut. Es sei jetzt nicht der geeignete Augenblick, der Arbeiterklasse eine Entschädigung zu versetzen. Das Haus lehnte darauf den Änderungsantrag mit 443 gegen 56 Stimmen ab und nahm Artikel 8 an. Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Italien.

Die neue Regierung.
Rom, 31. Januar. (Privatdepesche des „Vortwärts“). Gester (Dienstag) trat das neue Ministerium vor die Kammer. Ministerpräsident Fortis wurde durch Zwischenrufe und Lärm unterbrochen; er erklärte, an Steuerermäßigung sei wegen der schlechten Finanzlage des Landes nicht zu denken. Inzwischen wolle die Regierung — unter Erhöhung der Präsenzstärke — die zweijährige Dienstzeit vorschlagen. Die Flotte werde vergrößert werden müssen. Der Eisenbahnminister wurde kaum angehört. — Von der Opposition sprachen Barzilai und Gallo.

Heute (Mittwoch) wurde durch einen Handstreich der vereinigten Opposition mit knapper Mehrheit Schluß der Diskussion angenommen. Morgen (Donnerstag) wird Fortis das Schlusswort erhalten. Dann folgt die Abstimmung. —

Dänemark.

Der Thronwechsel.
Eines Königs Tod ist in einem konstitutionellen Staate kein besonders bedeutungsvolles Ereignis. Sein Nachfolger wird sich genötigt sehen, in derselben Weise weiter zu regieren wie der Verstorbene, und wenn er auch formell das Recht hat, sich seine Minister nach eigenem Willen zu wählen, so wird er sich wohl hüten, das gerade herrschende Partei vor den Kopf zu schlagen. Der nun ver-

storbene Christian IX. hat es lange Jahre versucht, gegen den Willen der liberalen Volksmehrheit zu regieren und schiedte auch nicht vor offenen Kämpfen mit der Volkvertretung zurück. Erst vor nunmehr fünf Jahren kam er zu der Einsicht, daß es unmöglich geworden ist, gegen den Volkswillen zu regieren. Er verließ das erste Kabinetministerium, dem Hürup angehörte, ein Kabin, der in den achtziger Jahren wegen indirekter Aufforderung, Hand an den König zu legen, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Jahrzehntlang hatte der König alle Deputationen und Petitionen um einen Systemwechsel höchst ungnädig abgewiesen und ganz offen Partei für seine konservativen Minister und ihren Anhang ergriffen. Noch im Jahre 1885 beschimpfte er die Partei, die 1901 aus Ruder kam, indem er erklärte, daß ihre Führer nur Hinterspäht und Unheimlichkeit unter das Volk säten und nicht dessen Wohl, sondern nur ihren eigenen Vorteil suchten! Einmal allerdings, und das war zu Anfang seiner Regierungszeit, hatte er sich schon einer „Vollstimmung“ unterworfen, und zwar auch widerwillig, was ihm in diesem Falle zur Ehre gereichte. Das war jene unglückselige nationale Sitzung, der der Krieg von 1864 folgte, welcher zum Verlust Schleswigs, Holsteins und Lauenburgs an Preußen und Oesterreich führte.

Große Erfolge hat Christian mit seiner Familienpolitik erzielt. Er ist bekanntlich verwandt und verschwägert mit einer Reihe der ersten Fürstendhäuser Europas, was ihm den Titel des „Schwiegervaters von Europa“ eintrug.

Das Dänemerk während Christian IX. Regierungszeit einen mächtigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung genommen hat, ist gewiß nicht des verdorbenen Königs Verdienst; im Gegenteil war seine oft unverhohlenen ausgesprochenen konservativen Gesinnung, soweit sie nicht zur Stärkung der Opposition diente, ein Hemmnis jedes Fortschrittes. Auch an Verfolgungen der Sozialdemokratie, an Entfremdung ihrer Führer hat es nicht gefehlt, wenn gleich die Partei sich während der letzten Jahre ruhig entwickeln konnte. Sie ist die Partei, der offenbar die nicht allzu ferne Zukunft in Dänemark gehört, und die auch berufen ist, die demokratischen Reformen durchzuführen, die von der allerschwachen liberalen Regierungspartei und ihren Ministern verraten wurden und werden.

Optimistische Leute pflegen an einen Thronwechsel allerseits Hoffnungen zu knüpfen. Kann man den Worten eines Mannes vertrauen, der seine Meinungen schon ein paar Mal gewechselt hat, so muß man annehmen, daß Frederik VIII., der neugeborene König, als Kronprinz gelernt hat, daß es nicht ratsam ist, gegen den Willen des Volkes zu regieren zu wollen. Er sagte im November vorigen Jahres zu der norwegischen Deputation, die seinen Sohn Karl, den jetzigen König Haakon von Norwegen, nach Kristiania begleitete: „Hier in Dänemark und im Gebirgslande seiner Frau (England) hat er (Brigadier) gelernt, daß eine Regierung die Kraft, ihr verantwortungsvolles Amt auszuführen, nur in festem Ansehen an das Volk finden kann.“

Beherzigt der neue König von Dänemark nun selbst diesen guten Gedanken, so wird man sein zweifelloses Amt wenigstens nicht als einen allzu schweren Ballast empfinden. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Schwarze Listen bei den Lederwarenfabrikanten.

Dem Beispiel der Rühnmänner in der Metallindustrie folgen die Unternehmer in der Schokoladen- und Lederwarenindustrie. Sie sehen sich, ebenso wie ihre Klassenangehörigen in der Metallbranche, einfach hinweg über das bekannte Reichsgerichtsurteil, wonach der dauernde Ausschluß von Arbeitern gegen die guten Sitten verstößt und zum Schadenersatz verpflichtet. In den „Vertraulichen Mitteilungen“ des Verbandes der Schokoladenindustriellen wird den Mitgliedern ein Verbandsbescheid ins Gedächtnis gerufen, nach welchem „Aufwiegler, Agitatoren“ u. s. w. der Geschäftsstelle angegeben sind, die eine Liste darüber führt und auf Anfrage gern Bescheid gibt. Die Angaben sollen — wie den Fabrikanten noch besonders eingeschärft wird — Familien- und Vornamen, Verastart, Geburtstag und -jahr, Geburtsort, sowie den Grund der Entlassung enthalten. Also ein Stedbrief in aller Form. Welchem Zweck er dienen soll, ist zweifellos.

Doch was die „Lügen“ Rühnmänner beabsichtigen, kann ihnen nicht gelingen. Ihr Industriezweig ist in so hohem Maße Saisongeschäft, daß sie selbst den größten Schaden hätten, wenn die Arbeiter den Spieß umkehren und jeden sperrwütigen Unternehmer ihrerseits sperren würden. Wie die Tatsachen beweisen, lassen sich die organisierten Arbeiter des Berufes auch nicht im mindesten durch das Vorgehen der Unternehmer einschüchtern. Die Organisation der Konditoren macht die besten Fortschritte. Sie hat jetzt der Organisation der Arbeitgeber ihren Tarif eingereicht und um Antwort bis 10. Februar ersucht. Der Tarif verlangt in seinen Hauptpositionen die 57 stündige Arbeitswoche und Minimallohne für Arbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Gehilfen, 25 bis 50 Proz. Zuschlag für Überstunden u. s. w. Sollten die Arbeitgeber Verhandlungen ablehnen, so stehen neue Kämpfe in Aussicht. Bei einzelnen der Arbeitgeber drohen an und für sich Differenzen auszubringen, da sie entweder die bisherigen Bewilligungen nach und nach zurückziehen oder Maßregelungen aus geringfügigen Anlässen vornehmen. So z. B. Löwenstein in Firma Ducland Nachf., Schulzendorferstr. 23, und W. Cullig, Schwedterstraße, welcher ganz besonders durch seine vielen Filialen in weitem Maße von Arbeiter-Landschaft abhängig ist. — Die Organisation der Konditoren wird ihre Maßnahmen treffen, wenn es ihr geeignet scheint.

Tarif abgelehnt.

In der Mittwoch abend stattgefundenen Versammlung der Sektion der Treppengeländer-Branche wurde dem vom Einigungsamt aufgestellten Tarif bis auf einen Punkt zugestimmt. Das Einigungsamt hatte eine 3prozentige Lohnzulage festgesetzt. Die Versammlung forderte 6 Proz. Lohnerhöhung. Der Tarif sollte heute (1. Februar) in Kraft treten.

In der Terrastofffabrik von Agnes Gladenbeck in Friedrichshagen sind Maßregelungen vorgelommen, die zu Differenzen führen dürften. Die Kollegen — Figuristen und Kaler — werden ersucht, dies zu beachten und sich bei eventueller Stellungnahme vorher an den Vorsitzenden der Zählstelle, A. Schulze, Secstraße 21a, zu wenden.

Deutsches Reich.

Christliche Unternehmer und christliche Arbeiter.

Im Bezirke Aachen haben sich die Arbeiter der Steinbrüche und Kalkwerke in einer christlichen Gewerkschaft zusammengelassen und die Unternehmer höflich um Beratung überaus geringfügiger Forderungen mit dem Ausschusse ihres Betriebes gebeten. Da aber kamen die katholischen Arbeiter bei ihren kapitalistischen Glaubensgenossen schon an. Der erste Unternehmer, an den sie herantraten, entließ die Arbeiter einfach und suchte Kräfte aus dem Ausland heranzuziehen. Das Walheimer Kalkwerk beantwortete die Einreichung des Tarifs mit der Kündigung der Wohnungen, die die Arbeiter vom Werk gemietet haben, und drohte ebenfalls, Italiener heranzuziehen. Die christlichen Gewerkschaften bezeichnen sich mit starker Betonung als national. Hier haben sie den Dant des Unternehmertums für ihre gute Gesinnung. Dieser Tage haben sich nun die gesamten Besitzer der Steinbrüche und Kalkwerke von Stolberg, Walheim, Langerwehe, Eilendorf, Dreinig, Haffentath u. s. w. zu einem Verbands zusammengeschlossen, um ihre bisher so geduldeten Arbeiter wieder in die alte

Sörigkeit zurückzuführen. Man hat beschlossen, keinerlei Unterhandlungen mit Vertretern organisierter Arbeiter zu führen bei Vermeidung einer Konventionalstrafe; ferner sollen in keinem der beteiligten Betriebe Arbeiter ohne Abkündigung eingestellt werden; dazu müssen die Arbeiter der jährlichen Genehmigung des Unternehmerverbandesmitglied sein, bei dem sie ausgetreten sind; andernfalls darf kein Mitglied sie einstellen. Und nun muß man sich vergegenwärtigen, daß der größte Teil der Mitglieder des neuen Unternehmerverbandes stramme Zentrumsleute sind und daß die von ihnen mit Hunger und Obdachlosigkeit bedachten Arbeiter nahezu sämtlich ebenfalls dem Zentrum angehören. Für den Bewohner der ultramontanen Herrschaftsgebiete sind derartige Dinge nichts Neues, und besonders im Aachener Bezirk ist das katholische Unternehmertum als über die Massen brutal und profitgierig bekannt. Wo die christlichen Gewerkschaften sich erheben, mehr als eine Unternehmerhulstuppe sein zu wollen, da bekommen sie die Fuchtel der Kapitalisten genau so zu spüren, als ob sie Sozialdemokraten wären — was wir ihnen ja schon vor der Gründung ihrer Zwitter- und Splittverbände gesagt haben.

Die Bewegung der Lederarbeiter in Erlangen ist durch einen Vergleich abgeschlossen worden. Die gelernten Arbeiter erhalten eine Zulage von 2 M., die ungelerten eine solche von 1 M. Die Arbeitszeit wird auf 60 Stunden wöchentlich festgesetzt.

In der Kölner Tapetenfabrik von Fammersheim und Steinmann ist nunmehr ein allgemeiner Ausstand ausgetreten, nachdem die Firma Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes gemahnt hatte.

Die Zimmerer in Aachen haben den Unternehmern einen Lohnsatz zugelangt. Sie fordern u. a.: zehnstündige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, für Überstunden 10 Pf. Zuschlag, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag, ferner Abschaffung der Akkordarbeit.

Die Holzarbeiter (Tischler, Weizer, Polierer und Maschinenarbeiter) der Firma Ludwig Alter, Hofmöbelfabrik in Darmstadt sind wegen Maßregelung ihres Vorgesetzten in den Ausstand getreten.

Ausland.

400 000 Staatsangestellte für das Koalitionsrecht!

(Fig. Ber.) Herr Koudier hat vor einigen Wochen in der Kammer feierlich erklärt, er werde die gewerkschaftliche Vereinigung der Staatsarbeiter nicht dulden. Es gibt aber einen von ihm damals wohl noch nicht recht gewürdigten Umstand, der ihn verhindern dürfte, seinen edlen Entschluß durchzuführen: das Selbstbewußtsein der Staatsangestellten. Statt sich durch seine pathetische Erklärung einschüchtern zu lassen und der vielfachen Maßregelungen und Drohungen nicht achtend, haben sie ihre Organisation in den letzten Wochen mit bewundernswürdigem Eifer ausgebaut zur Erhöhung ihrer Widerstandskraft die Zentralisation ihrer Vereinigungen angebahnt. Im Anschluß an einen Kongress fand am 27. Januar in Paris eine riesige Demonstrationsversammlung statt, der 7000 Personen beiwohnten. Vertreten waren die intellektuellen und die manuellen Arbeiter des Staats und der übrigen öffentlichen Gemeinschaften: Lehrer, Post- und Telegraphenbeamte, Marinearbeiter, Labalarbeiter, Ländholzarbeiter, Angestellte der Versammlungs- und Schuldiener, Angehörige von Organisationen, die insgesamt 400 000 Mitglieder zählen. Gleichzeitig hatte das Zentralkomitee der Staatsbediensteten auch Versammlungen in Toulon, Marseille, Toulouse, St. Etienne und anderen Provinzstädten einberufen, die gleichfalls einen glänzenden Verlauf nahmen. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, die das Parlament auffordert, bis zum 15. März die Zweideutigkeit, die das Gewerkschaftsgesetz von 1884 bezüglich der Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter befehlen läßt, auszumergen. Sollte den Angestellten der öffentlichen Gemeinschaften bis zum angegebenen Tage keine Genehmigung werden, so behalten sie sich vor, die vom wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkt geeignet erscheinenden Maßregeln zu treffen.

Die Bourgeoispreffe tobt angeekelt dieses energischen Vorgehens der Beamten. Der „Temps“ wiederholt das historische Wort: „Eine Emute? Nein, eine Revolution!“

Durch Anwendung der passiven Resistenz hat das Personal der österreichischen Südbahn einen Erfolg erreicht. Nachdem die Eisenbahner diese Kampfmethode eine Woche hindurch angewandt hatten, ließ sich die Direktion zu Verhandlungen herbei und zwar mit dem Vertreter der Organisation, den sie anfangs zurückgewiesen hatte, weil er nicht zum Personal der Südbahn gehört. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Forderungen der Angestellten bewilligt und der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen wurde.

Versammlungen.

Deutscher Buchbinderverband. Die Zählstelle Berlin hielt am Mittwoch bei Buggenhagen ihre Generalversammlung ab. Zunächst wurde der zweite Punkt der Tagesordnung: Wahl eines dritten Angestellten, erledigt. Es waren 12 Bewerbungen eingelaufen, darunter 2 von weiblichen Mitgliedern. Mehrere Redner sprachen dafür, mit Rücksicht darauf, daß fast die Hälfte der Mitgliedschaft aus Arbeiterinnen besteht, eine der beiden Bewerberinnen zu wählen. Sie blieben jedoch beide bei der geheimen Abstimmung in der Minderheit. Gewählt wurde Rüger. — In die Tarifkommission der Buchbinder wurde an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes Bilz gewählt. — Daran schloß sich die Versammlung mit dem Jahresbericht der Ortsverwaltung, der in einer 40 Seiten starken Broschüre gedruckt vorlag. Der Bevollmächtigte Dank gab dazu einige mündliche Erklärungen. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres nominell 5471. Wie hervorgehoben wurde, sind jedoch eine Anzahl Mitglieder, die tatsächlich ihre Beiträge bezahlt haben, nicht gezählt, was auf Richtigkeit in der Vorlegung der Beitragslisten einiger Vertrauensleute zurückzuführen ist. Inzwischen ist dieser Fehler zu einem großen Teil bereits wieder ausgeglichen. Lohnbewegungen fanden im verfloffenen Jahre in der Buchbinder-, in der Kartendrucker- und der Vorteseuilerbranche statt. Die Einzelarbeiter streikten sechs Wochen, worauf es vor dem Gewerbegericht zum Abschluß eines neuen verbesserten Tarifvertrages kam. In der Kartendruckerbranche, wo sich die Bewegung nur auf die Richter erstreckte, wurde ohne Streit ein neuer Tarif vereinbart. Ebenso kam ohne Lohnkampf ein Tarifvertrag der Vorteseuiler zustande. Außerdem kam es in mehreren Werkstätten verschiedener Branchen zu Differenzen und Streiks, die größtenteils zugunsten der Arbeiter endeten. Verloren ging allerdings der Streit in der Buchbinderbranche von Kammere, und zwar hauptsächlich infolge der Unterstützung der Unternehmer durch die Polizei, die alles aufbot, um den Streikenden das Recht des Streikpostensnehmens zu nehmen. — An den Jahresbericht schloß sich eine kurze Debatte. Die Streitfrage zwischen Kempte und Alath, mit der sich verschiedene Versammlungen sowie die Verwaltung und der Verbandsausschuß beschäftigt hatten, wurde nun von der Generalversammlung endgültig für erledigt erklärt. — Der Jahresbericht und die Berichte der Vertrauenspersonen wurden auf eine am 1. Februar im Gewerkschaftshaus stattfindende außerordentliche Generalversammlung vertagt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als 1. Bevollmächtigter Ritar, als 2. Richter und als Schriftführer Herzog und Calow. Die Wahl der Beisitzer wurde ebenfalls vertagt. Die Wahlen erledigt sind, bleibt die alte Verwaltung im Amte.

Der Verband der Tapezierer (Zentrale Berlin) hielt am 26. Januar seine Generalversammlung ab. In seinem Vorstandsbereich gab Weis eine Uebersicht über das Jahr 1905. Die Lohnbewegung im Frühjahr hat dazu beigetragen, die materielle Lage der Kollegen erheblich aufzubessern. Allerdings war noch eine Nachbewegung der Arbeiter erforderlich, da sowohl Meister, als auch Lehrlinge es sich nicht vertragen konnten, die Vertragslöhne zu ignorieren. Daraus resultieren 50 Differenzen, von denen 33 auf günstigem Wege und 17 durch Sperren zu günstigem Erfolg geführt wurden. Im Postereberuf legen die Kollegen immer noch zu wenig Wert auf die Durchführung der logischen Erzeugnisse der letzten Lohnbewegung, besonders in Affordverhältnissen. Wenn es auch schon erheblich besser geworden ist, so gibt es doch immer noch Werkstätten, in denen die Gehälter bis an die Knöchel im Schmutz stehen und sich dadurch die Arbeiterkrankheit zuziehen. Hier gab es 32 Differenzen, die durch die Kommission erledigt wurden, eine hatte einen Ausstand zur Folge. Von circa 400 Näherinnen ist leider noch ein großer Teil unorganisiert. Viel Schuld daran tragen unsere Kollegen, die sich gar nicht darum kümmern. Die Organisation hat 1905 für Streiks 53 000 M. ausgegeben. Weis wies ferner darauf hin, daß die Hausflistung im Osten sehr gut funktioniert und der Mitgliederbestand jetzt dort ein stabiler ist. — In der Diskussion wurde ein Antrag Straßer: einen zweiten Beamten anzustellen, der Ortsverwaltung überwachen. Hierauf gab der Kassierer Lobitz den Kassierbericht. Einnahme der Zählstelle 23 914,45 M.; ergibt mit dem alten Bestand von 7771,63 M. 20 186,03 M.; Ausgabe 12 170,39 M., verbleibt ein Bestand von 7992,69 M. In dieser Ausgabe sind enthalten: Agitation der Kasse 844,70 M., Kaufkontrolle 910,95 M., Streik- und Gemahregelungenunterstützung 2319,30 M. (Lokalzuschuß), sonstige Agitation 321,14 M., Lokalreiseunterstützung 115 M. — Ausgaben der Hauptkasse für Berlin: Reiseunterstützung 344 M., Arbeitslohnunterstützung 2299,50 M., Krankenunterstützung 753,75 M., Sierbegeld 220 M., Streik- und Gemahregelungenunterstützung 9291,60 M. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1905 1139, am 1. Januar 1906 1559. — Die Reuewahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Weis, zweiter Vorsitzender Weelitz, erster Kassierer Lobitz, zweiter Kassierer Brunow, erster Schriftführer Schöne, zweiter Schriftführer Lud., Weitzer, Wroßer und Straßer; Revisoren Jent, Zimmermann und C. Schröder; Bibliothekar Kätz; Vergnügungskomitee Minn, Jent und Zimmermann.

Die Wahlrechtsraub-Vorlage in Hamburg.

Hamburg, 31. Januar, abends 10^{1/2} Uhr. (Privat-Telegramm.) Auf der Tagesordnung der Bürgerchaft steht die Wahlrechtsvorlage. Der Saal und Tribünen sind stark besetzt. Im Rathaus sind 150 Polizisten stationiert. Senatskommissare, Senatoren Oswald, Holtzhusen, v. Melle und Senatspräsident Schäfer anwesend.

Vor Eingang der Verhandlungen stellt Dr. Brackenhoff (Rechte) den Antrag: „Die Bürgerchaft ersucht den Senat um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Regelung der Verpflichtung zum Ersatz des Schadens der bei Zusammenrottung, Aufruf oder Aufruf entstanden ist. Der Antrag wird genügend unterstützt. Dr. Peterien (Rechte) hält es für selbstverständlich, daß jeder sein Wahlrecht ausübe, wie es ihm beliebt. Wenn sozialdemokratische Ideologie, dann werde sie durchringen, deshalb sei er Gegner der Beschränkung des Wahlrechts, obwohl er starker Gegner der Sozialdemokratie sei. 1896, als das jetzige Wahlrecht geschaffen wurde, wünschte man Sozialdemokraten, deren Zahl jetzt beschränkt werden soll. Tatsache sei, daß seit Eintritt der Sozialdemokratie in die Bürgerchaft viele Fragen neu aufgetaucht und andere besser behandelt worden sind, als vorher z. B. sozialpolitische, Verkehrsfragen u. s. w. Zu beiden Privilegienwahlen soll Geldverkommenstrafverfügung hinzukommen, das bekämpfe er entschieden. Er verlange politische Energie der Bürger, Gerechtigkeit, zeitgemäße Reformen im Staatsleben. Die Vorlage dagegen schaffe Nährboden für Radikalismus. Durch Klassenwahl werde das schlecht organisierte Bürgertum ein Opfer des Radikalismus. Es sei ein ungeheures Unrecht, daß neben Privilegiertenwahlen noch eine Klasse geschaffen werden soll, die doppelt so viel Wahlrecht ausüben könne, als die doppelt so große zweite Klasse. Gegenüber den Privilegiertenwahlen bedeuten die jetzigen allgemeinen Wahlen eine ausgleichende Gerechtigkeit. Durch die „Reform“ stoße man Elemente ab, die notwendig seien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Jeder gesunde Fortschritt wäre dann unmöglich, weil ein Keil in das Bürgertum getrieben würde. Denken Sie an unsere Väter, die vor 50 Jahren das allgemeine Wahlrecht erkämpft haben. Ein kräftiges Bürgertum müsse schwierige Zeiten überwinden. Dr. Vogge, zweiter Ausschussberichterstatter, hält das neue Wahlrecht für den Ausfluß höchster Gerechtigkeit (Reiterkeit) und betritt einen Interessengegensatz zwischen beiden Klassen. Gegen die Sozialdemokratie müsse man sich wehren, deshalb seien ihnen die Sitze abzunehmen. Senator Holtzhusen erklärt, die Senatskommissare würden, auch wenn andere Beschlüsse vorliegen, dem Senat die Annahme empfehlen. Dr. Blund (Linke) spricht scharf gegen Vorlage. Weshalb verteidigt keine große Autorität, kein Bürgermeister die Vorlage? Die Vorlage könne man nicht vom Standpunkt des Arbeitgebers behandeln, denn die Bürgerchaft sei doch keine Exekutivbehörde des Arbeitgeberverbandes, sondern eine Volkvertretung. Rhode (Linke) ist im Interesse des bedrohten Bürgertums für die Vorlage. Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Debatte wurde angenommen, dadurch wurde dem Genossen Wömelburg das Wort begeben. Es spricht noch Dr. Zacharias, Ausschussberichterstatter, dann folgt die Abstimmung über die Verfassungsänderung. Die Vorlage wurde mit 120 Stimmen gegen 35 Stimmen angenommen. Damit ist die Bahn frei für den Wahlrechtsraub.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Folgen des Wahlrechtsattentates.

Hamburg, 31. Januar. (B. Z. V.) Im Zusammenhänge mit den Atavollen auf dem Schoppensteil sind bisher 72 Verurteilungen verhängt worden, gegen die Anklage wegen Aufruhrs, Raubs bezw. Diebstahls erhoben werden wird. Weitere Verhaftungen sollen noch bevorstehen.

Bergmannsgrab.

Dortmund, 31. Januar. (B. Z. V.) Auf der Rede „Freier Vogel“ sind heute vier Vergleiche durch herabfallendes Gestein verunglückt, einer von ihnen ist tödlich verlegt.

1000 Arbeiter im Streik.

Frankfurt a. M., 31. Januar. (B. Z. V.) Die Zahl der in Frankfurt, Mainz und Worms ausständigen Konfektionsarbeiter beträgt etwa tausend. Die Arbeiter in den Landorten des Odenwaldes und Neckars beginnen sich zu beteiligen.

Hünne, 31. Januar. (B. Z. V.) Der Betrieb in der Hünne-Heidschen Torpedofabrik ist wegen Streiks eingestellt.

Reichstag.

82. Sitzung vom Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Niemand!

Die erste Beratung des vom Abg. Grafen Compech (Z.) und Genossen beantragten Gesetzentwurfs über die Freiheit der Religionsübung (des Tolerananztrages) wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Hertling (Z.):

Ich muß dem Abg. Schrader darin recht geben, daß meine politischen Freunde von dem bisherigen Verlaufe der Diskussion wenig erfreut sind. Das liegt aber besonders an der Rede des Abg. Müller-Meinungen, der in einer so wichtigen Sache mit unkontrollierbaren Hiftörchen aufwarten zu können glaubte. (Beifall im Z.)

Ich kann den Abg. Müller-Meinungen nur bitten, darin fortzuführen, durch den Aufgaren der katholischen Gebetsbücher zu wandeln und uns durch sein freiwilliges Vorgesitzentum zu helfen, vielleicht wird dann auch einmal ein Ahrchen der Heilswahrheit in seine Seele fallen. (Beifall im Zentrum, Heiterkeit links.)

Was nun den eigentlichen Inhalt unseres Antrages anlangt, so sind wir uns voll bewußt, daß wir mit veralteten Theorien gebrochen haben. Sie dürfen uns diese alten Theorien also auch nicht vorhalten!

Abg. Hoffmann-Verlin (Soz.):

Ich will voranschicken, daß ich namens meiner Fraktion den Antrag stelle, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Dieser Antrag ist um so nötiger nach den Ausführungen der Herren Antragsteller und des letzten Herrn Vorredners. Unsere prinzipielle Stellung hat ja Genosse David schon festgelegt. Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche und damit auch die Trennung von Schule und Kirche. Ohne Durchföhrung dieser Gedanken kann wahre religiöse Freiheit überhaupt niemals existieren.

Ich zeige ferner, wie man bei der Ausübung der Gewissensfreiheit unter Umständen vom Konnenergericht bestraft werden kann, weil man so unvorsichtig ist, das Urteil dieser höchsten Richter für richtig zu halten. Es kann ja nicht Wunder nehmen, daß die Gerichtshöfe heute so morgen so — je nach der oben herrschenden Richtung — urteilen in einer Zeit, wo der höchste Beamte des Reiches in der Durckangelegenheit einen Erlaß vorlesen läßt, der direkt zu Gesetzwidrigkeiten auffordert. (Sehr richtig! im Zentrum.)

So sehr wir jeder Entscheidung auf diesem Gebiete zustimmen, so sehr haben wir alle Ursache, mißtrauisch zu sein, insbesondere gegen das Zentrum. Von dem Staate verlangt das Zentrum Toleranz, die katholische Kirche selbst denkt aber nicht daran, diese Toleranz zu gewähren. Herr Müller-Meinungen hat schon eine Reihe solcher Fälle vorgeführt. Er sprach auch von den Sühnegottesdiensten. Nach am 10. Dezember hat in München ein solcher Sühnegottesdienst stattgefunden als Protest gegen die Freisprechung des Hebdaktors Richter. Wir haben ja nichts dagegen, dann verlangen Sie (zum Zentrum) aber auch von uns nicht, daß wir die ritterliche Autorität achten. An Saug der Kirche durch die Staatsanwälte fehlt es doch wirklich nicht. Ich erinnere an den letzten Thoma-Prozess gegen den Jhnen sehr unbecuemen „Simplicissimus“.

Staatsanwalt verdächtigte also Herrn Professor Forel gewissermaßen des Meineids. Als ob Meineid nicht auch bei Katholiken vorkommt! Ich erinnere an den Pfarrer Geiser im Vadischen, der in einem Wohlmeinungs-Prozesse an ein seiner Gemeindeglieder, das als Zeuge gegen ihn hätte dienen können, schrieb: er solle vor Gericht erklären, er habe auf das betreffende Wirtshausgespräch nicht geachtet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen also — man kann ein frommer Mann sein und trotzdem ein Schaflein der Herde zum Meineid anstiften. Herr Müller-Meinungen hat auch gezeigt, wie Sie vorgehen gegen politische Andersdenkende. Ich erinnere daran, daß Pfarrer Schäfer einer Frau die Kommunion verweigerte, nicht etwa weil sie, sondern weil ihr Mann ein gegnerisches Blatt austrug. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So lange Sie so handeln, können wir Ihnen auf nach Toleranz nicht ernst nehmen. Wenn es sich darum handelt, Ihrer Kirche Vorteil zu verschaffen, sind Sie in den Mitteln nicht wählerisch. In Berlin hat ein katholischer Pfarrer gegen den Willen von Vater und Mutter ein Kind mit Hilfe der Großmutter getauft. Als der Vater Klage, schrieb der Kirchenvorstand der Herz-Jesu-Kirche an den Rechtsanwalt, daß er die Taufe unbeschadet der dogmatischen Wirkung als zivilrechtlich wirkungslos betrachte und auf alle Rechtsansprüche aus derselben verzichte! Gewiß gibt es auch in der evangelischen Kirche Geistliche, die es nicht anders machen. Ich kenne einen Fall, wo der evangelische Pfarrer in Wittenberge ein der dortigen Anstalt zur Pflege überwiegenes Kind von Dissidenten gegen den Willen der Eltern hintertäuscht taufen ließ. So etwas nennen wir pfarrherrliches Vorkipptum! (Große Heiterkeit links.) Das ist die „Toleranz“, von der wir nichts wissen wollen, das ist das Vorgehen und Deyen, das wir bekämpfen! Ich erinnere daran, daß — als ein Pfarrer in Bremen eine andere Tauf-formel anwandte — der bremische Senat anordnete, daß diese Taufe ungültig sei. Es fand also eine Wiedertaufe statt, leider waren aber einige Kinder schon gestorben. In diesem Falle also muß doch wohl der liebe Herrgott im Himmel, falls er diese Kindlein bei sich aufgenommen hat, seine Meinung auf die Verord-nung des bremischen Senats hin revidiert haben. (Große Heiterkeit links.)

Der Pfarrer Körner in Remscheid schrieb in einem Briefe an den Pfarrer Dr. Schäfer, Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundes, man möge ihn aus den Listen streichen, da er bei der gegenwärtigen Entwicklung der evangelischen Landeskirche die Heuchelei nicht mehr mitmachen könne, dem Evangelischen Bunde anzugehören, dessen Zweck es ist, dieselben Zustände innerhalb der katholischen Kirche zu bekämpfen. Da hören Sie also aus demselben Munde die Behauptung, daß die evangelische Kirche ebenso intolerant ist wie die katholische. Man hält den Kindern sogar die besten Werke des deutschen Volkes vor. In St. Johann hat ein Volk-sfreund Schillers Gedichte und Dramen in der wirklich ganz un-schuldigen Volksschule allen Schülern des Ortes gestiftet. Aber der Rektor der katholischen Mädchenschule dachte anders und verweigerte die Verteilung. Er kann sich trösten:

Deutscher Barde frei und groß,
Seitdem sei dein Lebenslos;
Angestaut in deinem Streben
Und der Kerut preisgegeben,
Dumm gelobt und dumm getadelt,
Und zuletzt auch noch geadelt!
D vergh dem Vaterland,
Meister, seinen Unverstand. (Heiterkeit.)

In Lüttichendortmund wurde ein Sozialdemokrat, als er ge-torben war, nicht auf dem Friedhofe, sondern auf dem Schindanger begraben. Infolge Gerichtsbeschlusses mußte er wieder ausgegraben und feierlich bestatet werden. Der Zentrumsdabgeordnete Brust aber erklärte öffentlich: Sozialdemokraten gehören auf den Schindanger! (Hört! hört! links.) Das ist die „Toleranz“, die wir bekämpfen. Auch in der Frage der Feuerbestattung haben sich Geistliche beider Konfessionen höchst intolerant erwiesen. Aber selbst in Sachsen soll ja jetzt die Feuerbestattung gestattet werden. Nur Preußen, das Deutschland vorangehen soll, ist auch hierin zurück. Dann erinnere ich an die Dreifachregel-politik, wie sie vielfach in katholischen Gegenden gegen die Sozialdemokratie angewandt wird. In Stürzelburg rief der Pfarrer den Bauern zu: „Zeigt den Noten, daß Ihr treue Katholiken seid!“ Die Folge war ein ungeheures Blutbad. Von der Kolalabtreibung, welche Geistliche vielfach gegen uns anwenden, will ich kein Wort sagen. Aber was soll man dazu sagen, wenn Sie sich gegen Ihre eigenen katholischen Bekleid intolerant erwiesen? In Oden ver-hältsen Sie die Polen; wenn aber im Ruhrgebiet sich einige Polen öffentlich regen und zum Beispiel nur daran denken, sich in den Kirchenvorstand wählen zu lassen, werden sie von Ihnen auf's bitterste bekämpft.

Eine einzige Rede des Herrn Kriegsministers, wie wir sie neulich gehört haben, wirkt agitatorischer für uns als alle unsere Reden. Der Herr Kriegsminister erklärte: die Duellfrage müsse jeder christliche Offizier mit seinem Herrgott abmachen. Wenn nun einmal ein Anarchist eine terroristische Tat begangen haben sollte, so könnte er sich ja auch auf seinen Herrgott berufen und erklären: seine Tat ginge niemand weiter etwas an. — Wie kann man weiter von Toleranz sprechen in einer Zeit, in der es heißt: Nur ein guter Christ kann ein guter Soldat sein! Was sollen denn die zahlreichen Juden und Dissidenten, die tapfere Soldaten sind, dazu sagen? Streng genommen aber könnte ein guter Christ niemals ein guter Soldat sein; denn er müßte doch an das fünfte Gebot denken, das da heißt: Du sollst nicht töten.

(Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Bundesratstische Platz genommen.)

Der § 4 in der Zentrumsvorstellung schüßt die Dissidenten nicht gegen Eingriffe in ihre Freiheit. In Küstrin sollte der Vater eines zwölfjährigen Knaben sein Kind an dem Religionsunterricht der dortigen Mittelschule teilnehmen lassen und sich erklären, für welchen Religionsunterricht einer anerkannten Religionsgemeinschaft er das Kind bestimme. Er erklärte sich für den jüdischen Religions-unterricht. Da wurde sein Kind aus der Mittelschule entlassen und sollte die Volksschule besuchen. Der Vater weigerte sich und erhielt ein Strafmandat. Das Schöffengericht aber sprach ihn frei, das Landgericht ebenfalls, die Revision des Staatsanwalts wurde zurückgezogen. Gestützt auf diese Gerichts-entscheidungen wollte der Vater das Kind wieder in die Mittelschule schicken und es am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen lassen, aber der Magistrat ließ ihn wissen, daß er auf höhere Anordnung das Kind von der Mittelschule ausschließen müsse, bis sich der Vater für einen christlichen Religionsunterricht entschieden habe. So magt die Regierung, sich in offenkundigen Gegenlag zu den Ent-scheidungen der Gerichte zu stellen. Ein anderer Fall hat sich in Waidmannslust zugetragen: Der Vater und die Mutter des Schulfundes waren beide Dissidenten. Ihr Kind war nicht getauft, mußte aber den Religionsunterricht der Schule über sich ergehen lassen. Nun sollten die Eltern auch noch eine Bibel anschaffen. Als sie sich weigerten, wurde ohne gerichtliche Entscheidung gefändet. Und zwar pfändete man einen Regulator. Das ist sehr hübsch. Wenn schon die Uhr durch eine Bibel ersetzt werden kann, dann weiß kein Mensch mehr, was die Glocke geschlagen hat. (Große Heiterkeit.)

Wie gegen den § 4 des Antrages in seiner jetzigen Fassung müßten wir auch gegen die Fassung des § 12 stimmen. Der Austritt aus der Landeskirche darf nicht erschwert werden, sondern muß erleichtert werden; denn in einer Zeit, in der wir die preussische Schulgesetzgebung erleben, bildet der Klassenaustritt aus der Landes-kirche das einzige wirksame Protestmittel. Selbst ein frommer Mann, unser Parteigenosse Böhre, dem man die Zugehörig-keit zum Christentum nicht abprechen darf, wenn er auch aus der Landeskirche ausgetreten ist, fordert jetzt öffentlich zum Austritt aus der Landeskirche auf. Wenn sich solche Leute dazu aufraffen, dann zeigt es doch, wie weit die Dinge gekommen sind. Auch die Bremische Lehrerschaft erklärt, daß die Gedankengänge syrisch-arabischer Beduinen nicht das geeignete Lehrmaterial für Kinder in den ersten Schuljahren darstellen, und daß die Lust zum Lernen den Kindern geraubt würde, wenn ihnen acht Jahre lang immer derselbe Unterrichtsstoff be-gebracht werde. Sie erklärt sich also gegen den Religionsunterricht in der Schule. Ganz so frei kann sich die Vermisste Lehrerschaft nicht ausdrücken, da Berlin ja in Preußen liegt. Aber auch sie protestiert energisch gegen die Unterstellung der Schule unter die Kirche. — Die Geistlichen suchen vielfach den Austritt aus der Landeskirche durch ungelegliche Maßnahmen zu verhindern. So habe ich eine ganze Anzahl Briefe vor mir, aus denen hervorgeht, daß Geistliche sich geweigert haben, Taufscheine auszustellen, die für den Akt des Austrittes gebraucht wurden. Die Leute mußten die Ausstellung des Taufscheines auf gerichtlichen Wege erzwingen, hatten also unnütze Kosten davon. Zusammenfassend muß ich sagen, daß man in religiösen Dingen nicht vorwärts schreitet, sondern zurück. Vor 100 Jahren urteilte ein Konsistorium viel freier als heute. Prinz Wilhelm, der als Preußens König später der Große benamt wurde, äußerte zu der Zeit, als er die Regentenschaft antrat: „Eine der schwersten und zugleich zartesten Fragen ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. In beiden Kirchen muß mit allem Ernste Bestrebungen entgegengetreten werden, die die Religion zum Dedamantel politischer Bestrebungen machen wollen. In die evangelische Kirche ist eine Orthodorie ein-geleitet, die mit ihren Grundanschauungen nicht verträglich ist und Heuchelei im Gefolge hat. Alle Scheinheiligkeit, Heuchelei, kurz — das ganze Kirchenwesen, wenn es als Mittel zu politischen Zwecken dient, ist zu entlarven.“ Diese Worte sind dann freilich später ersetzt worden durch den Satz, daß die Religion dem Volle erhalten werden müsse. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie ist der Staat zum Frieden mit der Kirche gekommen. Darum will er Wissenschaft und Erkenntnis möglichst aus der Volksschule beseitigen. Im Gegen-satz zu dem, was einst Alexander v. Humboldt sagte, daß wenn die Achtung vor der Einsicht in die Naturkräfte nicht alle Kräfte des Volkes durchdringe, unabweislich das ganze Volk von seiner kulturellen und wirtschaftlichen Höhe herabstufen müsse, will man jetzt an Stelle von Freiheit, Erkenntnis und Wissen in der Volksschule nur Religion, Religion und wieder Religion lehren und alle Fächer mit Religion durchtränken. Der Heiland, auf den Sie sich immer so gern berufen, ist ganz in den Hintergrund gedrängt. Sie sind intolerant gegen die Andersgläubigen, intolerant gegen die eigenen Religionsangehörigen, wenn sie Ihnen in den Weg treten. Sie haben am allerwenigsten Ursache, sich auf den Heiland zu berufen.

Er predigte Liebe und Freiheit und Gleichheit mit erstem Mund,
Sie haben ihn drum gekreuzigt; er war ihnen gar zu bunt.
So kreuzigt man noch jeden, der von Freiheit und Gleich-heit spricht;
Das konnten sie niemals betragen, betragen's noch immer nicht!

(Heiterkeit und Beifall b. d. Soz.) Sie haben aus der Religion eine Dinerin der herrschenden und besitzenden Klassen, ein Werkzeug gegen die Mäßigen und Beladenen gemacht. (Sehr gut! b. d. Soz. Lachen rechts.) Das neue Volksschulgesetz soll ja den Ge-meinden noch mehr die Verfügung über die eigenen Schulgrundstücke und Schulgebäude nehmen, um die unbecueme Richtung auf religiösem Gebiete ganz abzuwürgen. Man will nur dulden, was der jeweiligen Richtung angenehm ist. Die freireligiöse Gemeinde, die seit Anfang der 40er Jahre in Berlin besteht, hat in Preußen auch unter dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Rechte der juristischen Persönlichkeit nicht erwerben können. So hat sie, weil für den Fall ihrer Auflösung das Vermögen an eine Stiftung in Offenbach fallen soll, sich in Offen-bach um Vereinsregister müssen eintragen lassen und ist nun freireligiöse Gemeinde in Berlin mit dem Sitz in Offenbach am Main. (Große Heiterkeit.) Charakteristisch für die herrschende Feindschaft gegen die Gewissensfreiheit ist auch, daß im neuen Schul-gesetz den Dissidenten der letzte Ausweg genommen werden soll, den sie bisher hatten, der: Ihre Kinder am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Im Junerparlament, in dem die Stimme des Volkes kein Gehör findet, will man verhindern, daß die Eltern — nicht etwa aus Vegerierung für die jüdische Religion, sondern nur um ihre Kinder möglichst wenig zu beladen — diesen Ausweg wählen. Im § 12 des Volksschulgesetzes läßt man die Kloster-schulen wieder aufleben! Welcher Geist in ihnen herrscht, zeigt die Antwort einer Lehrerin in einer kirchlichen Privatschule des schwärzesten Bayers, der auch protestantische und jüdische Mädchen angehören. Diese Lehrerin sagte, daß in den protestantischen Kirchen Gott nicht wohnen könne! In Hessen sind die Merkmalen drauß und dran, zu fordern, daß die Religionsprüfung vom Bischof allein vorgenommen und der Regierungsbereiteter ausgewählt werden solle. Auch die Errichtung lönfessioneller Lehrerseminare wird dort gefordert. So will man mehr und mehr die Lehr-tätigkeit in die Klosterschulen einzwängen. Und all' dies angesichts der Tatsache, daß wir an Frankreich sehen, wie gut es geht, wenn die Schule von der Kirche getrennt ist. Der lönfessionelle Religionsunterricht ist in Frankreich schon seit Jahren abgeschafft. Statt religiöser Dogmen lehrt man dort die neu- bis eihährigen Kinder in der Elementarschule die Pflichten gegen Eltern und Groß-eltern, gegen Brüder und Schwestern, gegen Dienstboten, gegen das Vaterland, gegen sich selbst usw. Brüderlichkeit, Duldsamkeit, Achtung vor dem Glauben Andersdenkender, das lehrt man in Frankreich an Stelle des Religionsunterrichts, und die Franzosen sind nicht schlecht dabei gefahren. Achtung und Liebe zu den Eltern, statt daß wie bei uns empfohlen wird, auf Vater und Mutter zu schälen. Nach dem Beispiel Frankreichs haben wir alle Ursache, ein Gesetz zu schaffen, welches verhindert, daß das wertvollste, unsere Jugend, der Ver-minderung, der Reaktion, der Verdummung ausgesetzt wird. Befreiung der Jugend, Befreiung der Schule von der Kirche, Befreiung des Staates von der kirchlichen Bevormundung, das sind die Forde-rungen, die wir stellen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemo-kraten.)

Abg. Dr. Stöder (wirtsch. Vg.):

Es ist schmerzlich, im deutschen Reichstag eine solche Rede hören zu müssen, nicht nur aus dem Gesichtspunkte der Religion, sondern auch der Bildung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daß die Gottesleugnung auf das ganze geistige Leben verberend wirken muß, darin kann uns diese Rede nur bestärken. Die Lehren vom Ausland können wir nicht gebrauchen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Worten Sie erst 20 Jahre ab, welche Wirkung die Trennung der Kirche vom Staat in Frankreich haben wird. — Daß man Dissidenten nicht zwingen soll, am Religionsunterricht der Schule teilzu-nehmen, soweit er Glaubensunterricht ist, habe ich stets betont; aber es wäre sehr bedauerlich, wenn den Kindern der Volksschule ein so wichtiges Stück historischer Bildung, wie es die Religionsgeschichte bietet, genommen würde. Es wäre ein Rückschritt in die Barborei, wenn die Kinder der Volksschule nichts von der Geschichte Jesu Christi, die das Neue Testament bringt, erfahren sollten. Der Herr Vorredner hat von Darwinismus gesprochen. Wissen Sie denn nicht, daß der Darwinismus von der Fachwissenschaft läna?

angefordert ist? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den Entwidlungsgedanken hat man allein davon aufgenommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie lesen wahrscheinlich die Weltkämpfe von Haeckel, das ist aber ein Buch, das die Fachpresse nicht achtet, wenn Sie auch vielleicht darauf schwören. — Herr David sprach auch von den christlichen Gewerkschaften. Diese sind lediglich eine Folge der sozialdemokratischen Gottlosigkeit. Die christlichen Arbeiter werden ihren Glauben nicht aufgeben, nur um die Ehre zu haben, mit Ihnen (zu den Sozialdemokraten) gemeinsame Sache zu machen; dazu ist ihnen die Ehre nicht groß genug. (Heiterkeit rechts.)

Was die Sache selbst anlangt, so bin ich stets für Freiheit in der Religionsübung eingetreten. Nächstmögliches findet man hier und da auf beiden Seiten und sollte es möglichst bald befeitigen. Uns zumutet, alles innerhalb unserer Kirche anzuhören, was irgend ein mäßiger Geistlicher sich ausgesprochen hat, würde eine Priesterherrschaft, eine geistliche Hierarchie konstituieren, an die wir nie gedacht haben. (Sehr gut! rechts.) Dem Abg. Vachem muß ich ganz entschieden beistimmen, daß die evangelische Kirche gegen Verbrennungen und dergleichen gebilligt hat. Selbst katholische Autoritäten haben anerkannt, daß Luther wenn auch nicht die für seine Zeit unentbehrliche völlige Glaubensfreiheit gefordert, so doch den direkten Glaubenszwang entschieden abgelehnt hat. — Der Toleranzantrag selbst ist auf die katholische Kirche zugeschnitten und paßt nicht für die evangelische. So gut das Prinzip auch ist, wir können einer so intoleranten Kirche wie der katholischen nicht schrankenlose Freiheit einräumen. Die Zentrumspartei sollte doch bedenken, wenn sie sieht, daß die Religions- und Bekenntnisfeinde dem Entwurf zustimmen, die aber, die an der Kirche und dem evangelischen Glauben festhalten, ihn ablehnen. Vielleicht führt das Zentrum den Toleranzantrag zunächst in Bayern durch. Für ganz Deutschland ist dieser Gesetzentwurf für uns unannehmbar, doch würden wir einer Revolution gern zustimmen, die Abstellung der kleinlichen Schismen gegen alle unsere religiösen Mitbürger fordert. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Herr Stöcker (Pole): Die Rede des Abg. Stöcker war nach der vorhergehenden eine wahre Erquickung für uns. Wir, die wir auch unter den unbedingten und ungeschwächten Rationalitätsurteilen leiden, werden mit besonderer Genugung die Befestigung der Voreingenommenheit auf religiösen Gebieten begrüßen. (Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. von Gerlach (fr. Bg.): Daß es nicht der Wille des Zentrums ist, Staat und Kirche zu trennen, glaube ich wohl. Dennoch bedeutet sein Antrag in Wirklichkeit einen ersten Schritt auf diesem Wege. In Nordamerika befindet sich die katholische Kirche doch sehr wohl bei der Trennung. Ich freue mich sehr, daß das Zentrum jetzt keinen Wert mehr auf den § 106, den sogenannten Gotteslästerungsparagraphen legt. Der Austritt aus der Landeskirche sollte völlig kostenfrei sein. Eine Kirche, die etwas auf sich hält, sollte doch unmöglich Wert darauf legen, daß Leute außerhalb in ihrem Namen bleiben, die in Wahrheit nicht mehr zu ihr gehören. Man sollte die Kirche doch nicht zu einer Zwangsummündung entwürdigen. (Sehr richtig! links.) Ich möchte, daß man aus dem Zentrumsantrag das darin enthaltene Gute herausficht und es der Regierung als Gesetzentwurf empfiehlt. (Beifall links.)

Abg. Oel (B.): Ich muß anerkennen, daß alle Gegner unseres Antrages Licht und Schatten bei der Kritik gleichmäßig verteilt haben mit Ausnahme des Herrn Müller-Meinungen. Insofern stand selbst Herr Abgeordneter Hoffmann auf einem höheren Niveau. Wenn im übrigen Herr Hoffmann von der Intoleranz des Zentrums gesprochen hat, so wird er doch nicht behaupten können, daß in der Sozialdemokratie etwa besondere Toleranz herrsche. Ihre Intoleranz auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung spricht Bände. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sie sagen, das seien Einzelfälle, ich aber sage, wie Herr Hoffmann uns gegenüber, aus den Einzelfällen summiert sich unser Mißtrauen. In Ihrem Programm steht die Forderung: Religion ist Privatangelegenheit. Das hat aber Herr Vebel nicht abgehalten, auf dem Vorlesungstage in Hannover 1890 zu erklären: Wir tun gegen die Verbrüderungsbestrebungen nicht zu viel, sondern zu wenig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist Kampf gegen die Religiosität, also auch gegen die Religion. Hat sich doch Herr v. Bismarck verschiedene Male veranlaßt gesehen, sich gegen die Pfaffenstrenge und Kulturpaukereit niedrigerer Art in den Reihen seiner Partei zu wenden. Freilich tut er es, damit Sie Ihre Anhänger nicht verlieren.

Auf die Frage des Darwinismus gehe ich nicht ein aus dem Motiv: Man soll sich in fremde Familienverhältnisse nicht einmischen. (Große Heiterkeit im Z.) Wenn jemand glaubt, daß sein Urgrößerer ein Affe war — er muß es ja wissen. (Heiterkeit im Z.) Wir aber verwarren uns dagegen, in diese Verwandtschaft mit eingezogen zu werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und das sagt ein Osel! Große Heiterkeit.) Ich schreibe mich mit O., aber es gibt Leute, die sich mit S. schreiben. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Müller-Meinungen weiß, warum er hier so gegen uns aufgetreten ist; ist er doch nur gewählt von evangelischen Bundesgenossen, aber er muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er ein durchaus leichtfertiger Mann ist. (Lachen des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter. Sie dürfen einen Kollegen im Reichstage nicht einen leichtfertigen Mann nennen. (Heiterkeit.)

Abg. Oel (fortfahrend): Es ist traurig, daß man eine Sache nicht eine Sache nennen darf. (Heiterkeit.) Herr Müller-Meinungen hat sich auf ein christliches Erbauungsbuch von einem Herrn „Pisschnau“ berufen. Offenbar kannte er es aber gar nicht; denn der Verfasser schreibt sich nicht mit einem P., sondern mit einem V. (Stürmische Lachen links.)

Abg. Schrader (fr. Bg.): Ich freue mich, daß die Herren vom Zentrum zugegeben haben, ihre Grundzüge hätten sich vielfach geändert. Hoffentlich werden die Taten diesen Worten entsprechen, dann wird endlich religiöser Frieden in Deutschland eintreten. Auch ich habe, wie mein Freund v. Gerlach, den Wunsch, daß auf religiösen Gebieten wie auf manchen anderen das Reich gegen die Auswüchse der Landesgesetzgebungen vorgehe. Ein Gesetz, wie man es gegenwärtig in Preußen auf dem Gebiet der Schule schaffen will, sollte einfach unmöglich sein. — Was der Abgeordnete Stöcker über den Protestantenverein gesagt hat, trifft nicht zu. Seine Rede und die unverständliche Erwiderung des Abgeordneten Oel gegen den Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen können nicht dazu beitragen, den religiösen Frieden zu fördern. (Beifall links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bg.): Ich habe deshalb gegen den Materialismus gesprochen, weil das meiner innersten Individualität entspricht, nicht etwa aus den Motiven, welche Sie, Herr Oel, mir unterzulegen beliebten. Vergnügen macht es nicht, es mit dem Zentrum dieser hier anschlaggebenden Partei zu verberben. Ich möchte die unfreiwillige Klamm der Ausführungen des Abgeordneten Oel nicht durch lange Ausführungen abschwächen. Meine grobe Intoleranz ist ja durch die Tatsache bewiesen, daß ich Pisschnau mit Hartem statt mit weichem V. gesprochen habe. Besonders scharf hat er mir den in der Kampfbühne gefallenen Ausdruck „grünzen“ genannt. Aber für Ihr Verhalten gab es keinen parlamentarischen Ausdruck.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, über die Grenzen der parlamentarischen Ausdruckswiese entscheide ich. Ich hätte hier z. B. gesagt: „Unartikulierter Lante anstößen.“ (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Ich zöge eigentlich „animalische Töne“ vor. (Große Heiterkeit.) Die Zentrumspartei läßt sich die Unterstützung der Materialistischen Kirche und ihrer gewaltigen Organisation gern gefallen, lehnt aber alle Verantwortung für die Folgen ab. Stimmen Sie doch dem Antrage zu, der den Mißbrauch des religiösen Ansehens zu politischer Beeinflussung zu benutzen — unter Strafe stellt! In den letzten Tagen sind mir wieder ganze Stöße von Materialisten über katholische Intoleranz zugegangen, in denen haarsträubende Dinge vorhanden sind, Dinge, die wahrhaft zum Himmel schreien. (Wiesbaden Oh! oh! im Zentrum.) Meine Herren, wenn Sie mich zwingen, so zwingen Sie mich, diese Dinge vorzubringen. (Erneute Rufe: Oh! oh! im Zentrum.) Umarme im ganzen Hause! Schon wieder dieser famulische Ton! (Erneuter Lärm im Zentrum. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Sie verlängern dadurch nur die Verhandlungen.

Abg. Müller-Meinungen (fortfahrend) verliest den Brief eines katholischen Geistlichen an ein junges Mädchen. Der Geistliche warnt in dem Briefe vor der Ehe mit einem Protestanten. Es heißt u. a.: „Sehen Sie nicht wegen des Sinnenluzifers Ihre ewige Seligkeit auf das Spiel.“ (Lärm und Lurche im Zentrum.) Es scheint, das Wort „Sinnenluzifer“ regt Sie (zum Zentrum) auf. (Große Heiterkeit links.) Wenn das Zentrum das noch nicht Intoleranz nennt, muß dann sprechen wir nicht mehr dieselbe Sprache, dann gibt es keine Möglichkeit mehr für Materialisten und Antimaterialisten, sich zu verständigen. (Zustimmung links.) Herr v. Hertling erklärt: Wir Zentrumsmänner sind moderne Männer. Aber nicht das Zentrum, sondern ganz andere Instanzen entscheiden in der katholischen Kirche darüber, was vom „Modernen“ gebildet werden darf und was nicht. Es fällt mir nicht ein, auf das 15. und 16. Jahrhundert zurückzugreifen. Aber nicht im 15., nicht im 16., nicht im 17. Jahrhundert: in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben der Synodus und jenes päpstliche Rundschreiben das Licht der Welt erblickt, in dem die Forderung der Gewissensfreiheit als „Verrücktheit“ bezeichnet wird. (Wiesbaden Oh! hört! links.)

Abg. Henning (L) stellt gegenüber unrichtigen Prehnachrichten fest, daß seine politischen Freunde nicht nur den zweiten, sondern auch den ersten Teil des Toleranzantrages als unannehmbar ablehnten.

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlusswort für die Antragsteller hat

Abg. Dr. Sapho (Z.), auf der Tribüne schwer verständlich: In die Diskussion sind verwirrende Momente hereingetragen worden. Wir wollen den freien Kampf der Geister nicht befechten. Der Abg. Müller-Meinungen hat gefragt, wo die Strafgesetze gegen den Mißbrauch des Reichstuhls bleiben. 1878 wurde ein Geistlicher bestraft, weil er einem Gemeindevorsteher wegen seines Verhaltens zu den Raufgehehen die Abolition verweigert hat. (Hört! hört! im Zentrum.) Das war der Höhepunkt und der Sturz des ganzen Kulturkampfes; denn da sah ganz Preußen ein, daß die Kulturkampfgesetzgebung ins innerste Fleisch der katholischen Kirche einschneide. Und jetzt kommt ein Mitglied der Freisinnigen Partei und fordert ein solches Einschreiten des Staates. Ein solches Verhalten muß ich vor ganz Deutschland kennzeichnen, kein anständiger Mensch wird es billigen. (Stürmische Zustimmung im Zentrum. Große Lurche links.) Was auch der Ton der Warnung vor der Mißbeziehung nicht ganz treffend sein, in der Sache hat das von dem Abg. Müller-Meinungen verlesene Schreiben einen tiefen Eindruck auf mich und auf alle gläubigen Katholiken gemacht. Niemand wird sich das katholische Volk von der Führerschaft seiner Geistlichen trennen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Hiermit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bg.): Nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Sapho könnten meine Worte über das notwendige Einschreiten des Staates in gewissen Fällen in einem ganz falschen Lichte erscheinen. Ich habe lediglich — nach dem stenographischen Bericht — an einen krassen Fall von Intoleranz anknüpfen gefragt: Wo blieb der Staat, der in einem solchen krassen Falle den Gewissenszwang auf einen Staatsbürger duldet? (Zwischenrufe im Zentrum: Ra also!) Leider habe ich in einer persönlichen Bemerkung nicht die Möglichkeit, auf die Konsequenzen aus Ihren Zwischenrufen einzugehen. Ähnlich habe ich mich an einer zweiten Stelle ausgedrückt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Gewissenszwang...

Präsident Graf Ballestrem: Der Standpunkt, auf dem Sie stehen, gehört nicht in eine persönliche Bemerkung hinein. (Große Heiterkeit im Zentrum.)

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Gesetzentwurf kommt also demnächst zur zweiten Beratung.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Beginn der zweiten Lesung des Etats, und zwar zunächst des Etats des Reichstages und des Reichsamtes des Innern.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Etats für Kamerun fort. Abg. Dr. Müller-Meinungen kritisierte das unelbstliche, durch die Kolonialverwaltung verschuldete Verhältnis, das zwischen ihr und der Budgetkommission herrsche. Die Kolonialverwaltung müsse befreit werden, denn sie sei eine schwere Gefahr. Redner forderte eine Denkschrift über die Beziehungen der bekannten Armeelieferungsfirma Tippelsbach zur Kolonialverwaltung. Die Hüttensteuer sei zu verwerfen, wie ihm (Redner) alte Praktiker in Afrika wiederholt erklärt haben; denn diese Steuer gefährde dauernd den Frieden und diene lediglich der Regierung dazu, den Kolonialetat aufzufüllen. Wahnsinnig sei auch die Art, wie Weisse in die Jagdgründe der Eingeborenen einfallen und das Bild niedertrachten, somit eines der Existenzmittel der Eingeborenen ernstlich bedrohen. Es müsse hierbei daran erinnert werden, daß mit den Massenmächtereien unter den Wäffeln der nordamerikanischen Prärie das Aussterben der Indianer Schritt hielt. Dasselbe Schicksal den Negern zu bereiten, sei doch nicht zu empfehlen, das müsse vielmehr verhütet werden.

Geheimrat Dr. Seib bestritt, daß der Etat mit den Erträgen der Hüttensteuer frisiert werde. Eine Gefahr für den Wildreichtum bestehe nicht dank der Jagdsteuergesetze, deren Erlös der Regierung harte Angriffe eingebracht habe. Abg. Erzberger montierte den Zustand, daß heute jeder Unterbeamte in den Kolonien die Prügelstrafe verhängen könne. Allerdings werde diese Strafe nicht in den Straßsen verhängt. Die Söldnergesellschaft betrachte ihr Konzessionsgebiet als Eigentum und habe die Handelsfreiheit auf. Ein Geheirat bestritt das. Die Söldnergesellschaft habe eine Landbesitzung von 10 Blöde „herrenlos“ Land a 5000 Hektar. Abg. Dr. Sadelum weist darauf hin, daß ihm aus Kapstadt sehr schwerwiegende Klagen gegen den dortigen Generalkonsul v. Jabobin und gegen einen Tierarzt Frank zugegangen sind — Beschwerden, die im Plenum zur Sprache kommen werden. — Die Kommission genehmigte den Etat und nahm die beiden gestern mitgeteilten Anträge an.

Zigarettensteuervorlage. Die Finanzreformkommission beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Zigarettensteuervorlage. Nach dem Entwurf soll das zur Herstellung von Zigaretten bestimmte Papier einer in die Reichskasse fließenden Steuer unterliegen und zwar gleichviel ob das Papier zur gewerbmäßigen oder zur nicht-gewerbmäßigen Anfertigung von Zigaretten verwendet wird. Unversteuertes Papier soll zur Herstellung von Zigaretten nicht mehr verwendet werden dürfen. Referent Held (natl.) hält die Regierungsvorschläge für unannehmbar wegen der vielen damit verbundenen technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Möglich wäre die Besteuerung des Papiers und die Verhinderung von Hinterziehungen nur, wenn das Reich alleiniger Verkäufer desselben wäre. Empfehlenswerter aber erschiene ihm die Einführung des Wanderloosystems. Die Reichskasse brauche höhere Einnahmen, und die Zigarettenindustrie werfe so hohe Gewinne ab, daß wir es unmöglich dulden können, daß die Unternehmer solche Riesensummen in die Tasche stecken bei der großen Finanznot des Reiches! Bezüglich der im Plenum geäußerten Befürchtung, daß durch die Einführung einer Besteuerung der Zigaretten tausende von Zigarettenarbeiterinnen brotlos würden, meint der Referent, daß diese ja dann heiraten oder ihren Erwerb als Dienstmädchen suchen könnten, was ihnen bei der großen Nachfrage nach weiblichem Dienstpersonal gewiß nicht schwer fallen würde.

Der Korreferent Geyer erhebt zunächst scharfen Protest gegen die neuen Steuervorschläge, die Held in seiner Eigenschaft als Referent gemacht habe. Es sei nicht Sache der Kommission, der Regierung Mittel und Wege zur Steuerfindung vorzuschlagen. Der erste Vorschlag betreffs des Papiermonopols sei um so weniger am Platze, als der Reichstag wiederholt die Monopolgelder der Regierung zurückgewiesen habe. Was das Wanderloosystem anbelangt, so stehen diesen dieselben Schwierigkeiten entgegen wie dem Papierbesteuerungssystem. Durch die Steuererhöhung für Zigaretten werde die Kleinfabrikation vernichtet, die Löhne werden heruntergedrückt und tausende von Arbeiterinnen brotlos, die sich zu anderer schwerer Arbeit nicht eignen. In vielen Fällen werde die Existenz der Familien dadurch sogar erlöschend, da die erwachsene Tochter mit ihrem Verdienst zur Erhaltung der Familie beitragen muß. Das sei unmöglich, wenn sie in Dienst gehe. Durch Annahme der Vorlage werden nicht nur schwere soziale und wirtschaftliche Schäden verursacht, sondern auch der Beamtenwillkür werde Tür und Tor geöffnet, darum: Nicht nur fort mit der Vorlage, sondern auch mit allen die Zigarettensteuer befürwortenden Anträgen!

Der Regierungskommissar Geheimrat Rheinboldt bemerkt zu dem vom Korreferenten vertretenen Standpunkt, daß eine Anzahl namhafter Berliner und Dresdener Zigarettenfabrikanten getreu noch in einer gemeinschaftlichen Besprechung ihre Bereitwilligkeit, einen höheren Zoll auf sich zu nehmen erklärt hätten, welches Entgegenkommen er auch den Zigarettenfabrikanten empfiehlt — was der Vorliegende Vorschlag als mit den Aufgaben der Kommission nicht vereinbar zurückweist. — Müller-Zulda hält auch vom Wanderloosystem nichts, ist vielmehr der Ansicht, daß es nur auf dem Wege eines Zuschlagszollens zu dem zur Anfertigung von Zigaretten benutzten feingeschnittenen Tabak möglich sei, aus den Zigaretten einen Mehrertrag von zwei bis drei Millionen Mark herauszuholen.

Diesem Vorschlag hält Genosse Kollenbush folgenden Satz aus der Begründung entgegen: „Der feingeschnittene Weizenstabak wird in seinen billigen Sorten die besondere Belastung nicht tragen können.“ Es wäre auch in hohem Maße ungerecht, wenn dieser von dem gemeinen Manne gerauchte (oder gelaute) Weizenstabak von der hauptsächlich für den Genuß von Luxusfabrikanten des Tabaks bestimmten Steuerumlage mit getroffen würde, während der Zigarettenverbrauch frei bliebe. Die Regierung habe erkannt, daß eine Unterscheidung des feingeschnittenen Tabaks nach seiner späteren Verwendung nicht möglich sei, wie wolle Müller-Zulda dies unterscheiden? Nachdem Kollenbush dann die ganze Regierungsvorlage sowie die Vorschläge des Referenten als undurchführbar erwiesen und den Gedanken Helds, daß die Zigarettenarbeiterinnen sich als Dienstmädchen ernähren könnten, mit Hinweis auf die durch die Gesindeordnungen in den deutschen Bundesstaaten hervorgerufenen Zustände als wenig verlockend für die an eine gewisse Selbstständigkeit gewöhnten Arbeiterinnen und auch aus sonstigen Gründen nicht wohl möglich bezeichnete, ging er zu der Beurteilung des Referenten über, daß wir „nicht dulden dürften“, daß die Zigarettenfabrikanten solche großen Gewinne in die Tasche stecken. Für eine progressive Besteuerung des Unternehmergewinns von 5 Proz. an aufwärts wären allenfalls auch die Sozialdemokraten zu haben, aber nicht allein der bei der Zigarettenindustrie in Betracht kommenden Unternehmer, sondern der Unternehmer aller Betriebe. Da würden die fehlenden Millionen spielend zusammenkommen. Sämtliche Vorschläge aber in bezug auf die Zigaretten würden dazu führen, die kleinen Unternehmer zugunsten der großen zu erschlagen. Das sei auch der Grund, der die großen Unternehmer veranlasse, für die Erhöhung der Steuer einzutreten. So würden ihnen die zahlreichen kleinen Konkurrenten vom Halbe geschafft und sie holen das Mehr aus den Arbeitslöhnen und der Erweiterung der Maschinenfabrikation heraus, würden eventuell auch die Fabrikanten aus den Städten nach dem Lande verlegen, wo sie Arbeitskräfte für niedrigere Löhne bekommen.

Gegen die Vorlage wenden sich noch Dr. Diemer, Dr. Jäger und Schüler. Letztere beiden für den Vorschlag Müllers plädierend. Dr. Becker ist der einzige, der für die Vorlage eintritt.

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Donnerstag vertagt.

Prüfung der Wahl Lucas wider Hoch.

Wahlprüfungskommission. Im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen wurden bei der Hauptwahl abgegeben: für Hoch (Soz.) 15 470, für Lucas (natl.) 9702, für Müller-Zulda 4814, für Kärnstein (fr.) 1865, für Fischer (Ant.) 517 Stimmen. Bei der Stichwahl für Lucas 17 867, für Hoch 16 548 Stimmen. Ein Wahlprotest behauptet, neben einigen anderen ungesetzlichen Verstößen habe besonders die amtliche Wahlbeeinflussung durch den Landrat von Vederath im Kreise Hanau den Ausschlag für die Wahl zugunsten Lucas' gestaltet. Der Landrat habe bei der Aufstellung der Kandidatur Lucas mitgewirkt, insbesondere habe er in einer Versammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins die Kandidatur Lucas empfohlen und für diesen agitiert. Ueber die Protestbehauptung entspann sich in der gestrigen Sitzung der Wahlprüfungskommission eine lange prinzipielle Diskussion, in der der Abg. Semler (natl.) die Angaben des Protestes als sich widersprechend und daher unerheblich bezeichnet, während die Mehrheit der Kommission die Protestbehauptung für beachtlich hält, die zur Beweiserhebung führen müsse. Inzwischen, nach Prüfung der weiteren Behauptungen und nach der Berechnung der im Falle einer Beweiserhebung zu fallierenden Stimmen kommt die Mehrheit der Kommission zu der Ansicht, daß die amtliche Beeinflussung durch den Landrat nicht so weit gereicht habe, daß die Majorität für Lucas erzielt sei, sie lehnte daher, unbeschadet der prinzipiellen Befestigung der amtlichen Beeinflussung, Beweiserhebung ab und erklärte die Wahl Lucas für gültig.

Eigentümlich — wenn einmal die Mehrheit das Bestehen einer Wahlbeeinflussung zugunsten eines Sozialdemokraten anzuerkennen gezwungen ist, daß sie den Beamten so niedrig einschätzt, daß sein Einfluß „rednerisch“ nicht ausschlaggebend gewesen sei! Die Art der Behandlung sozialdemokratischer Wahlproteste durch die Kommissionen wirkt recht agitatorisch.

Die Beschwerde eines deutschen Kolonisten über das kaiserliche Gouvernement in Deutsch-Südwestafrika wegen Verschleppung eines Ochsenwagens nebst Gespann gelangte am Mittwoch in der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung. Der Petent, Richter Ballauf in Windhuk, mietete im September 1904 von dem Witibisobitan Jaal einen Wagen mit Ochsenbespann um damit Güter nach Windhuk zu transportieren. Auf der Reise erregten die zur Begleitung des Wagens vom Kapitän Jaal mitgeschickten drei Witibois wegen des herrschenden Kriegszustandes großes Mißtrauen bei Ballauf. Auf Grund seiner Bedenken wurden die drei Schwarzen von der Behörde festgenommen und Ballauf setzte mit anderen Begleitern die Fahrt fort. In Windhuk angekommen, wurde der gemietete Wagen mit Gespann, weil sie als Eigentum eines, mit der Regierung in Kriege befindlichen aufständischen Witibois betrachtet wurden, von der Verwaltungsbehörde mit Beschlag belegt und Ballauf das Verfügungsrecht darüber abgeprochen. Dieser erhob nun bei der Regierung die Forderung auf Schadenersatz in Höhe von 7888 M. für das konfiszirte Gespann und ihm entgangenen Gewinn. Seine Forderung wurde von der Regierung als unberechtigt abgewiesen und diese Abweisung mit dem zurzeit in Deutsch-Südwestafrika herrschenden Kriegszustand begründet.

In der Petitionskommission vertrat der antwefende Regierungskommissar diesen Standpunkt der Regierung. Er erklärte jedoch, daß die Regierung bereit sei, dem Ballauf für ihm entgangenen Gewinn im Vergleichswege eine Entschädigung von etwa 400 M. zu zahlen. Solle Petent auch ferner weitergehende Ansprüche im Prozeßwege geltend machen, so lege die Regierung Wert darauf, daß er dies nicht in Afrika, sondern durch Klage bei einem deutschen Gerichte verfolge.

Die Petitionskommission beschloß, da der Prozeßweg noch offen steht, der Instanzenweg also noch nicht erschöpft ist, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Aus der Partei.

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch von Karl Kautsky. Internationale Bibliothek, Band 38. Preis broschiert 1 M., gebunden 1,50 M.

Unter dem angegebenen Titel ist soeben im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart das neueste Werk von Karl Kautsky erschienen. Der Verfasser sagt in der Vorrede unter anderem: „Die so manche andere Schrift des Marxismus ist auch diese eine Gelegenheitsarbeit, aus einer Polemik herausgewachsen. Die Kontroverse, die ich im September des vergangenen Jahres mit der damaligen Mehrheit der Redaktion des „Vorwärts“ führte, veranlaßte mich, auch deren „ethische Tendenzen“ zu streifen. Meine Ausführungen darüber wurden aber auf der einen Seite so vielfach mißverstanden, sie trugen mir auf der anderen Seite so zahlreiche Aufforderungen ein, meine Auffassung der Ethik eingehender und systematischer darzulegen, daß ich mich veranlaßt fühlte, eine Entwicklung der Ethik auf der Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung wenigstens kurz zu skizzieren. Ich fuße dabei auf jener materialistischen Philosophie, wie sie einerseits Marx und Engels, und in anderer Weise, aber in gleichem Sinne, Josef Dietzgen begründet haben. Für die Resultate, zu denen ich gelange, bin ich jedoch allein verantwortlich.“

Die Frage der Aufstellung von Parteisekretären für Thüringen hat in einer am Sonntag stattgehabten Konferenz ihre Erledigung dahin gefunden, daß zwei Bezirke gebildet wurden. Der erste Bezirk umfaßt die Wahlkreise Weimar I und II, Meiningen I und II und Sonderhausen, eventuell auch Koburg. Der zweite Bezirk umfaßt die Wahlkreise Altenburg, Reuß a. L., Reuß j. L., Weimar III und eventuell Schwarzburg-Rudolstadt. Für den ersten Bezirk wurde Reichstagsabgeordneter Genosse August Bauer, für den zweiten Bezirk Genosse Hermann Leber-Jena gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auch die Magdeburger Justiz will im Kampfe gegen die den Klinten und Kanonen entgangene Sozialdemokratie neue Lorbeeren einheimen. Der verantwortliche Redakteur Witmaack der Magdeburger „Volkstimme“ soll durch einen Artikel „Frei-Preußen“ am Vorabend des Wahlrechtstages das Volk aufgereizt haben. — Die hartgesottene „Volkstimme“ erklärt, diesem Prozeß mit großer Gemütsruhe entgegenzusehen. Gibt's keinen Paragraphen, dieser Frechheit ein Ende zu bereiten?

Halbwegs zwischen Berlin und Breslau.

Das Landgericht Guben hat die Beschwerde des Genossen Berner von der „Märkischen Volkstimme“ gegen seine Inhaftierung als „unbegründet“ zurückgewiesen. Sein Antrag, ihn gegen Stellung einer Kaution freizulassen, wurde abgelehnt. Gegen diesen Entscheid sind von dem Genossen Heine als Verteidiger Berners weitere Schritte unternommen worden.

Der Kölner Polizeipräsident hat gegen unser dortiges Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, Strafantrag gestellt, weil er sich durch deren Kritik des Kölner Polizeiaufgebotes am roten

Sonntag beleidigt fühlt. Genosse Dr. Erdmann ist bereits beim Untersuchungsrichter als Verantwortlicher vernommen worden. Der Polizeipräsident fühlt sich umso mehr gekränkt, als er glaubt, am 21. Januar nur das „Allernötigste“ getan zu haben.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Da die Versammlung am letzten Montag mit dem Vortrag des Abgeordn. E. Bernstein über „Die materialistische Geschichtsauffassung und das moderne Geschlechtsleben“ wegen irrtümlich falscher Anmeldung nicht stattfinden konnte, wird die Versammlung am 5. Februar mit derselben Tagesordnung bei Duggenbogen, Moritzplatz, abgehalten werden.

Ferner ist es dem Verein gelungen, für seine Mitglieder einen Abend die Reumier-Ausstellung zu reservieren. Herr Dr. Osborn übernimmt die Führung. Das Datum wird an dieser Stelle noch bekannt gemacht. Karten a 20 Pf. sind für Mitglieder zu haben bei Kroyisch, Koppenstraße 81, Quergebäude IV, Peterstr., Raumstr. 5, Seitenflügel II. Am 18. Februar bezieht der Verein sein Stiftungsfest in den Areninhallen. Das Programm ist sehr gewählt und wird sicher Beifall finden. Billets a 30 Pfennig sind in den bekannten Zahlstellen zu haben. Kinder haben keinen Zutritt.

Reinholdsdorf Ost und Wilhelmruh. Eine öffentliche Versammlung für die Frauen und Mädchen beider Orte, welche zum Sonntag, den 28. Januar, mittags, bei Bentler, Provinzstraße, einberufen war, war trotz der ungenügenden Tageszeit zahlreich besucht; galt es doch, einem Referate des Genossen D. Schulz-Bremen über: „Erziehung und Sozialismus“ zu lauschen! Eingehend auf das Problem der Jugend- und Frauenbildung in frühesten Kindheit und weiter dann der Schulzeit, zeigte Redner in gediegener, bilderreicher Sprache, wie sehr sich die heutige Gesellschaft — als Folge der wirtschaftlichen Zustände — am Problem der Jugend- und Frauenbildung verhält. In der Diskussion, die dem mit reichem Beifall aufgenommenen Referate folgte, wurden Einzelmeinungen unserer heutigen „Kultur“ gekennzeichnet, die den Genossen Schulz veranlaßten, in seinem Schlusswort auch noch auf die bisher sehr vernachlässigte Erziehung der reiferen Jugend zu denken. Viel habe die Partei hier verstanden, doch hoffe er, daß ein künftiger Parteitag das Veräumte nachholen werde. — Bei der abdam vorgeschlagenen Wahl einer weiblichen Vertrauensperson für Wilhelmruh wurde Frau Eigenbrod ohne Widerspruch gewählt. — Von den circa 100 Besuchern waren etwa 140 Frauen und Mädchen.

Die Vorsitzende sowie die Geschäftsleiterin des Vereins für die Interessen der Hausangestellten sind — wie bekannt — bei der Polizei wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften denunziert worden. Es handelt sich um einen Artikel von Anna Pappriy. Um vor breiter Öffentlichkeit darzulegen, aus welchen Gründen diese Aufklärungsarbeit unter den Dienenden geschieht, ist für Donnerstag, den 8. Februar abends 8 1/2 Uhr in den Prachtzügen des Westens, Spichernstr. 3, eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Rednerin Anna Pappriy über: „Die Dienstboten und die Prostitution“, Frau Regine Deutsch über: „Wie schützen wir die Dienstboten“ sprechen werden. Eintritt frei für jedermann. Diskussion.

PolYTECHNIKUM für Frauen. In Petersburg ist soeben das erste PolYTECHNIKUM für Frauen eröffnet worden, in dem bereits 225 Frauen aufgenommen sind.

Versammlungen.

Der Verband der Feineingewerbeten (Zweigverein Berlin) hielt am Donnerstag eine Generalversammlung ab. Bernke gab einen Bericht des Vorstandes über das vergangene Jahr. Erwähnenswert sei die Lohnbewegung. Sie sei zum Teil durch die Solidaritätsbezeugung der Arbeiter erfolgreich durchgeführt worden. Auch in diesem Jahre sei eine Lohnbewegung in Aussicht genommen, weil notwendig. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden war sonst noch bemerkenswert die Angabe der großen Zahl von Arbeitslosen und die der Lehrlingszählerei. Circa 650 bis 700 Gehülften seien in Berlin arbeitslos, eine Zahl, wie nie zuvor erreicht worden. Die Lehrlingszählerei blühe aber. Eine Innung beschäftige mehr Lehrlinge als Gehülften und selbst die freie Vereinigung selbständiger Barbier gehe von ihrem früheren Grundsatze ab und habe bald soviel Lehrlinge wie Gehülften. Lierz gab den Kassen- und Arbeitsnachweisbericht. Die Einnahmen betragen 7370,60 M., die der Hauptkasse 4297,20 M., Ausgaben 6659,87 M., Bestand 710,73 M. Mitgliederbewegung: 1. Januar 1905 251, zugereist und neu aufgenommen 750, abgemeldet und ausgeschieden 449, bleibt ein Mitgliederbestand von 552. Auf dem Arbeitsnachweise waren 4520 Stellen angemeldet, besetzt wurden 4479, davon 3897 Ausschüsse. — Sonnabend und Sonntag — und 549 feste Stellen. Durch die Lohnbewegung ist die Frequenz des Arbeitsnachweises eine höhere geworden. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Adolf Schmidt, 2. Vorsitzender Steinwaller, 1. Schriftführer Wilt, 2. Schriftführer Romanowski. Revisoren: Bernke und Langner. Bibliothekar: Schroll. Agitationskommission: Schmidt (Dömann), Leuschner, Daase, Hahnisch und Scholz. Außerdem ist der Delegierte der Gewerkschaftskommission, Volljahr, zugehörig zum Vorstand und Agitationskommission.

Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag seine regelmäßige Zahlstellenversammlung ab. Es wurde hauptsächlich der Vorstands- und Geschäftsbericht besprochen. Demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl in Berlin und Umgebung in verflochtenen Jahre von 4088 auf 4413 gestiegen ist; es ist also eine Zunahme von 325 Mitgliedern zu verzeichnen. Auch das Barvermögen der Zahlstelle hat sich um über 2000 M. erhöht. Bei einer Jahreseinnahme von 143 677,76 M. und einer Ausgabe von 120 492,78 M. ist das Zahlstellenvermögen von 74 450,33 M. auf 100 635,36 M. angewachsen. Nachdem der Bericht besprochen war, wurde mitgeteilt, daß mit den Mitgliedern des 13. Bezirks (Charlottenburg), die längst eine selbständige Verbandszahlstelle gründen wollten, wieder eine Einigung erzielt worden ist. Die Charlottenburger Mitglieder bleiben also dem Zahlstellenbezirk Berlin nach wie vor angeschlossen. Hierauf erfolgten die Vorstandswahlen mit nachstehendem Ergebnis: 1. Vorsitzender Wilt, 2. Vorsitzender Licht, 1. Kassierer Welkso, 2. Kassierer Kube, 1. Schriftführer Heinrich Schulz, 2. Schriftführer Jorlowski, Revisoren Engelhardt und Geisler, Kontrolleure Rucka und Dörich. Als ständige Mitglieder der Achtzehnerkommission wurden gewählt: Püttner, Kirchhoff, Kube, Knäuper und Wilt. Als Stellvertreter fungieren Engelhardt, Friedrich, Freudenberg und Wolze. In den Verbandsauschuss wurde Kirchhoff gewählt. Da die reichhaltige Tagesordnung der vorgeschickten Zeit halber nicht mehr völlig erledigt werden konnte, so erfolgte die Vertagung der Versammlung bis zum 8. Februar.

Zu Strandfesten.

Strand-Anzüge
10.— 7.— 6.—
4 Mk. 25

Papier-Anzüge
creme 10 Mk.

Strand-Mützen
und Hüte
0.75 50 Pf.



Zu Alpenfesten.

Tiroler Joppen
11.— 10.— 7.50 5 Mk. 75

Tiroler Hosen
8.— 5.— 4 Mk.

Wadenstutzen, Lodenhüte, Ledergürtel, Hosenträger, Schmuckfedern, Krawatten, Hemden u. s. w.
sehr billig.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Rheumatismus

Nicht-, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Knie- und Rückenweiden bald durch äußerlichen Gebrauch von Reichel's „Electricum“
Kerestesches Refermatol-Blaswollöl, Entzündet und unbeschädigt Naturprodukt u. harter durchdringender, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.— u. 2.—. Für Wirkung wird noch erhöht d. den inneren Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50, in den Drogarien u. Apotheken erhältlich und zu beziehen durch Otto Reichel, BERLIN SO. 43, Eisenbahnstr. 4. Man achte auf Firma und Wort „Medico“.

Fülle Dein Bett

mit neuen Gänsefedern! Ungerissen mit allen Damen von 1,30 M. an gleich füllfertig 1,75 — Gerissene Federn 2,00 Reelle Bedienung! Umtausch gestattet! Paul Paegelow, Bettfedern-Großhandlung, Wriezen, Oderbruch.

Masken-Garderobe

von 5000* Carl Ernst, Köpenickerstr. 126, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Husten, Heiserkeit

mit Reichel's Hustentropfen überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico“ verpackt. Fl. 50 Pf.

Erhältlich in den Drogarien und bei Otto Reichel, Berlin SO 43 Eisenbahnstr. 4

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichstrasse 110*

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

H. Greifenhagen Nchf.

Brunnenstr. 17/18. × Veteranenstr. 1/2.

Doppelte Rabattmarken*)

Donnerstag × Freitag

×××× Sonnabend. ××××

*) Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

(nicht Schloß) direkt an Chaussee und Hakensee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Radisten zu Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Fuhrwerken usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Pfingstfeiertagen zu Vereinsheimlichkeiten zur Verfügung. Fernsprecher: 62* Friedr. Saewert, Amt Erkner No. 49.

Schnupfet „Kur-Prise“

(D. R. G. M. 220 985) 204/5*
in Flaschen und Päckchen a 10 Pf.
Bester Qualitäts-Schnupftabak zu haben in den Zigarrengeschäften.

Motordroschken

nach Polizeivorschrift, beste erprobte französische Marke, in 6 bis 8 Wochen bestimmt lieferbar. 83/8* Anfragen befördert Rudolf Mosse, Berlin SW., unter J. A. 7459.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

In jeder besseren Fabrik erhältlich. Millionnen im Gebrauch



Wir haben manchmal mit Künstlern gesprochen und die Kunst, feine türkische Cigaretten herzustellen, mit deren Kunst verglichen. Erfolg in jeder Kunst erfordert gespannte Aufmerksamkeit, Erfahrung und langjährige Schulung. Erfahrung ist der wesentlichste Punkt. Ohne diese ist es einfach unmöglich Cigaretten wie

JOSETTI CIGARETTEN

die wirklichen Kenner zusagen, herzustellen. Je länger die Erfahrung desto besser die Cigarette. Josetti-Cigaretten brauchen keine andere Empfehlung als die, dass sie die neuesten und besten Resultate lebenslanger Erfahrungen sind

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Heute Donnerstag

Beginn des

**Sonder-
Verkaufs**

der bei meiner diesjährigen **Inventur**

zurückgesetzten Waren und besonderer Gelegenheits-Partien

Teppiche, Portieren, Gardinen etc.

zu beispiellos billigen Räumungs-Preisen!

Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**

Berlin S., Oranienstr. 158.

Inventur-Extraliste

besonderer Gelegenheitsangebote gratis u. franko!

Selten günstige **Kaufgelegenheit**

für Hotels, Pensionate etc.

Dieser **Inventur-Verkauf** findet nur **einmal** jährlich bei mir statt.

Reichels Universal-**Magenpulver**

Magenhärfend, die Verdauung unterstüzt, stark appetitanregend.

Stets prompt in seiner Wirkung. Dose M. 1.—, 3 Dosen M. 3.50 (fr. Ver.). Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Der Kenner



raucht

№ 61

hochfeine 6 Pf. Cigarre vorzüglicher würziger Geschmack

J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Davon in Berlin:

Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, Ecke Franz. Str.
Gertraudenstr., Eck Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck Münst.
Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck Bälowsstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schönhauserstraße.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr.
Wienerstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 146.

Brauerei F. Happoldt

Berlin S.

Hasenheide 32-38

empfehlen ihr

Lager=
Münchner=
Tip=Top=

Bier

in Flaschen und Gebinden.

Telephon: Amt IV. No. 9115.

5635L*

KNORR'S

Hafermehl,

In 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz zur Kindermilch erprobt.

Generbestattung 310 M.

Broschüre gratis und franko.

Gustav Nobert, Beerdigungs-Institut,
Berlin W. 35, Potsdamerstr. 114. Billaie Friedenau, Rheinstr. 19.

Victoria-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Berlin und Stralau

Berlin und Stralau

Telephon: Amt VI Nr. 728

empfehlen ihr:

56452*

Victoria Saazer-Bräu (Pilsener Art)
Victoria Export-Bier (Münchener Art)
Victoria Tafel-Bier (ganz hell)
Bock-Bier in Gebinden und Flaschen.

Die **Möbel-Fabrik**

von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 210-10 000 M. in nur anerkannt geübiger Ausführung in jeder Holz- und Stahl- sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu außerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Auslaute Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6577.

Tabakarbeiter-Kongress.

Berlin, den 31. Januar.

Bei Beginn der heutigen Sitzung wurde eine Resolution der Tabakarbeiter von Schim zur Debatte gestellt, welche unter Hinweis auf einen entsprechenden Beschluß des Tabakarbeiterkongresses vom Jahre 1893 verlangt, daß ein Zusammenschluß des Tabakarbeiterverbandes und des Sortiererverbandes in die Wege geleitet werde.

Verlesung. Schim befürwortet den Antrag. **Bentch** - Bremen beantragt die Aufhebung des Antrages von der Tagesordnung, da die Frage der Einigung Sache der beiden Organisationen sei. Nachdem **Deichmann** als Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiterverbandes mitgeteilt hatte, daß die Vorstände der beiden Verbände sich schlüssig geworden seien, bald nach dem Kongress in dieser Angelegenheit eine gemeinsame Sitzung abzuhalten, wird die Aufhebung der Resolution von der Tagesordnung fast einstimmig beschloffen.

In der alsdann weitergeführten Debatte über die Lage der Tabakarbeiter bespricht

Karl Müller - Ohlau i. Schl. die Verhältnisse in seiner Heimat, wo 1212 Tabakarbeiter, davon nur 86 männliche, beschäftigt seien. Die Organisation habe ganz gute Fortschritte gemacht. Der Verdienst der Zigarrenmacher betrage bei 55—61 Stunden Arbeitszeit 9,50 M. pro Woche, für Wickelmacher 9 M., für Sortierer 13,50 M. **Laugner** - Ohlau ergänzt den Bericht.

Wolf - Berden stellt richtig, daß der Verdienst 10—30 M. pro Woche betrage und der Wochenverdienst für männliche Arbeiter nicht mehr als 16, für weibliche 8 M. pro Woche.

Dem Gewerbeverein der Tabakarbeiter (Hirsch-Dunder) ist die Anzeige vom Ableben ihres Delegierten eingelaufen. Der Vorstand ersucht aber den Kongress, trotz der infolge dessen fehlenden Vertretung des Gewerbevereins, für dessen Mitglieder den Protest gegen die Tabaksteuer mitzuerheben. (Lebhaftes Bravo!)

Brentmann - Spengre: Fast in jedem Haushalt müssen die Frauen und Kinder mitarbeiten. Kinder, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, werden zum Abwickeln des Tabaks verwendet. Die Zustände seien sehr traurig und es wäre wünschenswert, daß sich der Kongress in einer Resolution gegen die verderbbringende Heimarbeit ausspreche.

Zigarrenarbeiter Graupe - Delitzsch: In Delitzsch gebe es 1100 Tabakarbeiter, von denen aber nur 250 organisiert seien. Das zeige, wie schwer es sei, die Heimarbeiter in die Organisation zu bringen. Die Arbeitszeit habe sich überhaupt nicht feststellen lassen, nur so viel lasse sich mit Bestimmtheit sagen, daß die Tabakarbeiter den größten Petroleumverbrauch aufzuweisen haben. Bei angestrengtester Arbeit verdienen Mann, Frau und Kinder zusammen 15—16 M. pro Woche.

Noch eine ganze Reihe Redner verbreiten sich über die Verhältnisse in der Hausarbeit und die damit Hand in Hand gehende Verwendung der Frauen, denen kaum Zeit zur Versorgung der Hausarbeit bliebe, sowie der Kinder. Dabei kämen trotz Anspannung aller Kräfte so geringe Wochenverdienste heraus, daß es bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen, die auf dem Lande oft teurer seien als in den Städten, nicht zum Unterhalt der Familie ausreichte. Verschiedene Redner belegen diese Darlegungen mit näheren Zahlen über Lebensmittel-, Wohnungspreise, Steuern usw.

Es sind noch 57 Redner gemeldet, der Kongress beschließt infolgedessen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Auch ein großer Teil der nachfolgenden Berichte bringt nichts Neues mehr.

Auf Vorschlag des Bureau erhalten zunächst die Vertreter der Zigarrenarbeiter das Wort. Es soll damit, wie der Vorsitzende **Börner** - Berlin ausführt, zum Ausdruck gebracht werden, daß die Tabakarbeiter sich mit den am schwersten bedrohten Arbeitkollegen aus der Zigarettenindustrie solidarisch fühlen.

Frau Lang - Dresden: Die Zigarettenarbeiterinnen in Dresden seien so schlecht gestellt, daß sie nicht genug zum Lebensunterhalt verdienen. Das müßten die Fabrikanten auch, denn sie müßten oft genug Vorschüsse leisten, von denen sie selten etwas zurückerhalten. Viele Arbeiterinnen würden der Prostitution zugetrieben, verheiratete Frauen seien genötigt, Sonntags durch Gärtnerarbeiten Nebenverdienst zu suchen. (Hört!) Die Arbeitszeit betrage in der Fabrik 8—10 Stunden, dann aber habe die Arbeiterin noch zu Hause 2—3 Stunden mit Hülfsarbeiten zu tun, so daß sie sich den Schlaf verkürzen müsse, wenn sie ihren Haushalt in Ordnung halten wolle.

Lipé - Hannover: Obwohl Hannover die besten Arbeitsverhältnisse habe, seien dieselben doch noch keineswegs befriedigend. Der Zigarettenarbeiter verdiene 18—22 M., die Arbeiterin 13 bis 18 M. in der Woche. Redner beklagt den Dünkel mancher Zigarettenarbeiter, die sich für besser halten als die Tabakarbeiter. Die Redaktionskommission unterbreitet dem Kongress folgende

Resolution:

Der am 29. Januar und folgende Tage in Berlin tagende von 194 Delegierten aus 575 Orten besetzte Kongress der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Deutschlands protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolles, sowie gegen jede Art der weiteren Verschärfung der Tabakfabrikate und verurteilt aufs schärfste, daß die Reichsregierung es unterließ, Regierungsveterinäre behufs näherer Information über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, sowie über die Verhältnisse des ganzen Tabakgewerbes zu dem Kongress zu entsenden.

Der Tabak, welcher, wie die Begründung zu den Gesetzesvorlagen betreffend die Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer, sowie des Entwurfes einer Zigarettensteuer angibt, für den Konsumenten ein unentbehrliches Genussmittel sein soll, ist für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der unentbehrliche Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verteuerung dieses Genussmittels ungewissheit herbeiführen, haben eine Verdrängung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die Tabakarbeiter glauben umso mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Steuererhöhung.

1. weil in der Tabakindustrie sehr viele schwächliche und verküppelte Arbeiter unter Schlaf gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu erheben imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zum Last werden würden;

2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird;

3. weil die jetzige Steuererhebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnpolitik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 40% M. unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Anlaß verscherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land.

Nennenswerte Lohnaufbesserungen konnten bis heute nicht errungen werden, weil durch die immer wiederkehrenden Lohnreduktionen der Industrie, durch neue Steuerprojekte solche

Störungen verursacht wurden, die jeden ernsthaften Versuch, Lohnaufbesserungen zu erstreben, unmöglich machten.

Eine neue Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen. Da die Tabakarbeiter in 300 Arbeitstagen je einen Durchschnittsverdienst von 543 M. erzielen, würden sie durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Lohnverschlechterungen zum Hungern verurteilt sein.

Der Kongress protestiert besonders gegen die geplante beispiellos hohe Zigarettensteuer. Durch Annahme dieser Steuer würden zweifellos tausende weiblicher Tabakarbeiter drohlos werden und dem Hunger preisgegeben oder der Prostitution in die Arme getrieben. Eine Steuer, die in manchen Fällen höher sei als der gegenwärtige Verkaufspreis der Zigaretten, wird eine völlige Revolution in der Zigarettenindustrie erzeugen. Die Zigarettenindustrie wird aus den Großstädten, wo sie jetzt ihre Fabriken hat, verlegt werden nach Gegenden mit billigeren Arbeitskräften und die arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen in den Großstädten in hilfloser Lage zurücklassen. Um zu verhindern, daß tausende weiblicher Arbeiter dem Hunger oder der Prostitution preisgegeben werden, fordert der Kongress von dem hohen Reichstage, dem Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Zigarettensteuer seine Zustimmung zu versagen.

Der Kongress erwartet, daß die Regierung, nachdem die Steuerkommission des Reichstages einstimmig die Gesetzesvorlage wegen Verschärfung des Tabaksteuergesetzes abgelehnt hat, schleunigst die Gesetzesentwürfe zu höherer Belastung des Tabaks zurückzieht und bei künftigen Steuerentwürfen die höhere Belastung des Tabaks ganz außer Frage läßt.

Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongress, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird.

Als ein weiterer Vertreter der Berliner Zigarettenarbeiter sprach noch

Franz Schmidt - Berlin. Er spricht die Vermutung aus, daß bei Annahme der Zigarettenpapiersteuer für die Industriellen so viele Schereereien erwachsen würden, daß schließlich von Seiten der Industrie selbst der Ruf nach Abnahme der Betriebe durch ein Staatsmonopol erschallen würde. Deshalb seien alle Tabakarbeiter in gleichem Maße an der Ablehnung auch dieser Steuer interessiert. Unmöglich könne die Regierung das ungeheure Anlagematerial, das der Kongress beigebracht habe, unbeachtet lassen, es müsse denn ihre Absicht sein, eine blühende Industrie zu vernichten. (Lebhaftes Beifall.) Gegen die Zigarettenfabrikanten müsse der Vorwurf erhoben werden, daß sie aus reiner Profitgier und Verblendung der Regierung das Material geliefert hätten, das diese nun allerdings zu deren eigener Vernichtung verwenden. Der ganze Entwurf sei im höchsten Maße lüderlich und verkehrt. Von den 27 Paragrafen der Ausführungsbestimmungen werde in 21 Punkten die Entscheidung und Ausführung dem Bundesrat übertragen. Auf die Widersprüche der Vorlage habe schon der Zentrumsgewählte **Sped** hingewiesen. In der Zigarettenindustrie sei man daran, eine Tarifvereinbarung durchzuführen. Komme das Gesetz, dann sei es vorbei mit allen diesen Bestrebungen und mit allen Hoffnungen auf Lohnerhöhungen. Das bedeute so recht den angeblichen sozialen Ausgleich. Die Arbeiter mögen nicht das Beispiel der Fabrikanten, die sich in ihrer Borniertheit und Dummheit gegenseitig zerfleischen, nachahmen, sondern geschlossen zusammenstehen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch etwa 10 Berichte über die Lage der Tabakarbeiter in den einzelnen Distrikten entgegengenommen worden waren, stellte **Thieme** - Bremen einen Schlußantrag. Er glaube, daß der Kongress genügend Material für Regierung und Reichstag gegen die Vorlage beigebracht habe.

Zum Wort gemeldet sind noch 47 Redner. Der Schlußantrag findet Annahme. Darauf wird die Resolution des Vorstandes einstimmig angenommen. Der Beschluß soll der Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten übermittelt werden. Das Protokoll des Kongresses soll als Agitationsdrohschüre zu 10 Pf. das Stück verbreitet werden. Weiter wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Kongress beschließt, daß die auf dem Tabakarbeiterkongress von 1893 zur Abwehr etwaiger Tabaksteuerentwürfe eingesetzte Zentralkommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben und ihren Sitz in Berlin behalten soll.“

Zur Beschlußfassung stehen noch die bereits mitgeteilten Anträge der Tabakarbeiter von Heiligenstadt. Der eine davon verlangt, daß bei Annahme der Tabaksteuerentwürfe der Staat für die dadurch drohlos gewordenen Tabakarbeiter Sorge tragen möge.

Thieme - Bremen spricht gegen den Antrag. Sie hätten keinen Anlaß, bei der heutigen Regierung bitten zu gehen. (Stürmischer Beifall.) Was das bedeute, „Arbeit nachweisen“, wane man sich wohl denken. Von der heutigen Regierung hätten sie nichts zu erwarten. Wenn ihr nicht das Gefühl komme, daß sie tausende Arbeiter drohlos mache, dann werde sie auch keine Empfehlung für eine derartige Verpflichtung haben. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt. Der zweite Antrag Heiligenstadt verlangt die Herausgabe eines Flugblattes mit den Namen der Abgeordneten, welche bei Annahme der Tabaksteuer dafür gestimmt haben.

Dieser Antrag Heiligenstadt findet eine große Mehrheit. Es wird dann beantragt, festzustellen, wie viele Delegierte organisiert seien. Dem Antrage wird stattgegeben und es ergibt sich, daß sechs Delegierte keiner Organisation angehören.

Riesel - Berlin glaubt, daß der Kongress den Herren v. Rheinbaben und **Frhr. v. Stengel** hinreichend gezeigt habe, wie es mit den Tabakarbeitern und deren Familien bestellt sei. Redner mahnt zur Einigkeit und schließt mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband.

Mit stürmischem Bravo wird die an den Kongress gelangte Mitteilung aufgenommen, daß heute in der Tabaksteuerkommission fast alle Abgeordneten — bis auf einige Nationalliberale — sich gegen die Zigarettenpapiersteuer erklärt hätten und daß morgen die Ablehnung der ganzen Steuerentwürfe zu erwarten sei.

Deichmann - Bremen hält die Schlußrede: Wer die Verhandlungen verfolgt hat, wer die Berichte der Delegierten angehört hat, wird, auch wenn er kein Tabakarbeiter ist, zu der vollen Ueberzeugung gekommen sein, daß unter den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ein grenzenloses Elend existieren muß. (Stürmische Zustimmung.) Er wird hier zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß dieses Elend dadurch hervorgerufen worden ist, daß der deutsche Tabakarbeiter so außerordentlich unter der privatkapitalistischen Ausbeutung und den beunruhigenden finanzpolitischen Maßnahmen des Reichstages zu leiden hat. Privatkapitalistische Ausbeutung und die Finanzpolitik der Reichsregierung tragen die Schuld daran, daß viele Tabakarbeiter kaum das liebe Brot auf dem Tische haben. (Sehr wahr!) Wenn die Tabakarbeiter an reichsbesetzer Tafel sitzen und wenn man ihnen davon ein Stückchen Brot wegnehmen wollte, dann würden sie sich gewiß nicht besonders aufregen. Aber hier handelt es sich darum, daß man ihnen das letzte Stückchen Brot, mit dem sie und ihre Kinder sich sättigen wollen, wegnehmen will, und das von Leuten, die selbst an reicher Tafel sitzen. Da ist es begreiflich, daß die Tabakarbeiter sich gegen solche Unverschämtheit aufregen. (Stürmischer Beifall.) Was hier aus allen Gauen vorgetragen wurde, war mehr als Elend. Da können wir sehen, wie wenig ernst es Regierung und bürgerlichen Parteien mit ihrem Schlagwort vom Schutz der nationalen Arbeit ist. Im Interesse der nationalen Arbeit liegt nicht die Verteuerung der Rohstoffe, sondern deren Verbilligung. Aber als man bei dem Zolltarif von dem Schutz der nationalen Arbeit sprach, war es nicht

weiter, als der breiten Masse Sand in die Augen zu streuen zu ihrer Plünderung und Ausraubung. (Stürmischer Beifall.) Noch ist die Gefahr für uns nicht vorüber. Die Reichsregierung braucht für ihre Flotten- und Weltpolitik Geld, und der Tabak ist von jeher das Lieblingssteuerobjekt der Staatssekretäre gewesen. Von der ersten Lesung in der Kommission bis zur zweiten Lesung im Plenum kann noch mancher Stuhhandel betrieben werden. Darum dürfen wir nicht einschlafen. Gleich wenn wir heimkommen und Bericht erhalten, müssen wir die Massen auf die Gefahren hinweisen und sie aufrütteln. In dem Kampf gegen die Steuerentwürfe waren es der Tabakarbeiterverband, der Sortiererverband und an ihrer Seite der Senefelderbund, welche die Führung hatten. Aber die sogenannten „Christlichen“ haben es nicht für nötig gehalten, sich an unsere Seite zu stellen, mit uns, ihren Mitausgebeuteten, gemeinsamen Protest zu erheben. (Zurufe.) Damit haben sie dazu beigetragen, daß dieser Protest nicht als ganz vollständig bezeichnet werden könnte. Es soll ihnen hier kein Vorwurf gemacht werden, aber gesagt muß es ihnen werden, daß sie bei einer solchen Gefahr an unsere Seite gehören. (Lebhaftes Zustimmung.) Geloben wir weiter für unsere Organisationen zu wirken, dann werden wir imstande sein, künftig derartige Pläne noch leichter abzuschlagen und die Massen der Arbeiter zu besseren Lebensverhältnissen zu führen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf schloß um 6½ Uhr der Vorsitzende **Willy Börner** den Kongress mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband.

Berichtigung. In dem gestrigen Bericht muß es heißen, daß **Knaup-Großhaußen** einen Brief vom **Abg. Frhr. v. Pehl** zur Verlesung brachte.

Aus Industrie und Handel.

Ein Gnadenakt. Die „N. V. Ztg.“ berichtet, hat die Gewerkschaften der Geste „Alte Gasse“, aus der Rot eine Tugend machend, den Grundbesitzer ermächtigt, mit dem Kohlen-Syndikat einen Vertrag abzuschließen, wodurch sich die Geste „Alte Gasse“ verpflichtet, jährlich nur 125 000 Tonnen zu fördern und sich der jeweilig vom Syndikat vorgeschriebenen Förderbeschränkung zu unterwerfen. Das Syndikat bekämpft die Kohle von „Alte Gasse“ nicht mehr. Die Geste kann ihre Kohlen zu beliebigen Preisen verkaufen und zahlt keine Umlage.

Die Vertragen sich. Zwischen dem Eisenwerk Kraft in Stettin und dem Hohensteinhüttenwerk wegen Abflüssen zu Differenzen gekommen. Wie die „Königliche Zeitung“ nun erfährt, ist das Abkommen zwischen dem kampfsüchtigen Eisenwerk Kraft und dem Hohensteinhüttenwerk bis zum 1. April dieses Jahres verlängert worden. Unterdessen werden die Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats und die Regelung des Verhältnisses des Kraft-Werkes zu ihm fortgesetzt.

Krach wegen der Zollfrage. Die „New York Tribune“ meldet aus Washington: Die Zollfrage droht eine Spaltung unter den Republikanern hervorzurufen. Im Kongress sind zahlreiche Vertreter der westlichen Staaten lebhaft an dieser Frage interessiert, denn ihre Wahlkreise bestehen darauf, daß eine Verdrängung irgend welcher Art herbeigeführt werde, um einen Zollkrieg zu vermeiden. Diese Abgeordneten hatten geglaubt, daß der Plan eines Marginal- und Minimaltarifs nur vorgebracht worden sei, um Deutschland zu erschrecken, sie finden aber jetzt, daß ernstlich die Absicht besteht, den Tarif um 25 Proz. zu erhöhen. Wenn der Plan, einen Marginaltarif aufzustellen, scheitert, wird man versuchen, eine Verringerung des Zollsystems zu erlangen, um einen Modus vivendi mit Deutschland auf sechs Monate möglich zu machen. Die New Yorker Importeure bringen auf eine vollständige Reform des Zollwesens, um den Handel mit dem Auslande zu ernütern.

Zollkonflikt. Die von uns bereits angekündigte Regierungserklärung, bezuzufolge die serbische Anleihevorlage wegen des jetzigen Standes der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zurückgezogen wird, wurde am Dienstag in der Skupstina verlesen. Zugleich wurde angekündigt, daß der Skupstina bald Gesetzesvorlagen zur Lösung der Fragen der Bewaffnung und des Eisenbahnbauwesens unterbreitet werden würden. Ferner kam ein Ullas des Königs zur Verlesung, durch den die Regierung ermächtigt wird, der Skupstina die Handelsverträge mit Deutschland und Montenegro zu unterbreiten. Weiter wird aus Belgrad gemeldet: Die Regierung beschloß, von der Einbringung des serbisch-bulgarischen Handelsvertrages in der Skupstina vorläufig abzusehen. In Regierungskreisen hält man dafür, daß in dem Konflikt mit Oesterreich-Ungarn bald eine günstige Wendung eintreten werde.

Ausnutzung von Wasserkraft in Spanien. Eugenio und Augustin Aranz haben die Konzession erhalten, einen Wasserfall des Baches Las Botijas, im Bezirk Cuesbas de Probanco (Segovia) unter Entnahme von 300 Liter Wasser pro Sekunde zur Erzeugung elektrischer Kraft zu benutzen. — Eugenio Moreno Sarrazin hat die Konzession erhalten, aus dem Flusse Tajo innerhalb der Bezirke Toledo und Morejon bei niedrigem Wasserstande 25 Kubikmeter, bei hohem Wasserstande 157 Kubikmeter Wasser pro Sekunde zu Verwässerungszwecken und zur Erzeugung elektrischer Kraft entnehmen zu dürfen. (Auskunft über den Wohnort der Genannten wird in Segovia und in Toledo bei dem Gobernador civil zu erhalten sein.)

Vom amerikanischen Stahlmarkt. Fast 120 Millionen Pfd. Sterl. Uebersehung! Das ist das finanzielle Ergebnis des Trustes. Die Gewinne der letzten fünf Jahre betragen (Pfund Sterling):

| | | | | |
|------------|-------------|-------------|------------|-------------|
| 1901 | 1902 | 1903 | 1904 | 1905 |
| 84 787 590 | 133 808 690 | 109 171 180 | 73 176 715 | 119 849 000 |

Nach Abzug der Vorzugsdividenden verbleiben noch 7 417 000 Pfd. Sterl. Auf die Common Shares (gewöhnliche Anteilsscheine, durch welche man die kleinen Leute auch zu Renten beziehende „Kapitalisten“ machen wollte), wird keine Dividende verteilt. Die Amerikaner sind praktische Leute. Die Kleinen haben das Nachsehen. Große Summen wurden zu Neuanlagen usw. verwendet.

Charlottenburger Wasserwerke. In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung lassen die Gerichte über den Stand des gegen die Stadt geführten Prozesses zur Erörterung. Der Vorsitzende bemerkte dazu: die Verwaltung siehe den Gerichten vollständig fern. Die Versammlung genehmigte hierauf den Abschluß für 1904/1905 und setzte die Dividende auf 15% Proz. fest.

Werden die Junker sahen! Der Sekretär der deutschen Botschaft in Washington **Freiherr von dem Busche-Haddenhausen** erklärte, wie die „Morning Post“ aus Washington meldet, in einer Unterredung, diejenigen Blätter, welche die Ansicht vertreten, Deutschland werde in der Zollfrage nachgeben und den Marginaltarif gegen Amerika nicht einführen, seien falsch unterrichtet. Der neue deutsche Zolltarif trete im März ohne weiteres von selbst in Kraft, falls Amerika nicht einen Gegenseitigkeitsvertrag mit Deutschland schließt, was indes nicht wahrscheinlich ist.

Soziales.

Reform-Ansätzern. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie, die Duelle riesengroßer Gewinne für das Unternehmertum, die Eisenröhren eifriger Dreher am Schleifstein der Schachtmacher und lautester Mäher gegen Arbeiterschütz, diese Industrie, aus der die beweglichsten Mitglieder erklären über die Belastung durch die Sozialgesetz, und deren Vertreter zu den prinzipiellsten Verteidigern des Unternehmertums

absolutismus gehören, hat auch den „Vorzug“, mit den höchsten Inflationsraten glänzen zu dürfen. Bei der nächsten Publikation über die Wohlfahrtsentwicklungen der Zukunft werden die pp. Diagrammen der Krupp, Thyssen und Genossen die folgende Ehren- und Ruhmestafel hoffentlich nicht vergessen.

Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften entfallen im Jahre 1904 auf je 1000 Versicherte

| Unfälle: | entschädigungs- pflichtige | überhaupt |
|---|-------------------------------|-----------|
| Bei sämtlichen Berufsgenossenschaften | 6,85 | 29,93 |
| bei sämtlichen Eisen- und Stahl- Berufsgenossenschaften | 11,25 | 86,3 |
| Bei der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossen- schaft | 16,00 | 192 |

Mit diesen Unfallziffern steht die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie unerreicht da. Selbst der gefährliche Bergbau, dessen hohe Unfallziffern Grauen hervorrufen, schon wiederholt die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, von verschiedensten Seiten mit volstem Recht die Forderung nach erhöhtem Schutz der Bergarbeiter laut werden lassen, muß auf dem Gebiete der Krupp- und Thyssen-Industrie hinter die Hütten- und Walzwerk-Industrie zurückbleiben. Der Bergbau brachte es ja „nur“ auf 16,46 entschädigungs-
pflichtige Unfälle pro 1000 Versicherte.

Jede dieser fünfzig Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Elberoder erkeidet einmal im Jahre einen Unfall. Das Bildchen wird noch kräftiger koloriert, wenn man z. B. die Sektion Oberhausen — das Reich des Königs Thyssen, des deutschen Morgan — herausgreift. Hier entfallen auf je 1000 Versicherte 20 entschädigungspflichtige und 244 Unfälle überhaupt! In diesem Reiche hat also jeder vierte Arbeiter die verlockende Aussicht, den Segen der Plasmacherei durch einen Unfall auszulösen. Das Unternehmertum, dem solche Schreckensziffern natürlich kein Vergnügen bereiten, sucht durch allerhand Erklärungen für die Unfälle die Verantwortung für die in den angegebenen Zahlen zum Ausdruck kommende Massenvernichtung und -Verkrüppelung von Arbeiterknochen von sich abzuwälzen. Daran erklärt sich, daß man wohl mancherlei Scheingründe zulage fördert, die Hauptursache der erschreckenden Unfallziffern aber mit keinem Wort erwähnt. Die barbarisch langen Arbeitszeiten in Verbindung mit der wildsten Arbeitsintensivität speziell in den Feuerbetrieben, das sind die Unfallsergeuer. Die normale Arbeitszeit von 11—12 Stunden, bei der die Nachtzeiten meist während des Schaffens — in der einen Hand den Schlüssel in der anderen die Feuerzange — eingenommen, richtiger verschlungen werden, erfährt durch Heberhunden eine Verlängerung auf durchschnittlich 13—14 Stunden. Doppelschichten sind an der Tagesordnung, Leistungen von 36stündiger ununterbrochener Arbeitszeit gehören nicht zu den Seltenheiten! In einem Monat werden 30 Schichten gemacht, ja es gibt Leute, die es bis zu 40 Arbeitsschichten in einem Monat bringen. „Sechs Tage sollst Du arbeiten — am Sonntag 24 machen!“ So lautet ein Sonnet, das mit einem gewissen Galgenhumor bei den Metallarbeitern zirkuliert.

Die extensivste und intensivste Ausnutzung der Arbeitskraft schwächt ganz selbstverständlich in ganz erheblicher Weise die Widerstandskraft. Der völlig erschöpfte Arbeiter wird apatisch auch bezüglich des Schutzes für Gesundheit und Leben. Das ausgegrenzte Opfer der Drogen- und Vergiftung, weil ihm alle Lebensenergie ausgepreßt wurde, der restlos Ausgebentele zahlt mit seiner Gesundheit, mit seinen Knochen für die Stempellosigkeit in der ungezügelt blühenden der Arbeitskraft. Bei den gefährlichsten Umständen kam es nicht verwundern, daß auch der Gesundheitszustand der Fabrikarbeiter bejammernswert ist. Durchschnittlich entfallen bei allen reichgeheiligten Krankentafeln auf je 100 Versicherte jährlich 34—36 Erkrankungsfälle, die Fabrikkranken-
tafeln der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerk-Industrie zählen auf je 100 Versicherte 60—70 Erkrankungsfälle!

So rächen sich die Sünden des Kapitals wider die Arbeitskraft. Trotz dieser schandbaren, zum Himmel schreienden Zustände kam die Regierung, die sich bemühte, das Volk mit dem Hungerlohn zu „beglücken“, es durch wunderbare Steuererlöse zu „erlösen“, sich immer noch nicht entschließen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen achtstündigen Maximalarbeitstag und Arbeiterkontrollen vorsieht. Wie lange noch soll der Arbeiter Gesundheit und Leben schuplos dem Unternehmertum ausgeliefert bleiben?

Schwindelkaffe. Der Polizei-Präsident gibt bekannt, daß über das Vermögen der, wie wir schon mitteilten, verkrachten Rheinischen Krankenversicherungs-kasse (Eingetragene Diskasse Nr. 87) zu Köln seitens des Amtsgerichts zu Köln am 12. Januar d. J. das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Birz III zu Köln, Rönnerturn 10 wohnhaft, zum Konkursverwalter bestellt worden ist. Vertreter der Kasse für Berlin war der Agent Johann Woch, Goshnow-
straße 9.

Bei den Gewerbegerichtswahlen im Wuppertal wurden, wie ja zu erwarten war, die Kandidaten des Gewerkschaftsartikels gewählt. Querschnitt kam die Wahl in Elberfeld. Hier machten die Christlichen beider Konfessionen, gewissermaßen als Postulatum zu den Stadtverordnetenwahlen, noch einmal einen riesigen Aufwand; hing ihnen auch die Siegestrompete hoch, so wollten sie doch recht viel Stimmen bekommen, um damit die Notwendigkeit der Proportionalwahl nachzuweisen. Diese halten sie ja überall da für notwendig, wo sie selber keine Aussicht auf Sieg haben. Die Kandidaten des Gewerkschaftsartikels erhielten 3357, die Christlichen 964, und die Dirsch-Dunderker 110 Stimmen. — In Barmen zogen es die Christlichen vor, von einer Wahlbeteiligung Abstand zu nehmen, so daß das Gewerkschaftsartikels Segner überhaupt nicht vorband.

Gerichts-Zeitung.

Unschuldige zwei Jahre im Gefängnis. Der Schneidergeselle Schröder aus Papenburg, ein durchaus unbefehlener Mann, arbeitete bei einem Meister in Wiemshausen, in dessen Hause auch ein Uhrmacher wohnte. Bei diesem wurde ein schwerer Einbruch verübt. Ein anderer Schneidergeselle namens Seybers, der mit Schröder zusammen arbeitete, lenkte den Verdacht auf Schröder und dieser wurde trotz seiner Unschuldsbeteuerungen lediglich auf das alleinige Zeugnis des Seybers hin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der moralischen Qualität des Zeugen hielt man leider keine Nachforschung, die in diesem Falle wohl am Platze war. Denn später wurde Seybers selbst wegen Straftaten zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die formelle Freisprechung des Schröder, der sofort entlassen wurde, steht danach unmittelbar bevor. — Ein Justizirrtum ist gewiß stets möglich, da irren menschlich ist. Aber daß der völlig unschuldige Schneidergeselle Schröder zu zwei Jahren Gefängnis wegen vermeintlichen Einbruchs verurteilt wurde, dürfte, wie viele andere Verurteilungen Unschuldiger, doch nicht allein auf die Unzulänglichkeit menschlicher Erkenntnis zurückzuführen sein. In einem Falle wie dem Schröders konnte und dürfte keine Verurteilung stattfinden, wenn die Verhandlung mit der Gründlichkeit und Genauigkeit geführt wäre, die jeder Strafprozess fordert, die aber in so vielen Strafprozessen insbesondere gegen Arbeiter vernicht wird. Schwerlich hätte eine Verurteilung eintreten können, wenn hinreichende Aufmerksamkeit dem Vorleben des Zeugen gewidmet worden wäre. Einer solchen Aufmerksamkeit für Dinge, bei denen es sich um die Freiheit eines Arbeiters handelt, steht freilich die schematisch-formale Bewohnung des Berufsjuristen und das von oben kommende Drängen auf Beschleunigung der Strafprozesse entgegen.

Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Reichsgericht engt immer mehr den Kreis der Wahrnehmung berechtigter Interessen entgegen der Absicht des § 193 des Strafgesetzbuchs und der Notwendigkeit insbesondere freier Kritik ein. Dies beweist wieder folgender am Dienstag vor dem Reichsgericht verhandelter Fall. Wegen Verleumdung durch die Presse sind am 25. März v. J. vom Landgericht Freiburg i. S. der Schmied und Redakteur der in Hamburg erscheinenden „Schmiede-Zeitung“, Zentralorgan aller zum Schmiedgewerbe gehörenden Personen, Gustav Schreiber zu 40 M. und der Schmied August Hermann Schiffner in Döbeln zu 75 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sch. ist gelernter Schmied und war bei N. in Döbeln beschäftigt. Als Obmann des Filialverbandes der deutschen Schmiedearbeiter war er verpflichtet, jährlich einen Bericht über die Löhne der Schmiede in Döbeln zu verfassen und an Schreiber einzufenden. Auch 1904 hat er dies getan. Sch. hat den Artikel gelesen und am 21. Mai 1904 abgedruckt. Beiden Angeklagten war es darum zu tun, die Mitgliederzahl des Zentralverbandes zu vermehren. Der Artikel wendet sich besonders gegen den bei N. angestellten Meister K., der die Löhne feststellen und die Arbeiter annehmen und zu entlassen hat. In dem Artikel wird dieser als ein Despot bezeichnet, der die Löhne herunterdrückt und sie ganz willkürlich ansetzt. Erlaube sich ein Kollege, diese Verhältnisse zu rügen, so werde er entlassen. Das Gericht hat diese Behauptungen als nicht erwiesen angesehen und eine Verleumdung des Meisters K. festgestellt. Die von beiden Angeklagten eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Begründetes Ablehnungsgesuch. Aus einem ungewöhnlichen Grunde erfolgte gestern in einer hiesigen Strafkammer die Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit. Als der Verteidiger des Gerichts saal betrat, hatte sich der Gerichtshof in der seinem Fall vorgehenden Sache zur Beratung zurückgezogen. Er bemühte die Zwischenzeit, um, wie dies öfter vorkommt, die Akten in seiner Sache vom Gerichtstische zu nehmen und sie einzusehen. Dabei bemerkte er, daß für seine erst zu verhandelnde Sache der Referent bereits mit der schriftlichen Abfassung der Urteilsgründe begonnen und angefangen hatte, die Ergebnisse der Hauptverhandlung zu fixieren unter Bezugnahme auf die von Zeugen vor der Polizei abgegebenen Erklärungen. Dies gab dem Verteidiger Veranlassung, diesen Richter als befangen abzulehnen. Er begründete dies damit, daß das Urteil dieses Richters, das sich ja nach dem Gesetz erst in der Hauptverhandlung bilden dürfe, präkzipiert sei und die berechtigte Befangenheit der Befangenheit bestehe. — Der Gerichtshof erklärte nach kurzer Beratung das Ablehnungsgesuch für begründet, hielt einen Ersatz des betreffenden Richters durch einen anderen für notwendig und vertagte aus diesem Grunde den Termin. — Leider nennt der Verurteilter den Namen des Richters nicht. Der Name dürfte auch insofern merkwürdig sein, als die Bildung eines Urteils lediglich auf Grund der gegen den Angeklagten zusammengetragenen Akten schwerlich ein Anomaliefall gerade bei den Richtern ist, die gegen die Schwurgerichte sind.

Um ein Objekt von 90 Pfennigen handelt es sich in einem Strafprozess, der bereits seit vier Jahren das Strafgericht beschäftigt. Wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung war der aus der Post vorgeführte Rittmeister Siegfried Rittermeier vor der achten Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. — Anfang Mai 1902 kam der damals 20jährige Angeklagte aus seiner Geburtsstadt Wien nach Berlin, um seine in Charlottenburg wohnhafte Mutter zu besuchen. Seine Mittel waren erschöpft. Trotzdem mietete er sich in einem kleineren Hotel ein Zimmer in der Hoffnung, seine Mutter würde es am nächsten Tage bezahlen. In dem Hotel gab er an, er wäre erst angekommen, während er tatsächlich schon seit dem 3. Mai in Berlin war. Um seine Angabe glaubhaft zu machen, übergab er dem Hotelportier den Gepäcksanlieferungschein, welcher das Datum „13. Mai“ trug, während ursprünglich auf diesem „3. Mai“ gestanden hatte. Als der Hotelportier das Gepäc auf dem Bahnhof abholen wollte, kam natürlich die Fälschung zur Entdeckung. Der Angeklagte wurde festgenommen, bald aber wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem seine Mutter den Schaden wieder gutgemacht hatte. Wegen den Angeklagten wurde das vorliegende Strafverfahren unabhängig gemacht. Er entzog sich jedoch der Verurteilung durch die Flucht nach Paris. Hier gelang es dem sehr befähigten jungen Manne, eine sehr gute Stellung zu finden. In Paris erreichte ihn jedoch der Steckbrief der Berliner Staatsanwaltschaft. Er wurde verhaftet und per Schuß nach Berlin befördert, um hier wegen des Objektes von 90 Pfennigen sich vor dem Strafgericht zu verantworten. Das Gericht erkannte wegen des Betruges auf Freisprechung, wegen der Urkundenfälschung auf zwei Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden.

Reinheit und Alkohol. Ein besonders brutales Vorgehen eines Sohnes gegen seine Mutter beschäufte gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Verleumdung, Freiheitsberaubung und verachteter Erpressung, begangen gegenüber seiner alten Mutter, war der „Schlägergeselle“ Paul Schack angeklagt. Der bereits mehrfach vorbestrafte Angeklagte ist seit mehreren Jahren dem Alkohol mehr zugefallen als der Arbeit. Er gedürte auch längere Zeit zu jenen dunklen Trübsenzen, die es fertig bringen, ohne zu arbeiten oder sonstige Geld zu verdienen herrlich und in Freuden zu leben. Wenn dann diese Einnahmemeßnen verlagten, fiel der Angeklagte seiner hochbetagten Mutter zur Last, die sich mühselig durch Zimmervermietten ernährte. Hier trat er roh und herrlich auf und mißhandelte die alte Frau wiederholt, wenn ihm das Essen nicht gut genug war. Am 22. Dezember v. J. verlangte der Angeklagte von seiner Mutter Geld. Als diese ihm mitteilte, sie habe selbst nichts, wurde sie von dem laubenden Herrn Sohn mit den Worten bedroht: „Alte S... wenn Du mir nicht Geld gibst, kriegt Du, was Du brauchst!“ Am Abend kam der Angeklagte angetrunken nach Hause und verlangte von seiner Mutter eine Mark für eine Droschke. Als diese sich weigerte, weil sie tatsächlich kein Geld hatte, riegelte der Muttersohn die Tür zu und drang mit erhobenen Messer auf die alte Frau ein, die auf den Knien um Schonung bat. Schließlich gelang es der Frau D., unter dem Vorgeben, sich bei Nachbarn Geld zu borgen, aus dem Zimmer zu flüchten. Während der Sohn seinen Rauch ausschließte, mußte die hochbetagte Frau die ganze Nacht auf der Treppe kampieren. — Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die ungläubliche Gefährlichkeit auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis sowie drei Jahre Ehrverlust.

Versammlungen.

Die Filiale Groß-Berlin des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten hielt am Mittwoch in Döbeln's Hofkäfen ihre Generalversammlung ab. Ortssekretär E. Dittmer gab in längerer Ausführungen den Geschäftsbericht für das Jahr 1905, in welchem er alle bemerkenswerten Etappen der Bewegung im Berichtsjahre einer kritischen Würdigung unterwarf. — Der gedruckt vorgelegte und vom Kollegen Hoffmann durch kurze Ausführungen ergänzte Kassensbericht für das vierte Quartal 1905 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 22.200,27 M. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen: Filial-Unkosten 4342,55 M., Ueberweisung an die Verbandskasse 8271,30 M., an das Reichsbureau 450,65 M., an die Gewerkschaftskommission 220,60 M.; mitbin Bestand am 31. Dezember 1905 8906,17 M. Der Gosarbeiter-Stampffonds bezieht sich jetzt auf 2785,05 M. Die Mitgliederzahl liegt gegen das vorige Quartal um 293 und beträgt insgesamt 6455. — Die Neuwahlen ergaben das nachstehende Resultat: Fiebig, Brenzlau, Vorsitzende; Hoffmann, Kassierer; Ellenbeck, Wasphul, Rehr, Paul Schulz, Beisitzer; Boffedart, Buch, Kerwig, Revisoren; für die Gewerkschaftskommission Dittmer, Fiebig, Heinz, Strunt, Kerwig, Wulky. —

Dem Antrage des Filialvorstandes und der erweiterten Vertretung auf probeweise Einführung (zunächst auf ein Vierteljahr) einer Koststandsunterstützung stimmt die Versammlung zu. Auch die Herausgabe einer Broschüre, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Groß-Berlin behandeln soll, wird gutgeheißen. — Die vom Vorsitzenden H. Fiebig übermittelte Mitteilung, daß der Verbandsvorsitzende Boersch seinen Posten verlassen und Redakteur einer rheinischen Zeitung Kirch-Dundercher Akteur geworden sei, beantwortet die Versammlung durch nachstehende gegen einige wenige Stimmen zur Annahme gelangte Resolution:

„Die Versammlung begrüßt mit Genugtuung das Ausscheiden des bisherigen Verbandsvorsitzenden Boersch, welcher sich seit langem im Gegensatz zur großen Mehrzahl der Berliner Verbandskollegen befand. Die Versammelten sehen nach wie vor auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung und halten das Hand-in-Hand-Arbeiten von Gewerkschaft und Partei für unbedingt erforderlich.“

Am 11. Uhr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung und den Verband geschlossen.

Der Fabrik-, Land- und Hausarbeiterverband (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag seine stark besuchte Generalversammlung ab. Im Vorstandsbericht konnte Bruns wiederum eine erfreuliche Weiterentwicklung der Organisation konstatieren. Die Zahlstelle hat in Berlin gegenwärtig rund 3500 Mitglieder, darunter 275 weibliche. Hinzu kommen noch circa 1400 Mitglieder des Bezirks Schöneberg-Johannisthal, die sich zu Neujahr der Berliner Ortsverwaltung angegeschlossen haben, so daß mit einer Mitgliederzahl von rund 5000 zu rechnen ist. Der Bevollmächtigte hegte die Hoffnung, daß auch in den übrigen Bezirken der nächsten Berliner Umgebung die Einflüsse von der Rotenindignität des Pfingstsonntages mit der Zahlstelle Berlin wachsen dürfte, weil bei großen Lohnbewegungen oder Ausperrungen die Einheitsfront des Vorgehens durch die bisherige Periphrasierung zu sehr beeinträchtigt werde. Den besten Beweis hierfür habe die Ausperrung in der Elektroindustrie geliefert. So wie fast alle übrigen Verbände die Zusammenfassung der Organisation über Groß-Berlin zustande gebracht haben, müsse es auch der Fabrikarbeiter-Verband tun. Durch rasche Agitation sei es gelungen, nicht nur in den Gummifabriken, sondern auch in den Anilin-, Chloroform-, Seifen-, Pinoleum-, Glühbirnen- und chemischen Fabriken die Organisation einzusetzen und zu befestigen. Freilich ist die Indifferenz der Hausarbeiter immer noch eine sehr große, doch auch diese Schwierigkeiten dürften nach und nach überwunden werden, je größer der Stamm derjenigen Personen wird, die den Organisationsgedanken begriffen haben. Gerade in diesen Industrien biete sich der Verbandsmäßigkeit noch ein weites Arbeitsfeld. Eine scharfe Kritik übte Bruns sodann an dem Verhalten des Handels- und Transportarbeiterverbandes, dem er den Vorwurf machte, daß er Mitglieder aufnehme, die eigentlich nicht zu dem Berufskreise gehören, für den der genannte Verband zuständig sei. Eine Resolution, die dieses Verhalten des Transportarbeiter-Verbandes auf das entschiedenste verurteilt, gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. Auch soll in dieser Angelegenheit bei der Gewerkschaftskommission energig Beschwerde geführt werden. In der Diskussion erklärte sich sämtliche Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden. Bemängelt wurde jedoch, daß der Vorstand bei im vorigen Vierteljahre fällige Generalversammlung eigenmächtig hatte ausfallen lassen, wodurch die Mitglieder die Gelegenheit genommen war, sich im größeren Kreise über die Fälligkeit und die Lehren bei der Ausperrung in der Elektroindustrie auszusprechen. — Der Kassensbericht vom zweiten Halbjahr 1905 gab für die Hauptkassen eine Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben in der Summe von 23.212,45 M. nach. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich auf 12.818,30 M., der eine Ausgabe von 4941,00 M. gegenübersteht. Es verbleibt am Orie somit ein Bestand von 7876,70 M. Da die Ueberhälften der ehemals städtischen Arbeitslosenunterstützungskasse der Lokalkasse überwiesen sind, so wurde beschloffen, allen Mitgliedern der Zahlstelle, die 63 Wochen dem Verbands angehören, aus lokalen Mitteln einen Zuschlag zur Streikunterstützung von zwei Mark pro Woche zu zahlen. — Die hierauf folgenden Vorstandswahlen ergaben nachstehendes Ergebnis: Als Bevollmächtigte wurden Bruns, Rühle und Ventin wiedergewählt. Als Revisoren: Kiehl, Sevelow und Weige. In die Gewerkschaftskommission: Schulz, Kaufmann, Obbig und Krenzel; dazu kommen noch Berger-Schönebeck und Lubahn-Johannisthal, die von den Mitgliedern des dortigen Bezirks gewählt worden sind. Die Mitglieder des Vorstandes sollen bis zur nächsten Konferenz in ihrem Amt bleiben; ihre Renovation wurde bis dahin vertagt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Genosse, Gastwirt

Wilhelm Dückert

gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Februar d. n., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Müggelheimerstr. 23 aus statt.
Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.
71 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 28. Januar, verstarb unser braves Mitglied
Karl Schöning.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
257/17 Der Vorstand.

Daufjagung.

Für die so zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und für die herrlichen Spenden anlässlich des Dahnscheidens meines geliebten Vaters, Schwiegerelterns, Bruders, Schwagers und Onkels, des Dahndeders
Gustav Gleitzmann
lage ich hierdurch allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Klara Gleitzmann
nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 30. Januar, morgens 9 1/2 Uhr, verstarb sanft unser lieber Vater, der Tischler
Peter Wedisweiler
im 73. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Friedhof statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Daufjagung.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten sowie den Genossen des dritten Kreises für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Vaters

August Steinke

unseren herzlichsten Dank.
Frau **Otilie Steinke**
nebst Kindern.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei

(Eingetragene Genossenschaft in Berlin-Zehlendorf, Reinickendorf, Willestr. 62)
Sonntag, 17. Februar 1906, abends 9 Uhr:

General-Versammlung im Kontor der Bäckerei.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. 2. Vorlegung der Bilanz. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.
Anträge müssen bis zum 10. Februar 1906 eingereicht sein.
Die Bilanz liegt im Kontor, Willestr. 62, zur Einsicht der Genossen aus.
100/7

Der Vorstand.

Robert Engel, Karl Karffel.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Am 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Siegreifdichters
Paul Steinitz.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Zementierer.

Donnerstag, den 1. Februar 1906, abends 8 Uhr, bei F. Wille, Brunnstraße 188:

Mitglieder - Versammlung.

Gruppe: Rabitzputzer und Träger.

Freitag, den 2. Februar 1906, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht und Reuewahl des Vorstandes, 2. Vorschläge von Kandidaten zur Sektionsleitung, 3. Verschiedenes.
Erlaubt eines jeden in der Gruppe beschäftigten Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
NB. Die in Nr. 4 des „Grundrisses“ unter Versammlungsanzeigen bekannt gemachte Versammlung der Rabitzputzer am Freitag, den 2. Februar 1906, findet nicht statt.
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, in den „Kramhallen“, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Verbandstag in Nürnberg. — Vorträge dazu. — Aufstellung der Kandidaten. 2. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tages-Ordnung halber muß jeder Kollege erscheinen.
Der Vorstand. J. H.: D. Gansche.

Restaurant Bellevue

früher Rieck-Werder

Wollersdorfer Schleuse, Werderstraße 37

empfehlend sich den geehrten Vereinen u. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 4. d. M., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Vortrag des Genossen Freyer über Lenau.

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein u. Tanz.
Eintritt 20 Pf., Garderobe frei. 4/6*

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit“.
Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, 4. Februar, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus, Rosinonstr. 3 (II. Saal):

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1905 und Jahresbericht. 2. Vorstandswahl.
Mitgliedsbuch legitimiert.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Sonnabend, den 3. Februar, in den festlich dekorierten Sälen
der Aktien-Brauerei Friedrichshain am Königstor:

Großer Wiener Maskenball.

Doppelte Maskenballen unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Maximilian Fischer.
Anfang präzis 8^{1/2} Uhr.
Eintritt 50 Pf.

Unsere Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde und Gönner sind hiermit ergebenst eingeladen, doch bitten wir, unter allen Umständen sich vorher Billets zu besorgen; dieselben sind bei allen Bezirksführern, Bezirkskassierern und in den Bezirkslokalen sowie in unserem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, zu haben. Das Komitee.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Freitag, den 2. Februar 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder - Versammlung

im Lokale von Sarcus, Bräudenstraße 7.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Lohnbewegung der Fliesenleger und unsere Stellungnahme. — Stellungnahme zu den Firmen, welche bisher unseren Tarif nicht anerkennen. 2. Die Vertreterwahl. 3. Verschiedenes. 32/10

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich!
Der Zweigvereinsvorstand.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei Aug. Tauchert, Gastwirt, Köpenickerstr. 4. 46222*

Flor de Borneo, große, vorzügliche Zigarre, moderne Form, liefert 300 St. 10,80 Mk. franco Nachnahme. Zigarrenfabrik Bremer Schlüssel, Bremen IV. 46222*

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste teildruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Verfallene Handtücher, Bettdecken, Aussteuerwäse, Winterpaletots, Federbetten, Geflügelzucht, Taschenrechner, Bandbücher, Verschiedenes. Spottbillig. Handlungsbücher, Schreibzeug, Schreibmaschinen, Schreibpapiere, Schreibfedern, Schreibbretter, Schreibstifte, Schreibtaschen, Schreibkugeln, Schreibrollen, Schreibtafeln, Schreibmaschinen, Schreibpapiere, Schreibfedern, Schreibbretter, Schreibstifte, Schreibtaschen, Schreibkugeln, Schreibrollen, Schreibtafeln.

Teppiche mit Farbenfeldern, Habritniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
100 Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Dahn, Preiszahlstraße 22. 73/4*
Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Klebe Nr. 140, Schaus Schönhauser Allee. *

Grammophonplatten und Separaten. Rothenburg, Preiszahlstraße 42, 2. Hof. 11718
Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Leihhaus Köpenickerplatz 7, billige Einzahlung für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Hüten, Goldschmuck, Teppiche, Stühle, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Verkaufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Habritniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
100 Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Dahn, Preiszahlstraße 22. 73/4*
Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Klebe Nr. 140, Schaus Schönhauser Allee. *

Grammophonplatten und Separaten. Rothenburg, Preiszahlstraße 42, 2. Hof. 11718
Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Leihhaus Köpenickerplatz 7, billige Einzahlung für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Hüten, Goldschmuck, Teppiche, Stühle, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Verkaufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Habritniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
100 Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Dahn, Preiszahlstraße 22. 73/4*
Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Klebe Nr. 140, Schaus Schönhauser Allee. *

Grammophonplatten und Separaten. Rothenburg, Preiszahlstraße 42, 2. Hof. 11718
Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Leihhaus Köpenickerplatz 7, billige Einzahlung für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Hüten, Goldschmuck, Teppiche, Stühle, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Verkaufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Habritniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
100 Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Dahn, Preiszahlstraße 22. 73/4*
Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Klebe Nr. 140, Schaus Schönhauser Allee. *

Grammophonplatten und Separaten. Rothenburg, Preiszahlstraße 42, 2. Hof. 11718
Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Leihhaus Köpenickerplatz 7, billige Einzahlung für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Hüten, Goldschmuck, Teppiche, Stühle, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Verkaufe.

Teppiche mit Farbenfeldern, Habritniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1
100 Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Dahn, Preiszahlstraße 22. 73/4*
Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Klebe Nr. 140, Schaus Schönhauser Allee. *

Grammophonplatten und Separaten. Rothenburg, Preiszahlstraße 42, 2. Hof. 11718
Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20
Leihhaus Köpenickerplatz 7, billige Einzahlung für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Hüten, Goldschmuck, Teppiche, Stühle, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Nähmaschinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino, kreuzfahrig, 140,— (Garantie) Turmstraße 8, parterre. 83/14

Herrenanzüge, Wollstoffe, Anzüge, Hüten, Koffer, Revolver, Leinwand, Hüten, Goldschmuck, Koffer, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131.
Reifgläser, Operngläser, Reflektoren, Regulatoren, Reflektoren, Harmonikas, Geigen, Hüten, Betten, Teppiche, spottbillig. Lude, Dramenstraße 131. 2277b*

Gardinen, ohne Anhang, Woche 1,00, Käufer erhält 10 Mark, Nachzahlung 15,00. Rest (Postkarte). Gewandwäse, Reanderstraße 11.
Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 82/12*
Korallenrollen billig Schloßplatz 2. 83/11
Pianino

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Am Sonntag, den 4. Februar cr., veranstaltet der Verein „Lustig“ in Rolands Festfäden, Wasserstr. 26, ein Vergnügen. Das genannte Lokal steht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, man wisse daher etwa angebotene Biletts zurüch.
Die Lokalkommission.

Vorort-Nachrichten.

Eines Pastors Trost am Grabe.

„Die Arbeiter holen trotz aller zur Schau getragenen Waffenfeindschaft immer noch in den meisten Fällen einen Geistlichen herbei, wenn sie den schweren Gang zum Friedhof tun müssen.“ So las man's kürzlich in einem bürgerlichen Blatt, das in einem Kräfte über die Stellung der Arbeiterklasse zur Religion und zur Kirche kühl erklärte, die Loslösung der Arbeiter vom Kirchentum sei nur eine äußerliche, und ein Massenaustritt aus der Landeskirche sei einstweilen nicht zu erwarten.

Die Schilderung traf nicht ganz zu. Es sind zumeist nicht die Arbeiter, sondern ihre Frauen, die immer noch recht oft die Beteiligung eines Geistlichen für nötig halten, wenn sie „den schweren Gang zum Friedhof tun müssen“. Die Frauen sind es, die nach eines Pastors „Trostworten“ verlangen, wenn sie vor einem offenen Grabe stehen. Die Pastoren kommen da mitunter in die Lage, ihre Grabreden auch solchen Toten halten zu müssen, die bei Lebzeiten jedem Pastor aus dem Wege gegangen sind. Dabei verwandeln dann die Trostworte, die das arglose Herz erwartete, sich nur zu leicht in eine Strafpredigt, die ganz und gar nicht erbaulich wirkt.

Von einer Grabrede dieser Art wird uns aus der Mark Brandenburg berichtet. In Callinchen war ein Biegeleiarbeiter Müller gestorben, und auf Wunsch der Witwe sollte an seinem Grabe der Pfarrer Stier aus Mohren sprechen. Ueber die Predigt, durch die der Herr Pfarrer die Witwe trösten zu können glaubte, sind uns von verschiedenen Teilnehmern des Leichenbegängnisses, die sie mit angehört haben, übereinstimmende Mitteilungen gemacht worden. Nach den Angaben dieser Ohrenzeugen verlief die Sache etwa folgendermaßen: Zunächst erzählte der Pfarrer seinen erstaunt aufsehenden Zuhörern, der Verstorbene sei so alt, wie er selber. Fleißig sei er gewesen, aber er habe getrunken. Vertrunken habe er täglich 1 M., das mache im Jahre 300 M., in zehn Jahren 3000 M. Wieviel Kummer, so ries er aus, hätte damit gestiftet werden können! Der Verstorbene habe getrunken, weil er trinken mußte, und getrunken, bis er nicht mehr konnte. Jede rettende Hand habe er von sich gewiesen. Die christliche Liebe habe Heilanstalten errichtet. Nur durch die christliche Liebe habe er gerettet werden können, aber er habe die Hand des Heilands von sich gestoßen. Doch so viel er auch geübelt habe, auch er werde die Stimme des Sohnes Gottes hören und auferstehen am jüngsten Tage. — Das war der Trost am Grabe, den Herr Pfarrer Stier der Witwe zu spenden hatte. Die Feigen, die wir befragt haben, versichern übrigens aufs bestimmteste, daß die Witwe samt ihren vier kleinen Kindern in der ganzen Rede gar nicht mal erwähnt worden sei.

Zur Erklärung dieser merkwürdigen Predigt sei hier gesagt, daß der verstorbene Biegeleiarbeiter Müller tatsächlich getrunken hat. Ob er „täglich 1 M. vertrunken“ hat, läßt sich so genau wohl nicht feststellen. Man sagt uns, Müller habe zumeist die frisch gebrannten, noch glühenden Steine aus dem Brennofen herausstarren müssen. Das ist eine Arbeit, bei der auch der widerstandsfähigste Mensch, und wäre es selbst ein Pastor, Durst kriegen muß. Die Hitze, die sich da entwickelt, ist so furchtbar, daß manchmal nicht nur die Kleider zu kochen anfängt, sondern auch dem Arbeiter die Kleider und die Haare angefangen werden. Dazu kommt die un-menschlich lange Arbeitszeit, die den Arbeiter vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht an seine Karre fesselt. Man kann darüber streiten, ob in solcher Lage der Genuß von alkoholischen Getränken, von Bier oder Schnaps, das geeignete Mittel sei, dem erschöpften Körper neue Kraft zu geben. Aber in eine Leichenpredigt gehört der Kampf gegen den Alkohol doch wohl nicht hinein? Uebrigens scheint Pastor Stier genau gewußt zu haben, warum der Verstorbene getrunken hatte. Herr Stier rechnet das Jahr zu nur 300 Tagen. Da hat er wohl nur die Arbeitstage gezählt, nur die Tage, an denen Müller in Hölle glut fronden mußte.

Daß diese den Toten herabzende Strafpredigt, die der Pfarrer sicherlich für seine Pflicht und Schuldigkeit hielt, unter den Zuhörern starke Erregung und Entrüstung hervorrief, ist begreiflich. Frau Müller selber suchte hinterher den Pfarrer auf und hielt ihm eine Ansprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen haben soll. Die beleidigte Frau schloß: „Nun wollen Sie wohl auch noch Geld haben? Keinen Pfennig kriegen Sie für die Rede, die war für umsonst noch zu teuer!“ Der Pfarrer erwiderte eingeschüchtert: „Liebe Frau Müller, ich habe ja noch nichts verlangt.“

Der „Vorwärts“ hat mehrfach darüber zu berichten gehabt, daß bei Beerdigungen der Pastor den Hinterbliebenen nicht das war, was sie von ihm erwarteten. Wir haben da regelmäßig den Rat hinzugefügt: Laßt keinem Pastor nach! Auch hier können wir nur wiederholen: Laßt keinem Pastor nach, wenn Ihr Euch vor solchen Auftritten sichern wollt! Laßt ihn vor allem dann nicht nach, wenn die Kirche dem Verstorbenen nichts gegolten hat. Was kann denn auch ein Pastor, der ihn gar nicht gekannt und

ihn vielleicht nie gesehen hat, der am Ende auch Euch nicht mal kennt, Euch über den lieben Toten sagen, den Ihr der Erde übergeben müßt?

Aber vielen ist es freilich nicht um „Trost“ zu tun, sondern nur um den „würdigen Eindruck“, den ein Leichenbegängnis mit Pastor macht. Es „sieht besser aus“, wenn ein Pastor dabei ist, da darf man nicht auf ihn verzichten. Der Pastor als Dekoration! Leute, die ihn hierzu benutzen wollen, dürfen sich nicht beklagen, wenn er nicht als Tröster, sondern als Richter vor sie hintritt und ihrem Toten oder ihnen selber eine Strafpredigt hält.

Zur Uebernahme der Teltower Kreisbahnen

Soll der am 10. Februar zusammentretende Kreistag des Teltower Kreises 2 000 000 M. aus einer Anleihe, die zu 4 Proz. aufgenommen und bis 1944 getilgt werden soll, bewilligen. Die schon mitgeteilt, will der Kreis Teltow die von der Firma Siemens u. Halske seit 1894 betriebene Stroßenbahn Groß-Lichterfelde—Steglich—Ranhwig—Säbende für 1 450 000 M. sowie die 1887 begründete Dampfstrahlenbahn Groß-Lichterfelde—Seehof—Teltow—Stahnsdorf (Alte-Machnower Schleuse) für 800 000 M. ankaufen und vom 1. April 1906 ab selbst betreiben. Für die Verwaltung und Beaufsichtigung der Kreisbahnen wird ein „Bahnerwaltungsrat“ eingesetzt, der aus dem Landrat und acht von den Gemeinden Lichterfelde, Steglich, Ranhwig und Teltow zu wählenden Mitgliedern besteht. Der Dampfstrahlenbetrieb der Strecke Lichterfelde—Stahnsdorf soll sofort mit der Uebernahme durch den Kreis in elektrischen Betrieb umgewandelt werden, wozu 371 000 M. bereit gestellt sind. Die gegenwärtigen Betriebsmittel sind veraltet und nahezu verbraucht. Mit der Umwandlung in elektrischen Betrieb wird die letzte Dampfstrahlenbahn aus der unmittelbaren Umgebung der Reichshauptstadt verschwinden. Die Kreisbehörde glaubt aus der Uebernahme der Bahnen eine finanzielle Belastung des Kreises nicht befürchten zu sollen. Man rechnet sogar auf Grund einer günstigen Weiterentwicklung auf Mehreinnahmen. Die jetzige Dampfstrahlenbahn soll später zweifelsfrei betrieben werden, die Stroßenbahn Lichterfelde—Säbende, die schmalspurig ist, Normalspur erhalten, sobald sie mit anderen Bahnen gemeinsam betrieben werden sollte. Nach dieser Richtung will man mit der Gemeinde Steglich wegen der Brunnenbahn eine Vereinbarung treffen. Sollte eine Gemeinde aus dem Kreisverbande einmal auscheiden, so würde die Gemeinschaft der Verkehrsinteressen weiter fortbestehen.

Charlottenburg.

Zu Heinrich Heines 50. Todestag haben sich auch die Vororte Berlins zu künstlerischer Guldigung des viel gefeierten, aber mehr noch zu Unrecht geschmähten Dichters entschlossen. Als erste erscheint wie stets die Stadt Charlottenburg auf dem Plan. Hier wird durch die Volkskunstkommission am Sonntag, den 4. Februar, in der Kaiser Friedrich-Schule am Savignyplatz eine künstlerische Vorfeier abgehalten. Der Herausgeber der bei Schuster u. Köhler erschienenen Sammlung „Dichter über Dichter“, Dr. Paul Kemmer, hält den Festvortrag, Johanna Meyer registriert April und Walloden Heines, vertonte April bringt die Klaviersängerin Emma Brenner u. Köhler während durch Robert Koppel Heines Humor und Satire in Wort und Ton zum Vortrag kommt. Karten a 0,50, numerierte Plätze a 1 Mark sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Bücherhaus, Kronenstraße, und im Verein zur Förderung der Kunst, Genthinerstr. 17, zu haben.

Pankow.

Eine Waldschule soll Pankow erhalten. Ein Komitee hat sich gebildet, welches auf dem Wege der Privatwohltätigkeit ein solches Institut ins Leben rufen will. In einem Aufruf, in dem um Gaben gebeten wird und der unterzeichnet ist von dem Bürgermeister Gottschall, dem Professor Wendel, dem Schularzt Sanitätsrat Dr. Schäfer und andern bekannten Persönlichkeiten in Pankow heißt es über die Lage der Pankower Schulkinder:

„Die ärztliche Ueberwachung der Gemeindefschulen hat auch hiesigen Ortes das Ergebnis gezeigt, daß eine ganze Reihe von Knaben und namentlich von Mädchen infolge eines allgemeinen Schwächezustandes unfähig sind, andauernd die Anstrengungen eines täglich vier- bis fünfstündigen Unterrichtes zu ertragen. Diese armen, zum größten Teile ungenügend ernährten und dabei in hygienisch mangelhaften Räumen wohnenden Kinder erlahmen sichtlich beim Unterrichte und können demselben nicht dasjenige Interesse entgegenbringen, das dem gesunden und kräftigen Körper innewohnt; der Erfolg des Unterrichtes bleibt daher ungenügend und wird um so ungenügender, je häufiger ein solches Kind durch seine Schwäche gezwungen wird, der Schule tags- oder wochenlang ganz fern zu bleiben. Lehrer und Schüler haben an dem Erfolge eines solchen Unterrichtes gleich geringe Freude.“

Als ein hervorragendes Heilmittel und Heilmittel hat sich für diese Kinder eine Institution bewährt, die die Stadt Charlottenburg im vorigen Jahre auf eigene Kosten eingeführt hat, die Waldschule. In dieser genießt eine kleine Anzahl von Kindern in jeder Klasse einen nur auf kurze Tageszeiten beschränkten, infolge der geringen Schülerzahl aber auch bei weitem intensiveren Unterricht, während der überwiegend größte Teil des Tages dem Aufenthalt in der frischen, erquickenden Waldluft gewidmet ist. Eine kräftige, dem kindlichen Organismus angepasste Diät, reiche, dem jeweiligen Kräftezustande angepasste Bewegung, Geselligkeit, Spiele u., abwechselnd mit erquickender Ruhe, sorgen für die Kräftigung des geschwächten Körpers.

Eine ebensolche Einrichtung ist auch für die schwächlichen Kinder unseres Ortes ein dringendes Bedürfnis. Es hat bereits eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten unseres Ortes ihr Interesse für die Sache bekundet, so daß schon ein Grundstock für die Ausführung unserer von dem mitunterzeichneten hiesigen Schularzt Sanitätsrat Dr. Schäfer angeregten Waldschule vorhanden ist.

Aber von diesem Grundstock bis zur Eröffnung der Schule ist noch ein weiter Schritt; ihn zu vollenden bedarf es der wertvollen Mithilfe vieler. So anerkanntswert diese Bestrebungen zur Errichtung einer Waldschule sind, so verkehrt halten wir den Weg, der hier beschritten wird. Es darf nicht die Einrichtung eines solchen wichtigen Instituts der Privatwohltätigkeit überlassen werden, sondern es muß Sache der Gemeinde selbst sein, diese Waldschule einzurichten und zu erhalten.

Röpenitz.

Der vom Gewerkschaftskomitee am Sonntag, den 28. Januar in Seidels Gesellschaftshaus“ veranstaltete erste Kunstabend unter Leitung des Herrn Martin Hartwig, Mitglied des Schillertheaters Berlin, hatte sich eines sehr kurzen Aufpruchs zu erfreuen. Sämtliche Vorträge wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen und somit ist der erste, ernste Versuch, die Arbeiterschaft auch auf diesem Gebiete einzuführen, voll und ganz gelungen. Der dritte Theaterabend findet am Donnerstag, den 22. März, statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Viberpelz“ von Gerhart Hauptmann.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung ersetzte Herr Bürgermeister Dr. Langerhans den Verwaltungsbereich pro 1905. Aus demselben geht hervor, daß die Kommune sich trotz der großen Ausgaben für den Neubau der Kanalisation, für die Wasserleitung und das Elektrizitätswerk in gefunden Bahnen weiter entwickelt und daß die Steuerkraft sich auch im letzten Jahre wieder gehoben hat. Die Versammlung nahm mit Befriedigung Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters. — Zum Etat der Gasanstalt lag ein Antrag des Staatsauschusses vor, den Preis des Gases von 18 Pfennige auf 15 Pfennige herabzusetzen und bei Koch- und Industriezwecken folgende Rabattsätze einzuführen: Bei Entnahme von 150 bis 500 Kubikmeter 14 Pf., bei 501 bis 750 Kubikmeter 13 Pf., bei 751 bis 10 000 Kubikmeter 12 Pf. und bei über 10 000 Kubikmeter 11 Pf. pro Kubikmeter. Die Versammlung stimmte diesen Anträge zu; desgleichen dem Etat der Gasanstalt, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 341 471,00 Mark abschließt. — Der Etat der Realschule wurde in Einnahme und Ausgabe auf 77 000 M. festgesetzt, der Zuschuß der Stadt beträgt für 1906 42 250 M. Die Beratung des Haushaltssetats für 1906 ging nunmehr glatt von statten, da der Staatsauschuss gut vorgearbeitet hatte. Nur bei dem Titel „Geistliche Anstalten“ zeigte sich noch eine scharfe Debatte ein, indem unsere Genossen Weid und Herbst die skandalösen Vorgänge, welche sich bei den Beerdigungen, bei denen kein Geistlicher gewünscht wird, abspielen. Man ist soweit gegangen, einer Ruhestätte den Zutritt zum Kirchhof zu verwehren, trotzdem ein Geistlicher mitging. Vom Magistratsrat wurde unseren Genossen erwidert, daß dagegen der Gemeindekirchenrat nichts machen könne, das wären Verordnungen des Kultusministeriums. Derartige Klagen müßten im preussischen Landtag vorgebracht werden. Unsere Genossen legten dar, daß dann des elenden Wahl-systems die große Mehrzahl der Bevölkerung Preußens im Landtag nicht vertreten sei. Auch forderten unsere Genossen, daß endlich von der Stadt ein Kirchhof eingerichtet werde. Für die einzelnen Positionen sind im Etat folgende Summen festgesetzt: Die allgemeine Verwaltung erfordert eine Ausgabe von 141 000 M., die Holzverwaltung 83 500 M., die Schulverwaltung 307 500 M., die Forstverwaltung 18 850 M., Armenpflege 42 800 M., Krankenhausverwaltung 18 180 M. Für die Unterhaltung der Straßen, Brücken und Plätze sind 55 319 M. angeführt. An Gemeinde-Einkommensteuer werden 180 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer erhoben (im vorigen Jahr 195 Prozent). An Grundsteuer 3 pro Mille, 250 Prozent zur Gewerbesteuer der Klassen I und II, und 100 Proz. für die Klassen III und IV, Umfahsteuer 1 Proz. des Wertes bei bebauten und 1 1/2 Proz. bei unbebauten Grundstücken. Der Gesamtetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 979 443,00 M. ab.

Beim Punkt Festsetzung des Bebauungsplanes für das Riecher Feld zeigte sich wieder so recht der unheilvolle Einfluß, welchen die Hausbesitzernmajorität im Stadtparlament ausübt. Ehe der Bebauungsplan von der Gemeindevertretung beraten und sanktioniert war, also auch noch nicht öffentlich ausgelegen hatte, war derselbe schon durch ein „Mißverständnis“ des Herrn Vorstehers Andersohn den Interessenten und Anliegern unterbreitet worden, auch lag der heutige Beratung schon ein Protest gegen die Festsetzung des Bebauungsplanes vor. Als nun die Namen der Protestunterzeichner verlesen wurden, war einer der ersten der des Vorstehers Andersohn. Bürgermeister Dr. Langerhans erklärte nunmehr den Vorleser um Auskunft, wie es komme, daß Leute, welche nicht Stadtverordnete seien, schon von dem Plane Kenntnis erlangt haben und dagegen protestieren. Der Vorsteher erklärte es für sein gutes Recht, den Plan, den ihm der Bürgermeister überlassen, den Interessenten vorzulegen, um deren Wohl und Wehe es sich handle. Nach längerer Diskussion erklärte Bürgermeister Dr. Langerhans, auf die eigentümliche Form, unter der andere Leute von dem Inhalt des Planes Kenntnis erlangten, nicht weiter eingehen zu wollen. Nachdem nun einmal das „Mißverständnis“ passiert sei, schlage er vor, in gemischter Kommission den Plan weiter zu beraten, welchem Vorschlag die Versammlung auch zustimmte.

Wilmersdorf.

Dem Rechenschaftsbericht des Gewerbegerichts über seine Tätigkeit im Jahre 1905 ist folgendes zu entnehmen: Im ganzen wurden 256 Klagen anhängig gemacht. Von diesen sind durch Vergleich erledigt 86, durch Verurteilung 50, Versäumnisurteile wurden 53 gegen Beklagte und 3 gegen Kläger erlassen, durch Zurücknahme 82, abgewiesen wurden 46 Klagen, unerledigt blieben 6. Dem Kaufmannsgericht wurde 1 Fall überwiesen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 94 Klagen bis 20 M., bei 78 20—50 M., bei 47 50—100 M. und in 37 Fällen über 100 M. Als Einigungsamt trat das Gericht nicht zusammen.

Das Kaufmannsgericht hatte im ersten Jahre seines Bestehens 25 Klagen zu erledigen; davon unter 100 M. 12 Fälle, über 100 M. 13 Fälle. — Durch Vergleich wurden 8 Fälle erledigt, durch Verurteilung 3, abgewiesen 3, durch Zurücknahme 6, Versäumnisurteil gegen Beklagten erging 1, unerledigt blieben 3 Fälle. Dem Gewerbegericht wurde 1 Fall überwiesen.

Die Wilmersdorfer Gemeindeführung schließt für das Etatsjahr 1904 der ordentlichen Verwaltung bei einer Einnahme von 4 003 644 Mark und einer Ausgabe von 3 377 823 M. mit einem Ueberschuß von 625 823 M. ab. Die Einnahme überstieg den Voranschlag von 3 275 000 M. um 728 644 M., bei den Ausgaben ist ein Mehr von 102 822 M. zu verzeichnen. Die außerordentliche Verwaltung schließt mit einer Einnahme von 3 008 677 M. und einer Ausgabe von 3 022 835 M. ab. Die Mehrausgabe von rund 15 058 M. wird im Rechnungsjahr 1905 gedeckt. Die Einnahmen für Kanalbauten brachten rund 8 172 162 M., verbraucht wurden 2 185 420 M. Der Rest von 5 986 741 M. wird zur Fertigstellung der Kanalisationsanlage Verwendung finden.

Bauausfall. Beim Bau des Wilmersdorfer Rolandsfestes verunglückte gestern nachmittag der 26-jährige Zimmerpolier Heinrich Schauer aus der Galvanstr. 17 dadurch, daß ihm aus einer Höhe von 3 Metern ein Mauerstein auf den Kopf fiel. Er erlitt dadurch

eine 5 Zentimeter lange, bis auf den Knochen gehende Wunde am Hinterkopf und mußte sich, da die Wunde stark blühte, nach der Unfallstation in der Herzstraße begeben, wo sie ihm verbanden wurde. Dann konnte er seine in der Nähe liegende Wohnung aufsuchen.

Schöneberg.

Perfekt geworden ist am Sonntag in einer Versammlung die „Unabhängige Vereinigung“, die sich aus 27 bürgerlichen Stadtverordneten zusammensetzt. Die Herren haben sich ein nach außen schön klingendes „Programm“ gegeben und könnten, wenn sie wollten, auf manche kommunalpolitischen Angelegenheiten einen gewissen Einfluß ausüben. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint man aber selbst in den eigenen Reihen noch recht pessimistisch zu sein. Ein Fraktionszweig soll nämlich nur bei „wichtigen“ Vorlagen nach vorheriger Abstimmung ausgearbeitet werden, sonst kann jeder machen, was er will.

Grünau.

Die ganze Herrlichkeit eines Submissionsbaues stürzte am vergangenen Sonnabend mit donnerähnlichem Getöse zusammen, wobei beinahe noch fünf blühende Menschenleben verschüttet wurden, die mit Dichtungsarbeiten am Boden der Märbassins oder Sandfängen beschäftigt waren. Dieser Bau wurde von einem jeden Konstruktionskennner als eine riesige runde Mausefalle von 15 Meter Durchmesser und 7 Meter Tiefe beurteilt, mit der Zweckbestimmung, daß arbeitende Menschen sich dort hineinbegeben müssen und in Lebensgefahr kommen. Die Ueberdachung war von viel zu schwacher Konstruktion, und es wurden hunderte von Zentnern Erde darauf geschüttet. So ereignete sich der Zusammenbruch, bevor noch die Kanalisation in Betrieb gesetzt wurde. Nicht weniger denn 30 000 M. soll dieser Teil des Kanalisationsbauwerkes kosten. — Wir haben auf die Mängel dieser ganzen Anlage schon mehrfach, zuletzt Mitte Dezember, hingewiesen, aber unsere damalige Kritik war noch viel zu gelinde, heute zeigt es sich, wie recht wir hatten.

Unser Meinung nach trifft die Hauptschuld das Unwesen, dem niedrigsten Unternehmerangebot den Zuschlag zu erteilen. Das niedrigste Angebot kann nur auf Kosten der Arbeitslöhne und Verwendung mangelhaften Materials geschehen. Aus den Arbeitern soll dann alles herausgeholt werden, und da sich zu den von den Unternehmern gebotenen niedrigen Löhnen tüchtige Arbeiter schwerlich finden, müssen dann ausländische Arbeiter herangezogen werden, die für ein Butterbrot die Arbeiten leisten. Es sind doch diesbeisenden Unternehmer, die sonst nicht genug über die vaterländischen Sozialdemokraten schimpfen und vom Schutz der nationalen Arbeit sagen können.

Reinickendorf-West.

Eine kombinierte Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Reinickendorf-West, Zegel und Vorflughalde tagte am 28. Januar bei Franke, Eichhornstraße. Für die Zeitungskommission wurden Neuwahlen vorgenommen, aus denen für Zegel Messer und Reinick, für Reinickendorf-West Bode und Reuhoff und für Vorflughalde Rudow und Voigt hervorgingen. Dem Expediteur wurde eine Zulage von 30 Mark bewilligt. Unter Verschiedenes wurden einige Beschwerden über zu späte Zustellung der Zeitung vorgebracht, moniert wurde auch die schwache Beteiligung.

Rudow.

Ein Fackelzug in Rudow wurde am Sonnabend, den 27. Januar, aus Anlaß des Geburtsfestes des Kaisers veranstaltet. Trotdem die Straßen in Rudow am Sonnabend zu einem solchen Spaziergang des vorhandenen Morales wegen nicht gerade einladen, hatte es sich eine größere Anzahl von „Patrioten“ nicht nehmen lassen, ihrer patriotischen Gesinnung durch einen von einer Musikkapelle begleiteten Fackelzug Ausdruck zu verleihen. Wirklich rührend war es mitanzusehen, wie diese braven Männer mitten auf der Straße im Schlanun umherparadierten. Beteiligt waren an dieser edlen Tätigkeit: der Kriegerverein Rudow, die freiwillige Feuerwehr, ein Gesangsverein, ein Turnverein, sowie ein reichsteuere „Arbeiterverein“, wozu letzterer sich hin und wieder der Anwesenheit der bekannten Herren Hammer und Felsch zu erfreuen hat, durch deren Protektion diesen Leuten jährlich einmal Preßlohlen zu etwas herabgesetzten Preisen vermittelt werden. Als Entgelt haben die Mitglieder des Vereins auf eine eigene politische Meinung zu verzichten, vor allen Dingen haben sie sich dem in Rudow bestehenden sozialdemokratischen Wahlverein fernzuhalten. Auch die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr waren in ansehnlicher Zahl vertreten, um beim hellen Schein der brennenden Fackeln den umherstehenden Neugierigen ihre Uniform zeigen zu können. Wir meinen allerdings, daß die Feuerwehr andere Aufgaben zu erfüllen hätte, als durch das Umherparadieren mit brennenden Fackeln und Abstreifen von Feuerwerkskörpern in einem Dorf die Feuergefahr möglicherweise zu erhöhen. Auf einen unserer Parteigenossen, welcher sich am Sonnabend nach Rudow begeben hatte, um im dortigen Wahlverein einen Vortrag über das sozialdemokratische Parteiprogramm zu halten, machte die ganze Veranstaltung den Eindruck, als ob er sich in Moskau oder einer anderen russischen Stadt befände, welche durch Straßenschlachten und Feuerbrünste in Aufregung versetzt wurde. Frauen und kleine Kinder „paßten“ ebenfalls bis an die Knöchel im Morast umher, ohne daß die Frauen auf die unzulängliche Bekleidung der Kinder bei dem stürmischen und regnerischen Wetter achtgegeben hätten. In der Versammlung des Wahlvereins stellte sich heraus, daß die Wahlvereinsmitglieder fast vollständig erschienen waren, um sich über das Programm der Sozialdemokratie Klarheit zu verschaffen. Der Eindruck, der hierdurch erweckt wurde, hob alle unangenehmen auf der Straße empfundenen Eindrücke auf. Unser Genosse ließ es in der Versammlung auch nicht an der Aufmunterung fehlen, und so war trotz aller Feuerwerks und aller patriotischen Illumination der Verlauf der Versammlung ein solcher, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. In der Diskussion kam noch die Tatsache zur Sprache, daß vor etwa Jahresfrist in Rudow eine ganze Anzahl von Steuerzahlern, ohne daß sie gegen die Höhe der von ihnen geforderten Steuern reklamieren hatten, auf eine weit niedrigere Steuerstufe gesetzt worden sind. Ein „Entgegenkommen“, das man sonst nicht häufig antrifft. Da aber das Gemeindevahlrecht an einen Satz von 4 M. jährlicher Steuern gebunden ist, so sind alle diejenigen, denen man so viel Rücksicht angedeihen ließ, bei der demnächst stattfindenden Gemeindevahl nicht wahlberechtigt. Die Arbeiter können sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Herabsetzung in die niedrige Steuerstufe nur zu dem Zweck erfolgt ist, um sie von der Wahl fernhalten zu können.

Teltow.

Stadtverordneten-Versammlungsbericht. Am Donnerstag fand die erste Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre statt. Zunächst wurden die neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten in ihr Amt eingeführt. Unter diesen befand sich auch unser Parteigenosse Karl Geniert. Bei der Wahl zu den Deputationen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und der bürgerlichen Mehrheit. Die letzteren hatten in einer Vorbesprechung bereits alle wichtigen Deputationen besetzt und nur in die weniger wichtigen teilweise unsere Vertreter gnädigst zugelassen. Gegen dieses Verfahren wandten sich unsere Genossen mit aller Schärfe. Die Kennzeichnung eines bürgerlichen Stadtverordneten und Inhaber des hiesigen Magistratsmoniteurs sowie überhaupt der ganzen Bierhanpolitik dieser Herren, trug dem Genossen Räder einen Ordnungsruf ein. Der Gekennzeichnete veranstandete mit seinem Anhang einen Laer, daß der Vorsteher alle Mühe hatte, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Das Schwänzen der bürgerlichen Vertreter in den Kommissionen wurde vom Genossen Franke gebührend gegeißelt. Der Abtötung einer Restschuld der freiwilligen Feuerwehr aus überschüssigen Umsatzsteuermitteln wurde debattelos zugestimmt. Die

Schuld war entstanden durch die Anschaffung von Gerätschaften. Für diesen Zweck hatte zurzeit ein Lokalspatiot der Wehr in uneigennütziger Weise zu 4 1/2 Proz. Geld geliehen. — Hierauf erfolgte Kenntnisnahme und Genehmigung eines notariellen Vertragsabchlusses zwischen der Stadtgemeinde Teltow und der Teltower Kanalerrain-Aktiengesellschaft. Die Auswahl des der Gemeinde nach dem Vertrage zuziehenden 3 Proz. Landes fiel auf ein Grundstück am Kanal, an der Zehlendorfer Chaussee gelegen. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Kautionsregelung der Teltower Boden-Aktiengesellschaft und Beschlußfassung über den Vertragsentwurf. Letzterer wurde angenommen und er soll noch einer juristischen Prüfung unterzogen werden.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde ein Antrag des Magistrats verhandelt, anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars eine Wohltätigkeitsstiftung von 6000 M. zu gründen. Dieser Antrag, gegen den unsere Vertreter entschiedenen Protest einlegten, wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Mariendorf.

Am Sonnabend, den 3. Februar, hält der Wahlverein für Mariendorf und Umgegend im Lokale des Genossen Vorfeldt, Mariendorf, Feldstr. 44, sein Stiftungsfest ab. Der Arbeiter-Turnverein Kempelhof-Mariendorf, der Arbeiter-Radfahrverein Mariendorf-Kempelhof sowie der Künstlerverein „Stern“, Mariendorf, haben sich bereit erklärt, das Fest verschönern zu helfen. Es kann daher den Genossen nur empfohlen werden, die Veranstaltung zu besuchen.

Mühlenbeck.

Auf dem durch das milde Wetter schon recht morsch gewordenen Eise ist am Sonntag der zwölfjährige Sohn der Knappe'schen Eheleute in der benachbarten Mönchsmühle eingebrochen. Ehe man sich verhas, verstand der Knabe im Wasser. Obgleich dieser Vorgang von dort beschäftigten Arbeitern sofort bemerkt wurde, vergingen doch circa 9 Minuten, ehe man des Kleinen habhaft werden konnte. Nach großen Schwierigkeiten gelang es, ihn wieder ins Leben zurückzurufen.

Potsdam.

Ein Todesfall in der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische, die sich an der Saarmünder Chaussee bei Potsdam befindet, beschäftigte am Montag und Dienstag das Potsdamer Schwurgericht, vor dem sich der ehemalige Krankenwärter, jetzige Arbeiter Robert Grandt, wegen vorsätzlicher Körperverletzung, durch welche der Tod des Epileptikers Arbeiters Uhlig erfolgte, zu verantworten hatte. Letzterer befand sich seit einiger Zeit in der Anstalt und zwar nicht nur als Epileptiker, sondern auch als Idiot. In seinem geistesgestörten Zustand machte er den Wärtern viel zu schaffen, so daß er bei ihnen nicht sehr beliebt war. Anfang Mai vorigen Jahres herrte G. und noch einige andere Wärter den Angeklagten hohnlachend in einer Krankenzelle ein und als am 10. Mai vorigen Jahres dem Angeklagten gemeldet wurde, Uhlig habe seinen Kaffee in seinem Bett verschüttet, und er darauf zu ihm ging, wurde ihm von dem Kranken die Hand zerkratzt. Grandt holte sich darauf den Wärter Holz zur Hilfe herbei. Sie trafen Uhlig, der auf ärztliche Anordnung auf einem Strohsack an der Erde lag, wie er sich schlafend stellte. Der Angeklagte Grandt versetzte ihm darauf einen Fußtritt gegen die Seite. Uhlig schrie laut auf und wurde nun von Grandt und Holz gepackt, wobei beide auf ihm knieten, um ihm gewaltsam die Fingerringel zu verschneiden. Als einige Stunden später der Arzt Dr. Sprengel erschien, sagte Uhlig über Rippenbrüche und Schmerzen und der Arzt konstatierte einen Rippenbruch auf der rechten Seite. Bald trat bei Uhlig Benommenheit und Erbrechen ein und am 13. Mai verstarb derselbe an Herzlähmung und Nierenkrankung. Die beiden Wärter wurden nach der Tat sofort aus der Anstalt entlassen. Die ärztlichen Sachverständigen Dr. Sprengel und Kreisarzt Dr. Meyer waren darüber gegenteiliger Ansicht, ob der Tod Uhligs in Zusammenhang mit dem durch den Fußtritt oder durch das Knien auf ihm herbeigeführten Rippenbruch stehe. Die Geschworenen verneinten deshalb die Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Eine böse Schwiegermutter. Unter der Anklage, seine Schwiegermutter mit einer Bierflasche toteschlagen zu haben, hatte sich am Dienstag vor dem Potsdamer Schwurgericht der Arbeiter Friedrich Wittig aus Korfert, Maffowburg bei Brandenburg a. N. zu verantworten. Der 33jährige Angeklagte ist ein ordentlicher Arbeiter, der mit seiner Schwiegermutter, dem Arbeiter Gröderschen Ehepaar, stets in einem Hause zusammen wohnte. Seine 63jährige Schwiegermutter war aber als zänkisch allgemein bekannt und so begte sie denn auch ständig ihre Tochter gegen den Ehemann auf, so daß dadurch der eheliche Friede häufig gestört wurde. Wittig belam von seiner Frau und Schwiegermutter wiederholt die Worte zu hören: „Du Anecht hast gar nichts zu sagen.“ Er ärgerte sich umso mehr darüber, als er zum größten Teil der Ernährer der ganzen Familie war. Am 16. September vorigen Jahres machte er abends seiner Frau darüber Vorstellungen, daß sie von seinem Verdienst den Schwiegereltern Geld zur Miete gegeben, während die eigene Miete noch nicht beisammen sei. Darüber kam es zum Streit, bei dem Wittig, schon im Bett liegend, von seiner Frau und den Schwiegereltern überfallen wurde, wobei man ihm das Hemd vom Leibe riß. Am Sonntag, den 17. September, entbrannte der Streit aufs neue, weil Wittig seiner Frau darüber Vorhaltungen machte, daß sie den Trauring abgezogen habe. Frau Wittig nahm eine leere Bierflasche, um damit zu schlagen, während deren Mutter auf Wittig mehrere Male mit einem Besenstiel einschlug. Dieser entriß nun seiner Frau die Bierflasche und schlug damit in der Notwehr um sich. Hierbei traf er seine Schwiegermutter gegen die rechte Schläfe, wodurch die Schädeldede zertrümmert wurde und die alte Frau am 25. September im Krankenhaus zu Brandenburg a. N. an den Folgen der Verletzung verstarb. Die Geschworenen verneinten sowohl die auf vorsätzliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, wie die auf fahrlässige Körperverletzung lautenden Schuldfragen. Der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

Berliner Nachrichten.

Zeitvertreib.

Während sich das Proletariat heiser schreit über die Teuerung der Lebensmittel, während ein großer Teil derselben sich Sorge macht, wo es für die nächste Woche, vielfach für den nächsten Tag etwas zu Essen hernehmen soll, zerbrechen sich die Angehörigen der besitzenden Klasse den Kopf, wie sie sich am besten die Zeit vertreiben. Eine Kategorie verfällt auf den Gedanken, auch in den Wintermonaten der Reichshauptstadt den Rücken zu kehren und im sonnigen Süden an der Riviera das Leben zu genießen; andere begeben sich nach Tirol, um sich an den Wintersportfesten zu ergötzen; wieder andere nehmen die „Saison“ in Berlin wahr und rasen von einem Vergnügen zum anderen. Schließlich aber werden die Herrschaften übersättigt und es wird auf Abwechslung gefommen, es muß etwas Neues sein; etwas Besonderes, was Abwechslung bietet. Ein solches Neues scheint jetzt das Musikreiten zu sein; uns wenigstens, die wir auf diesem Gebiete vollständig Laien sind, scheint das so. Ueber dieses Musikreiten finden wir in der „National-Zeitung“ eine Schilderung, die uns schon der Personen wegen, die ganz gut die notleidende Landwirtschaft präsentieren könnten, der Wiedergabe wert erscheint.

In der Schilderung heißt es: „Die frequentiertesten Musikreiten finden in der Reithalle am Brandenburger Tor Sonntag von 12 bis 1 und Mittwoch und Freitag von 8 1/2 bis 9 1/2 abends statt, ferner bei Veermann, Gärdenbergstraße am Bahnhof Zoologischer Garten Dienstag von 4 1/2 bis 7 und im Luisentatterfall, gegenüber der Wohnung des Reichstagspräsidenten, Schiffbauerdamm, Ecke Luisenstraße, und zwar Sonntag von 12 bis 1 und Mittwoch von 2 1/2 bis 4. Besonders am letztgenannten Tage gibt sich die gesamte Gautevolee Berlins und die Familien, die den Winter hier verleben, Rendezvous. Hier reiten Damen und Herren, Aristokratie und Diplomatie, Zivil und Militär. Hört man bei den diversen Begrüßungen all die Namen, so ist es, als ob man im Gothaer Hof- und Adelskalender blättern würde. Wir sehen hier „den Mecklenburger“ von den 2. Gardedragonern, wie der Major Adolf Friedrich Albrecht Heinrich Herzog zu Mecklenburg kurz genannt wird, den Prinzen Edmund von Brede von den 2. Gardedulanen, der sich erst im vorigen Winter von den bayerischen Mänen aus Bamberg in die preußische Armee begeben ließ, den Grafen von Beroldingen, Major beim Stabe desselben Regiments, den Grafen Koedern, Kommandeur der 1. Gardedragoner, der auch als Offizier des Gardesirassierregiments schon ein häufiger Gast war, die Leutnants von Heyden, von Trotha, ebenfalls von den 1. Dragonern, Oberleutnant von Schlad, der schon vor seiner Veretzung zur Gardesabatterie als 4. Dragoner in Lüben auf dem Rennplatz als ganz junger Offizier Erfolge aufzuweisen hatte, ferner unter vielen anderen die Herren von Lötbede, von Graevenitz, v. d. Heydt, von Kessel, Graf Kanitz, v. Wedel, v. Kleist zum Teil mit ihren Frauen, zum Teil mit ihren Schwestern oder auch allein. Aus Schlesien sehen wir die Grafen Saurma, Ballesirem, Schweinitz, Pfeil, Dolma, Sierstorff, die Herren von Sieres, Oheimb und Britzow. Ein Anrecht, hier genannt zu werden, verdienen auch die Gebrüder Steensbed und Herr von dem Knobelsdorf, die ihre Kräfte und langjährige Reitererfahrung ganz in den Dienst des Luisentatterfalls gestellt haben und mit Recht zu den besten und elegantesten Schulreitern Berlins gehören. Gegen 1/4 werden Hürden aufgestellt, wodurch für Reiter und Zuschauer ein neues interessantes Bild entsteht. Nach Schluß werden die draußen ihrer Besitzer harrenden Equipagen und Automobils bestiegen oder es geht zu Fuß, um auch noch etwas für seine Bildung zu tun, in Schultes Kunstsalon, wo man gemeinsam sein Urteil über die neuesten Kunstwerke abgibt. Hierauf wird der five o'clock eingenommen und dann heißt es schnell wieder Toilette machen für eine Wohltätigkeitsvorstellung oder ein Konzert, für Theater oder einen jour fixe.“

Es muß für diese Gesellschaftsschichten wirklich nicht leicht sein, die Zeit hinzubringen. Ja, ja, die Bourgeoisie hat's nicht leicht; sie ist wirklich nicht zu beneiden!

Die Klassenfrequenz der Berliner Pflichtfortbildungsschule.

In der „Pädagogischen Zeitung“ wird geklagt, daß in den neuen Pflichtfortbildungsschulen Berlins die Besetzung der Klassen zu hoch sei. Als Beispiel nennt das Blatt für die 31 Abteilungen einer dieser Fortbildungsschulen die Frequenz aus einer Woche des laufenden Winterhalbjahres. Die Schülerzahl lag für 18 Abteilungen zwischen 30 und 40, für 6 Abteilungen unter 30 bis hinab zu 23, für 7 Abteilungen über 40 bis hinauf zu 50.

Hauptächlich aus solchen Frequenzen und der durch sie bedingten Erschwerung des Unterrichtes erkläre es sich, daß schon am Ende des ersten Semesters — die Berliner Pflichtfortbildungsschule steht jetzt erst in ihrem zweiten Semester — so mancher Lehrer, der mit Begeisterung begonnen hatte, auf weitere Tätigkeit an dieser Stelle verzichtet habe. „Es ist“, so schreibt das Lehrerblatt, „eine auffällige Erscheinung, daß eine bedeutende Anzahl von Lehrern so bald der Sache überdrüssig wurden in dem Gefühl, mit ihrer Kraft — namentlich mit ihrer Kräftekraft — den Anforderungen auf die Dauer nicht gewachsen zu sein, die die Fortbildungsschule an sie stellte. Und diese Zahl wird sich ganz sicher mit Ablauf des jetzigen Semesters erhöhen... Die Ursache dieser Erscheinung mag ja wohl auch darin liegen, daß nicht jeder Lehrer sich zum Fortbildungsschullehrer eignet, und daß mancher seine Kraft und sein Geschick überschätzt hat. Sie liegt aber zum größten Teil in einem Mangel der Organisation: in der zu starken Besetzung der Klassen.“

Dem gegenüber wollen wir daran erinnern, daß im Herbst 1904, als die Stadtverordnetenversammlung über die Einführung der Pflichtfortbildungsschule zu beraten hatte und ihre Beschlüsse faßte, die sozialdemokratische Fraktion vor zu hohen Klassenfrequenzen gewarnt hat. Nur von mäßigen Klassenfrequenzen war der Erfolg zu erwarten, den sie der Pflichtfortbildungsschule im Interesse der heranwachsenden Jugend wünschte. Damals wollten unsere Genossen zunächst nur versuchen, die Maximalfrequenz auf 40 herabzudrücken, aber selbst das war der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten schon zu freigebig. Auf Antrag der Fraktion des Herrn Caspel, des bekannten „Schulfreundes“, beschloß die Mehrheit, daß die Schülerzahl „möglichst“ nicht über 40 betragen solle. Zur Begründung dieses eingeschobenen „möglichst“ wurde ausdrücklich erklärt: „Damit die scharfe Grenze bezüglich der Zahl 40 auch einmal überschritten werden kann.“ Wie weit sie in einzelnen Klassen überschritten worden ist, das zeigen die oben angeführten Zahlen. Es ist nun mal das Schicksal all solcher lauschaftartig dehnbaren Bestimmungen, daß die Dehnung bis zur äußersten Grenze des Möglichen getrieben wird, und das ist meist auch die Absicht derjenigen, die solche Bestimmungen anregen und durchzusetzen wissen.

Die Lehrer sind übrigens die letzten, die ein Recht hätten, darüber zu klagen, daß es so gekommen ist. Gerade unter den Lehrern stehen sehr eifrige Schüler jenes Kommunal-liberalismus, der die Entwicklung unseres Schulwesens durch seine Schabigheit aufhält und beinträchtigt. Die Lehrerschaft ist ja in Berlin die allgetreueste Schutztruppe des im Rathaus herrschenden Freijuns. Wir erwarten heute von der Berliner Lehrerschaft nichts mehr für den Kampf gegen den schulfreudigen Kommunal-liberalismus.

Die Vermehrung der Selbstmorde in Berlin, die nach 1900 auffällig herabgetreten war und dann einige Jahre hindurch angebaut hatte, schien im Jahre 1904 zum Stillstand kommen zu wollen. Für das Jahr 1905 ist aber jetzt eine erneute und bedeutende Zunahme festzustellen. Aus den Jahren 1901, 1902, 1903, 1904 waren 526, 564, 590, 612 Selbstmorde gemeldet worden, für das Jahr 1905

ergibt die Selbstmordstatistik 690 Fälle. Unter den einzelnen Monaten stand diesmal der Mai mit 72 Fällen obenan, während der ihm benachbarte Juni mit nur 45 Fällen die geringste Selbstmordziffer hatte. Wie immer, so war auch diesmal das männliche Geschlecht weit stärker beteiligt als das weibliche. Von der männlichen Bevölkerung entfielen 400 Personen durch Selbstmord, von der weiblichen nur 200. Am stärksten waren die mittleren Altersklassen vertreten, aber leider fehlte es auch nicht an jugendlichen Lebensmüden und selbst an solchen nicht, die noch im schulpflichtigen Alter standen. Zur Altersklasse 10—15 Jahre gehörten 5 Selbstmörder, zur Altersklasse 15—20 Jahre bereits 53. Ihre Gegenstücke bilden jene anderen Lebensmüden, die im hohen Greisenalter, schon nahe dem Grabe, noch Hand an sich legten. Zur Altersklasse 70—80 Jahre gehörten noch 28 Selbstmörder, zur Altersklasse 80—90 Jahre noch 6.

Die Berliner Gemeindebehörden erwägen, wie die „Allg. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, angesichts des Ausfalles, der an den Untersuchungsgebühren für das von auswärtig eingeführte, bereits amtlich tierärztlich untersuchte Fleisch durch die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und des preussischen Ausführungsgesetzes entstanden ist, die Einführung der Verpflichtung für die Fleischer und Fleischhändler, das eingeführte Fleisch durch Plakate als solches kenntlich zu machen und getrennt von dem im Berliner Schlachthaus geschlachteten feilzubieten. Auch soll man mit dem Gedanken umgehen, die Berliner Markthalen dem von auswärtig eingeführten Fleisch zu verschließen, falls dieses Fleisch nicht freiwillig der Untersuchung unterworfen wird.

Die elektrische Hoch- und Untergrundbahn hat im Jahre 1905 nach vorläufiger Feststellung insgesamt 34 529 300 Personen befördert. Nachdem am 16. Februar 1902 die Oststrecke, am 25. März die bis zum Zoologischen Garten und am 14. Dezember bis zum Anie eröffnet worden war, war das Jahr 1903 das erste des vollen Betriebes. 1903 wurden nun 29 628 403 Personen, 1904 dagegen 32 117 742 Personen befördert. Die Steigerung des Betriebes betrug also im zweiten wie im letzten Jahre des vollen Betriebes etwa 2 1/2 Millionen Personen, so daß die Entwicklung eine ganz stetige ist. Vom Hundert betrug der Zuwachs im zweiten Jahre 8,41, im letzten Jahre 7,51. Fast ebenso stetig ist die Entwicklung des Verkehrs auf der der Hochbahngesellschaft gehörigen und von ihr betriebenen Straßenbahn Warschauer Brücke—Zentralviehhof. Diese hat im Jahre 1905 3 495 287 Personen befördert. 1904 betrug der Gesamtverkehr 3 102 678 Personen, 1903, ebenfalls dem ersten vollen Jahre des Betriebes, 2 507 649. Der Zuwachs betrug also im zweiten Jahre des Betriebes etwa 600 000, im dritten 400 000 Personen.

Das Polizeibürogebäude am Alexanderplatz, der Dirksenstraße und Alexanderstr. 3/6 belegen, gehört der Stadt Berlin. Sie bezieht daselbst 54 140 M. Miete für die Büros der I. Abteilung und für die Dienstwohnungen. Ferner erhält die Stadt 1720 M. für einen als Waffen- und Munitionszimmer benutzten Raum, sowie für zwei Zimmer, die dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt dienen. Außerdem noch 3000 M. für einen Saal und drei Zimmer im zweiten Stock und 300 M. für die Mitbenutzung des hiesigen Polizeigefängnisses durch die Schöneberger und Rigdorfer Polizei, so daß jetzt rund 60 000 M. Mieten von dem Grundstück einkommen, während die übrigen Räume dem Polizeipräsidium mietsfrei überlassen worden sind.

Die Ausrüstung von Schuhmannspatrouillen mit Revolvern scheint demnächst zur Einführung zu kommen. Probeweise sind schon seit Wochen eine Anzahl von Polizeibeamten, die an den Außenbezirken Patrouillengänge tun, mit Schusswaffen versehen. Die Waffen werden über den Mantel umgeschminkt getragen und stecken in einer Ledertasche an einem Leibriemen.

Darum diese neue Maßregel getroffen werden soll, ist bis jetzt noch keiner Richtung hin begründet worden. Sollte dieselbe zur Sicherheit der Beamten geschehen, so sind und wenigstens keinerlei Fälle bekannt geworden, aus denen gefolgert werden könnte, daß die bisherige Ausrüstung der Schulleute nicht genügt hätte. Im Gegenteil scheint eine derartige Anordnung nur geeignet, Beunruhigung unter dem Publikum hervorzurufen. Gibt man erst den Beamten Schusswaffen in die Hand, so ist auch ein Mißbrauch keineswegs ausgeschlossen. Schließlich ist doch über Berlin noch nicht der Belagerungszustand verhängt.

Für die Unterflößerbahn Potsdamer Platz—Spittelmarkt, welche Teilstrecke bekanntlich nach Genehmigung des Vertrages zuerst in Angriff genommen werden soll, werden gegenwärtig — behufs Erforschung der Bodenverhältnisse — auf dem Wilhelmplatz Bohrvorversuche gemacht. In einer Tiefe von über 20 Metern fand man hier gestern noch ziemlich groben Sand. Ueber die tiefer gelegenen Schichten dürften die weiteren Bohrungen noch Aufschluß geben. Die bisherigen Resultate lassen immerhin schon darauf schließen, daß man einen leidlich günstigen Baugrund antreffen wird, ähnlich wie auf dem Leipziger Platz. Freilich wechselt die Bodenbeschaffenheit der unteren Schichten in der Stadt ziemlich oft. Die Baugrube der Unterflößerbahn wird sich auf der südlichen Seite des Wilhelmplatzes befinden, der, wie gemeldet, nach dem Plane des verstorbenen Tiergartenstadtdirektors Geitner umgewandelt und dem Verkehr erschlossen werden soll. Nördlich und südlich der in der Mitte verbleibenden Schmutzanlagen werden Fahrstraßen den Platz von Osten nach Westen — im Zuge der Mohren- und Hofstraße — durchqueren, ohne daß die mittleren Schmutzanlagen, die Denkmäler usw. davon berührt werden.

Die Königl. Eisenbahndirektion schreibt und: In Nr. 19 Ihres Blattes vom 24. Januar d. J. ist auf eine für die Reisenden unannehme hässliche Veränderung im Bahnhof Alexanderplatz hingewiesen worden, die nach Ihrer Ansicht eine schärfere Trennung des Stadt- bahnd Verkehrs vom Fernverkehr bezwecken soll. Diese Annahme ist unzutreffend. Die Sperrung des Durchganges von der Vorhalle für den Stadtverkehr zu den Räumen für den Fernverkehr ist lediglich auf den von uns als berechtigt anerkannten Wunsch des Herrn Polizeipräsidenten erfolgt, um die Königsstraße vor dem Eingang zur Vorhalle für den Stadtverkehr zu entlasten.

Eine neue Spezialität von Einbrechern scheint es jetzt auf die Bureau verschiedener Stattenverwaltungen abgesehen zu haben. Zu Pfingsten vorigen Jahres erfolgte ein Einbruch in das Verbandsbureau der Buchdrucker, wo sie 30 000 M. erbeuteten. Kürzlich mußten wir von Einbrechern in die Kassenträume der Ortskrankenkasse für die im Gastwirtschaftsgewerbe beschäftigten Personen und das der Maler berichten. Jetzt wird wieder mitgeteilt, daß in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Einbrecher das Bureau der Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe, Alexanderstraße 44, heimgelacht haben. Gestern früh wurde entdeckt, daß beide Geldkassette angebrochen waren. Den Einbrechern fielen 200 M. in die Hände; jedenfalls sind dieselben gestört worden, sonst würde die Beute größer gewesen sein.

Strengere Vorschriften über die Abgabe von Lysof verlangt die Kammer der Provinz Brandenburg. Der Lysofverkauf soll den Vorschriften betreffs Abgabe stark wirkender Arzneimittel unterliegen. In der Begründung des Antrages wurde besonders auf die leichte Erreichbarkeit dieses starken Giftes hingewiesen.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittag auf dem Siemens-Schudertwerke am Ronnenbäum. Dort war der 32jährige Mechaniker Max Herbst aus Spandau mit Reparaturarbeiten an einem Lastenfahrstuhl beschäftigt. Er stand in der zweiten Etage und hatte dort die zum Fahrstuhl führenden eisernen Türen herausgenommen. Um eine Schraube zu untersuchen, stieg er auf eine gegen die Seitenwand gelehnte Leiter. In dem Augenblick, wo er dem Fahrstuhlschacht den Rücken zuwandte, kam

er mit Lasten und drei Personen besetzte Fahrstuhl nach oben gefahren und quetschte dem nichtsahnenden Mechaniker die Schädeldecke vom Kopfe ab. Auch die Insassen des Fahrstuhls hatten von dem traurigen Vorgang nur ein sonderbares Knirschen gehört und waren erschaut und entsetzt, als ihnen bei ihrer Ankunft in der dritten Etage die Schädeldecke des Getöteten plötzlich zu ihren Füßen fiel. Der Körper des Verunglückten war in die Tiefe gestürzt. Die Leiche war bis gestern noch nicht von der Spandauer Polizei zur Beerdigung freigegeben. Der Verunglückte war der einzige Sohn und Ernährer seiner betagten Mutter.

Bei einem Automobilunfall in der Friedrichstraße ist gestern der 52 Jahre alte Almosenempfänger Josef Bachnagel schwer verunglückt. Der holländische Mann wollte an der Taubenstraße den Fahrweg der Friedrichstraße überschreiten und wurde dabei von dem Automobil Nr. 2509 umgerissen und überfahren. Der Verunglückte wurde sofort nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wobei ihm außer Hautabschürfungen ein komplizierter Oberschenkelbruch festgestellt wurde. Nach Anlegung von Rotverbänden kam er in das Krankenhaus Moabit.

Unfall eines Aesfiniers beim Fechten. In Gastons Panoptikum, wo seit einiger Zeit Eingeborene Assens auftreten, hat sich während der Vorstellung ein bedauerndes Versehen zugetragen. Beim Fechten mit langen Messern verfechtete einer der Schwärzen seinem Landesbruder mit der scharfen Messerlance einen so wichtigen Hieb auf die rechte Hand, daß der Gelenkknöchel des Mittelfingers vollständig durchgeschlagen wurde. Der Schwerverwundete erhielt die erste Hilfe auf der Rettungswache in der Mauerstraße.

Einem Stadtbahnbediener in die Hände gefallen ist in der gestrigen Nacht der Kaufmann H. aus Charlottenburg. Er hatte auf dem Schlesischen Bahnhof einen Stadtbahnzug bestiegen und war auf der Fahrt nach Westend eingeschlagen. Auf dem dortigen Bahnhof machte H. die unangenehme Entdeckung, daß man ihn gefesselt hatte. Er vermehrte seine Taschenuhr samt der Uhrkette, das Portemonnaie mit 5 M. 80 Pf. Inhalt und eine Wochensahelkarte für die Strecke Wilbau—Charlottenburg.

Mit seinem Automobil verschwunden ist, wie seinerzeit gemeldet wurde, der Malermeister Drabant, Kurfürstendamm 241 wohnhaft, der am 16. November vorigen Jahres zur Jagd nach Spremberg fahren wollte. Er hatte auch seinen Jagdhund mitgenommen, doch kehrte das Tier am Abend desselben Tages allein nach Hause zurück. Ueber den Verbleib des Malermeisters und seines Automobils konnte bisher trotz polizeilicher Nachforschungen nichts festgestellt werden. Er lebte in durchaus geordneten Verhältnissen und ist daher kaum anzunehmen, daß er Selbstmord verübt hat oder sich absichtlich und bewußt seiner Wohnung fern hält.

Durch einen jugendlichen Lebensretter ist gestern ein schwerer Unglücksfall verhütet worden. Auf einem Dampfersteg bei Heiligensee spielten gestern nachmittags mehrere Kinder, darunter ein fünfjähriges Mädchen, welches plötzlich das Gleichgewicht verlor und in die Havel stürzte. Da an der abgelegenen Stelle kein Verkehr herrscht, so sah die Kleine verloren zu sein. Der Unglücksfall war jedoch von einem etwa eifährigen Knaben beobachtet worden, der, ohne sich lange zu bestimmen, in das Wasser sprang und mit wenigen Schwimmstößen die Stelle erreichte, an welcher das Mädchen hineingestürzt war. Es gelang ihm auch, die Kleine sofort zu erfassen und nach dem Ufer zu schaffen. Das Mädchen hatte keinerlei Schaden genommen und konnte sofort den Eltern zugeführt werden.

Berliner Adressbuch. Der erste Nachtrag zum diesjährigen Adressbuch gelangt von heute ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit dem Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Geschäftseröffnungen, Wohnungsverlegungen, Zugänge von außerhalb usw. und bildet somit eine wesentliche Ergänzung und Bereicherung des Hauptbuches. Der Nachtrag wird in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW. 68, Zimmerstraße 37—41, und in dessen sämtlichen Filial- expeditionen an die Besitzer der Hauptausgabe 1906 unentgeltlich verabfolgt. Der zweite Nachtrag, welcher die weiteren Veränderungen, Umzüge usw. berücksichtigen wird, erscheint anfangs Mai.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ von den Berliner Theaterdirektoren kontrolliert! Infolge fortgesetzter unverhältnismäßig hoher Veranschlagung der Injektionsgebühren für die Anzeigen der Berliner Theater, deren Ankündigung im Interesse des theaterbesuchenden Publikums liegt, haben die Direktoren sämtlicher Berliner Theater einstimmig beschlossen, ab Donnerstag, den 1. Februar d. J., dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ ihre Inserate zu entziehen.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird sich daraus wohl nicht allzu viel machen; er mag eher ohne die Anzeigen der Berliner Theater auskommen, als die Theater ohne seine Reklamen, die er bei Aufgabe von Inseraten für sie macht.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Donnerstag, den 1. Februar d. J., abends 8 1/2 Uhr, Herr Professor Dr. C. F. Lehmann-Haupt seinen Vortragskursus über „Schlommans Ausgrabungen und ihre historische Bedeutung (die milteneische Kultur)“ im Vortaal des Museums für Völkertunde, SW., Königsgrabenstr. 120. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. (für alle 8 Abende) sind zu haben in den bekannten Verkaufsstellen sowie am ersten Abend am Eingang zum Vortaal.

Einer der langgesuchten Kupferdraht- und Zindiebe ist jetzt verhaftet worden. In einer der letzten Nächte machte ein Wächter auf dem Grundstück Alt-Vorhagen 13 die Wahrnehmung, daß dort ein Diebstahl verübt worden sei. Er unterzog die einzelnen Gebäude einer Kontrolle und entdeckte auf einem Boden im Heu versteckt eine verdächtige Mannesperson. In einer Ecke verborgen stand ein Sack mit etwa 1/2 Zentner Zind, der aus der ansiehenden Fabrik gestohlen war. Der Beamte nahm den überraschten Dieb fest und brachte ihn samt seiner Beute zur Polizei.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 4 Uhr entstand in einem Restaurant in der Elbingerstr. 87 ein Brand, der ein Orchesterion ergriff. Der Feuerwehr gelang es, die Flammen bald zu löschen. In der Koppenstr. 77 kam in einem Bierdestill Feuer aus. Die Pferde blieben unverletzt. — Holz brannte im Keller Gollnowstr. 45, Papier usw. im Keller Linienstr. 213, Stroh usw. in der Kreuz- lauerstraße 58 und Gordinen, Möbel usw. in der Oberbergerstr. 30, Dresdenstr. 84, Plantagenstr. 2 und anderen Stellen. — Ferner hatte die Wehr in der Rosenthalerstr. 72a zu tun, wo durch Kurz- schluß im Kabelkasten der Lichtleitung Feuer ausgebrochen war.

Am Mittwochnachmittag wurde die Feuerwehr dreimal hintereinander nach der Putzmeisterstr. 6 gerufen, wo im vierten Stock des Vorderhauses in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war und bei Ankunft der ersten Löschzüge Möbel, Portieren, Türen usw. brannten. Ferner hatte die Feuerwehr in der Straße Wa. Nr. 2 zu tun, wo das Dach in Flammen stand, und in der Anklamerstr. 30, wo Rauch usw. in Brand geraten war.

Vermischtes.

Auf eine schwimmende Mine gestoßen. Die Generaldirektor Vallsin teilt, ist der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Silvia“, der mit einem großen Transport russischer Truppen vor- gestern von Wladivostok abgegangen ist, auf eine schwimmende Mine gestoßen und im sinkenden Zustande nach Wladivostok zurückgekehrt, wo das Schiff auf Strand gesetzt worden ist, um den Untergang zu verhindern. Der erste Koch Ottomar Schwaibold hat bei dem Un- fälle sein Leben verloren. Das Schiff war zu seinem vollen Werte gegen Minengeschoß versichert.

Attentat im Gerichtssaal. In München wurde heute (31. Januar) Staatsanwalt Müller im Justizpalast während einer Ver- handlung von einem Angeklagten, der einen als Beweisgegenstand vorliegenden eisernen Hammer nach ihm warf, schwer verletzt.

Wenn „sich das Herz zum Herzen findet“.

König Alfons der Junge, der in Spanien Landesvater ist, hat es endlich erreicht. Lange genug war er in Europa umher- gereist, um Ausschau zu halten nach einer Prinzessin, die würdig wäre, den Spaniern Landesmutter zu werden. Nun hat er die Würdige gefunden. Eine Battenbergerin ist es, die Prinzessin Viktoria Eugenie, die „Ena von Battenberg“.

Der frischgebundene Bräutigam hat schon eine lange Verlobungs- geschichte hinter sich — nicht mit seiner Ena, aber mit anderen. Schon als Kind wurde er durch Frau Jarna verlobt: die Großfürstin Helene von Rußland, die Tochter Wladimirs, soll ihm bestimmt gewesen sein. Helene aber fühlte sich wohler unter den Offizieren Petersburgs als an dem Hofe, da Don Alfonso aufwuchs — und Alfonso ging leer aus. Auch die Prinzessin Luise von Orleans, die schon etwas angejahrte Schwester der Königin von Portugal, wurde den Erwartungen zum Trotz nicht seine Braut — ebenso wenig, wie all die anderen Prinzessinnen, die nach ihr an die Reihe kamen. Das Gelingen der Verlobung mit der Prinzessin von Battenberg soll im wesentlichen das Werk der Kaiserin Eugenie von Frankreich sein. Die alte Dame ist Enas Taufpatin. Sie habe — so behaupten bürgerliche Blätter, nicht wir — die Heirat erst dadurch ermöglicht, daß sie die Braut zu ihrer einflügeligen Haupt- erbin erklärte und ihr schon jetzt eine hohe Jahresrente aussetzte. Aber das ist wohl nicht wahr! An Königshöfen gibt's doch wohl nur „Liebesheiraten“?

Die glückliche Braut wird nächsten ihren Uebertritt zum Katholizismus vollziehen. Ein Glück für Don Alfonso, daß sie just in diesem Augenblick ihren wahren Glauben entdeckt hat. Denn sonst hätte er, der Katholik, sie nicht heiraten dürfen. Manchem mag dieser Glaubenswechsel etwas eilig erscheinen: aber wenn „sich das Herz zum Herzen findet“, dann kommt auch in diesem Punkte die Erleuchtung schneller über ein liebedürftiges Menschenkind, als wir Ahnungslosen denken. Ena von Battenberg hat dem Papst bereits mitgeteilt, daß sie sich in den Schoß der katholischen Kirche, der allein selig machenden, flüchten will. Dem Segen des heiligen Vaters hat sie — und Alfonso mit ihr.

Zentralverband der Kreditoren (Mitgliedschaft Berlin). Donner- stag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstraße 57: Versammlung der Kreditoren. 1. „Wie können die Kreditoren die Abschaffung des Post- und Logiszwangs erzwingen?“ Referent: Genosse R. Heyshold. 2. Wahl der Badegasthelfer.

Eingegangene Druckschriften.

- „Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Quartal 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert. Soeben ist das 5. Heft des zweiten Bandes erschienen.
- „Die Ethik“. Kritische Bemerkungen zum Entwurf eines Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. 184 Seiten. Verlag Weisbach, Marbach u. R., Schöneberg-Berlin.
- „Wider aus der Heimarbeit in der Holzindustrie nach Berichten seiner Sachverständigen für die Heimarbeiterversammlung im Jahre 1906.“ 63 Seiten. Herausgeber und Verlag Deutscher Holzarbeiterverband Stuttgart.
- „Leo Tolstoj“. Das Ende eines Zeitalters (Die bevorstehende Um- wälzung). Berechtigte Uebersetzung von Konrad Polin. Preis 1 M. Verlag von Albert Langen in München.
- Dr. H. Thomsen. Grundriß des deutschen Verbrechensbegriffungs- rechts. 104 Seiten. Preis 1 M. Verlag Straupe u. Binkler, Berlin, Potsdammerstr. 108.
- Kultur der Familie. Illustrierte Monatschrift. Nr. 5. Herausgeber H. Pudor. Abonnement vierteljährlich 2,10 M. Verlag H. Pudor, Steglitz, Poststr. 8.
- Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62—65 pr. 100 Pfund, IIa 64—60, IIIa 48—52, IVa 38—46, Kalbfleisch Ia 80—88, IIa 68—78, IIIa 58—68, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 59—65, Schweinefleisch 66—76, Rotwild 0,35—0,50, Damwild 0,45—0,55, Hasen Stütz 3,40—3,85, Kaninchen Stütz 1,00—1,10, Hühner pr. Stütz, alte 1,50—3,00, junge 1,20—1,50, ta. IIa 0,00—0,00, Tauben, junge 0,70—0,72, alte 0,45—0,50. Gänse: junge 2,00. Gänse pr. Pfd. Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, russische 0,40—0,60 M. Schellfisch 22 M. Stüber 12—18 M. pr. 100 Bln. Hechte 1,00 M. Schleie, groß 104 M. Kalle, groß 00—00, mittel 00—00, Köpfe 0,00 M. Karpfen 0,00, Rheinlaichs 675, Seelachs 20—25 pr. 50 R. Schottische Vollerlinge (gelassen) 40—44 M. Eier. Schod 4,00. Butter pr. 100 Pfund Ia 116—118, IIa 112—116, IIIa 108—112, abfallende 00—00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Rosen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Bismarkbohnen pr. Schod 7,00—12,00, Weißbohnen pr. 100 Pfd. 3,75—3,25, Rotbohnen pr. Schod 6,00—10,00, Kohl 15—18 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

- G. S. 100 und S. 15. Wenden Sie sich an die Stützungs- deputation des Magistrats. — Roland S. 1. Geschäftsstelle des Turn- vereins „Fichte“, Berlin O., Köpenicker 24. Arbeiter-Schwimmerbund E. Westmann, Kirchhof, Bergstr. 59. 2. Der Stützklub ist die Zusammen- stellung aller vom Magistrat verordneten Lehren. — C. R. 100. Im Jahre 1893. — N. O. 4 und G. S. 100. Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — F. S. 1000. „Freie Presse“. Monatlich 1,35 M. „Vorwärts“ gratis nicht. — Nicolai Witt. Bei J. Günther, Dresden-U., Siegelstr. 24. — Walter und Overholt. 13. Juni 1886. — Th. W. Berlin, Eimon Daffstr. 43.

Juristischer Teil.

- Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorschub und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.
- P. S. Theresie 30. Ja. — R. R. 10. Darlehen verfahren erst in 30 Jahren. — S. S. 41. Die Abrede monatlicher Kündigung für Miet- meier ist gültig. — A. P. S. 1 und 2 Ja. R. und 4. Nein. — W. S. 2. Ohne Kenntnis Ihres Abtrages nicht zu beantworten. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — H. T. 69. Das ist nicht notwendig: es hängt von dem Entschluß der zuständigen Kommissions ab. — G. S. 28. 1. Wahrscheinlich. 2. Nein. — S. S. 19. Ihr Birt ist im Recht: die Satzungen Ihres Vertrages sind maßgebend. — P. S. 36. H. R. 100, G. S. 6. Nein. — Delphi. Lehnen Sie ab, weil Sie zur Zahlung ohne Beinträchtigung Ihrer sonstigen Verpflichtungen nicht im Stande sind. — C. G. 61. Sie hätten den Vch nicht heraus- geben sollen. Jetzt müssen Sie gegen den Vch klagen. — H. W. 1. In zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind, verfahren Annahmestellen. 2. Ja. 3. Sie müssen von neuem um Konzession anfragen. — Reinhold 005. 1. Ja. 2. Nein. — H. S. 111. Gültigkeitverteilung besteht ohne weiteres. Zweifelsmäßig aber ist es, einen Ehevertrag notariell oder gerichtlich zu schließen.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Windstärke | Temper. u. G. d. G. u. F. | Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Windstärke | Temper. u. G. d. G. u. F. |
|-------------|---------------------|----------------|------------|---------------------------|------------|---------------------|----------------|------------|---------------------------|
| Smetende | 759 | SWB | 3 | moßig | Dabaranda | 755 | SWB | 2 | halb bd. |
| Hamburg | 764 | WB | 3 | moßig | Petersburg | 755 | SWB | 1 | woolten |
| Berlin | 761 | WB | 3 | bedekt | Scilly | 774 | SWB | 3 | moßig |
| Kraus a. M. | 767 | W | 3 | moßig | Alberden | 768 | SW | 1 | heiter |
| München | 767 | WB | 7 | schnee | Paris | 772 | WB | 1 | bedekt |
| Wien | 761 | WB | 7 | moßig | | | | | |

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 1. Februar 1906. Ein wenig kälter, viel schnee, aber noch überwiegend mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 30. Januar. Elbe bei Hufsch + 1,23 Meter, bei Dresden — 1,13 Meter, bei Magdeburg + 1,63 Meter. — Havel bei Stralsund + 1,50 Meter. — Oder bei Rathow + 1,21 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,00 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,26 Meter, bei Frankfurt + 1,45 Meter. — Weichsel bei Graßmünde + 3,50 Meter. — Barthe bei Posen + 1,30 Meter.

Die Insertionsgebühr

beträgt für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum

20 Pfennig.

Inserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends geöffnet.

VORORT-ANZEIGEN

Annoncen-Annahmestellen:

Alt-Gillicke: Reinhold Schulz, Rudowstr. 83.
Brütz: Hermann Schliebitz, Jahnstr. 2.
Charlottenburg: Gust. Scharnberg, Sesenheimstr. 1 Ecke Goethestr. vorn I.
Dtsch.-Wilmsdorf: Georg Fesce, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Boxhagen-Rummelsburg-Stralau: Otto Selkel, O. 112, Kronprinzenstr. 50 I.
Grünau: H. Blühme, Viktoriast. 2.
Rixdorf: M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7, im Laden; Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg: Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10 I.

Nieder-Schöneweide: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 11.
Johannistal: Franz Hünel, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 81.
Königs-Wusterhausen: P. Körle, Berlinerstr. 19.
Köpenick: Friedrich Weick, Grünstr. 29.
Friedenau-Steglitz: H. Bernsee, Schlossstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Möhr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseest. 16.
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2 II.
Treptow: R. Volgt, Eisenstr. 37, vorn III.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41-42.

Neu-Weissensee: W. Reske, Sedanstr. 108, part.
Weissensee: Jul. Schiller, König-Chaussee 39a.
Reinickendorf (Ost): Wilhelmsruh und Schönholz: Paul Gurich, Provinzstr. 108 im Laden.
Reinickendorf (West): Neuhoff, Eichhornstr. 54.
Rummelsburg: O. John, Karlsruherstr. 2.
Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43.
Pankow: G. Freiwaldt, Florastr. 66.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels-Ablage: A. Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Inserten-Aufträge

größerer Umfangs nach besonderer Vereinbarung durch die

Haupt-Expedition

Lindenstrasse 69.



8
Weisse Tage.

VON **Donnerstag, 1. Februar** **8** bis **Donnerstag, 8. Februar**

Weisse Tage.

Sehenswerte Dekoration der Schaufenster und Innenräume meines Kaufhauses mit **Weissen Waren** aller Art, welche während dieser Zeit

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf kommen.

Damen-Wäsche.

- Priesen-Hemden** aus kräftigem Hemdentuch mit Spitze . . . 1,45, 1,35 **85 Pf.**
- Achsel-Fasson-Hemden** aus feinfädigem Renforcé, mit reicher Stickerei und Bändchen-Garnitur . . . 2,15, 1,95 **1,65**
- Beinkleider** mit Spitzen, Languetten und Stickerei-Garnitur . . . 1,55, 1,35, 1,30 **85 Pf.**
- Nacht-Jacken** aus Renforcé, Dimiti und Croisé mit Spitzen, Languetten und Stickerei . . . 1,25, 1,25 **1,05**
- Piqué-Anstands-Röcke** mit Volant und Languetten . . . 2,25, 1,85 **1,65**

Weisse Stickerei und Valenciennespitz-Unterröcke mit reicher Ein- und Ansatz-Garnitur 3,75, 4,50, 3,95, 3,25 **2,95**

Herren-Wäsche.

- Oberhemden,** prima Linnen, glatter Ein satz jetzt **2,95**
- Oberhemden** mit Falten, engl. Piqué-Einsatz jetzt **3,45**

Damen-Handschuhe.

- Weiss-Glacé** jetzt **1,25**
- Ball-Handschuhe** aus eleganten Tüllspitzen jetzt **2,75**
- Ein Posten Korsetts** Empire Fasson 1,95, 1,65, 1,28
- Ein Posten** Frack-Fasson 3,35, 2,95, 2,65

Leinen- u. Baumwoll-Waren.

- Tischtücher,** Drill u. Jacquard, gestümt . . . 2,90, 2,45, 1,65
- Servietten,** dazu passend, Größe 60/90 cm, 1/2 Dind 3,75, 2,90, 2,10
- Stuben-Handtücher,** Drill u. Jacquard Gr. 40/110, das Dtzd. 6,00, 4,50, 3,40
- Küchen-Handtücher,** Drill u. Gerstenkorn, Gr. 40/110, das Dtz. 4,50, 3,50, 2,90
- Satin,** gestreift, für Bettbezüge, Kissenbreite . . . Mtr. **40 Pf.**
- feste Qualität, Deckbettbreite, Mtr. **70 Pf.**
- Damast** für Bettbezüge, Kissenbreite Mtr. **48 Pf.**
- elegante Muster, Deckbettbreite, Mtr. **68 Pf.**

Louisiana u. Hemdentuch 2,90
Coupons à 10 Mtr. 6,00, 3,40, **2,90**

Damen-Konfektion.

- Weisses Kleid** aus Batist mit Stickerei mit reicher Seiden-Garnitur . . . 6,75, 5,75
- Weisse elegante Voile-Bluse** mit reichem Seiden-Garnitur . . . 6,55, 3,75
- Weisse Reinseidne Bluse** mit reichem Einsatz . . . 4,95, 2,95
- Weisser Voile-Rock** mit gezogenem Volant . . . 7,50, 5,75
- Ein Posten Tüdel-Schürzen** aus Batist m. Stickerei . . . 1,25, 98 Pf.
- Ein Posten Servierschürzen** mit Achselbändern und Stickerei . . . 1,65, 1,24, 98 Pf.
- Ein Posten Weisse Kinderschürzen** . . . 1,25, 98, 78 Pf.

Weisse Seidenstoffe.

- Taffet und Louisine,** reine Seide, Mtr. **1,25**
- besondere Gelegenheit!**
- Ein Posten reinseid. Taffet** jetzt **1,80**
- 60 cm breit, Wert 3,25 **1,80 M.**
- Reinseidene Damassés,** Mtr. 2,45, **1,85.**

Halbfertige Roben 5,50
in Tüll, Japon, Voile, Linnen und Batist 14 M. 13,50 M. 9,85 M. **5,50 M.**

- Weisse Ballstoffe,** Mtr. **52 Pf.**
- in vielen Dessins, Doppelbreit
- Weiss Cheviot, Krepp und Alpaka** Mtr. 1,50 M. 1,35 M., 98 Pf. **85 Pf.**
- bis 120 cm breit
- Weisse Halbseidene Stoffe** Mtr. 2,25 M., 1,95 M., **1,55**
- für Brautkleider, Doppelbreit
- Weisse Mulls und Plumetis** gestreift und gepunkt (grosse Auswahl) 95 Pf., 65 Pf. **45 Pf.**

Gardinen.

- Ein Posten Engl. Tüll-Gardinen** welche Ware das Fenster (2 Flügel) 3,85 M., 2,75 M., **1,75**
- Ein Posten Tüll-Stores** weiss und creme **1,95**
- Ein Posten Band-Stores,** creme **5,75**

Kaufhaus Wilhelm Joseph.

Berlin W., Grossgörschenstr. 1.

Schöneberg, Hauptstr. 153.

Man verlange an den Kassen Rabatt-Spar-Marken.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmsdorferstr. 40 I.
Hohe Beilehung. Diskr. Sprechzimmer

Möbel
Polsterwaren
Sofas, Matratzen, Garnituren,
Bettstellen. 312V*
6tto Dornbusch, Tapezier und
Deforateur.
17 Bergstraße 47.
Polsterwaren n. aus eigener Werkstatt

Otto Schrader
Uhrmacher
Friedrichsberg — Berlin O.
Frankfurter Chaussee No. 8
am Bahnhof Frankfurter Allee
empfiehlt sein großes Lager in

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich - Karl - Platz 12,
Berlin, Anhalter-Strasse 2.
Beilehung von Brillanten, Gold- und
Silberfachen, Uhren, Schmuck, Wäpche,
Kleidungsstücken etc. 306V*

Blumen- und Kranzbinderei
von **Aug. Krause**
Wienerstraße 7.
Ereinsfrünge, Salmen-Ornamente,
Gulzanden usw. Befere zu den billigsten
Preisen. 59682*

**Uhren, Gold-, Silber-
und Alfenide-Waren.** 308V*
Eigene Werkstatt für Reparaturen und Neuarbeit.
Fernsprecher: Amt Friedrichsberg, No. 191.

Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen. 268V*

Seylerschloß "Hankels Ablage" a. Zeuthener See u. Wald
gelogen, ist den ver-
ehrten Vereinen, Ge-
sellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle,
Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bos. W. Heinrich. *
Luchbruderei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.